



Forum zu Perspektiven
Europäischer Jugendpolitik



DOKUMENTATION

Konsultation zu Herausforderungen,
Prioritäten und Instrumenten
für eine künftige Jugendstrategie
in Europa

1. und 2. Oktober 2008
im Logenhaus in Berlin



IMPRESSUM

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft
für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
Mühlendamm 3
10178 Berlin
www.agj.de
Verantwortlich: Peter Klausch

JUGEND für Europa –
Deutsche Nationalagentur für das EU-Programm
JUGEND IN AKTION
Godesberger Allee 142-148
53175 Bonn
www.webforum-jugend.de
www.jugendpolitikeneuropa.de
Verantwortlich: Hans-Georg Wicke

Redaktion: Claudia Linsel,
Claudius Siebel,
Frank Peil

Fotos: David Ausserhofer

Gestaltung: www.punkt4.eu

1. Auflage, Berlin und Bonn, Januar 2009

Das Copyright liegt bei den Herausgebern.
Soweit im Einzelfall nicht anders geregelt und
soweit keine fremden Rechte betroffen sind, ist
die Verbreitung der Inhalte dieser Publikation als
Ganzes oder in Teilen davon in elektronischer und
gedruckter Form für den außerschulischen und
schulischen Bildungsbereich unter Angabe der
Quelle erwünscht.

Ohne vorherige schriftliche Genehmigung
durch die Herausgeber ist eine kommerzielle
Verbreitung der Inhalte dieser Publikation als
Ganzes oder in Teilen ausdrücklich untersagt.

Diese Publikation wird aus Mitteln der
Europäischen Union, Generaldirektion Bildung
und Kultur und des Kinder- und Jugendplans
des Bundes gefördert.



Die Inhalte geben nicht notwendigerweise die
Meinung und die Position der Europäischen
Kommission oder des Bundesministeriums für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend wieder.



DIE KULTUR DER ZUSAMMENARBEIT FORTFÜHREN

Mehr als 100 verantwortliche Akteure der kommunalen, regionalen und nationalen Kinder- und Jugendhilfe sowie der Jugendpolitik und der Wissenschaft diskutierten vom 1. bis 2. Oktober 2008 in Berlin auf dem 8. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik zwei Tage über die bisherige und zukünftige jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa.

JUGEND für Europa und die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ boten mit dieser Veranstaltung unter dem Titel „Konsultation zu Herausforderungen, Prioritäten und Instrumenten für eine künftige Jugendstrategie in Europa“ nun bereits zum dritten Mal gemeinsam eine Plattform zur Diskussion der jugendpolitischen Entwicklungen in Europa und deren Verbindung mit der Kinder- und Jugendhilfe und Jugendpolitik in Deutschland.

Das 8. Forum stand in 2008 unter besonderen Vorzeichen: Seit 2002 sind ambitionierte Ziele und konkrete Verfahren zur jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa vereinbart und umgesetzt worden. Nach mehr als fünf Jahren konkreter praktischer Erfahrung sollte der Kooperationsrahmen ausgewertet, überprüft und die Zukunft der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa neu beschrieben werden. Dazu fand in 2008 in ganz Europa ein Konsultationsprozess mit und in allen Mitgliedstaaten statt. In Deutschland wurden im Frühsommer 2008 die zentralen Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, von Jugendpolitik und Wissenschaft schriftlich und mündlich befragt. Auf www.jugendpolitikineuropa.de wurde eine online-Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt, an der sich 150 Personen beteiligt haben. Das 8. Forum war zentraler Baustein und letztendlich Abschluss der nationalen Konsultationen und Diskussionen mit den Trägern der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe.

Dementsprechend war das Forum von JUGEND für Europa und AGJ gestaltet. So hat das Bundes-

ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) den Entwurf einer Position der Bundesregierung zur Evaluierung des jugendpolitischen Kooperationsrahmens, den sie auf der Basis der bis dahin stattgefundenen Konsultationen und Befassungen entwickelt hat, präsentiert und zur Diskussion gestellt. Die jugendpolitischen Expertinnen und Experten aus allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe haben die Gelegenheit genutzt, in zahlreichen Beiträgen im Plenum und in anschließenden Workshops ihre eigenen Positionen zu verdeutlichen und zum Entwurf der Bundesregierung Stellung zu beziehen. Die auf dem Forum vorgetragenen Statements sind in dieser Broschüre dokumentiert.

Für die Sicherung und Zusammenfassung der Ergebnisse des Forums haben zwei Berichterstatter/-innen Sorge getragen. Die Schlussfolgerungen wurden im Nachgang dem BMFSFJ übermittelt und sind dann noch in die abschließende Position der Bundesregierung eingeflossen, die das BMFSFJ im November 2008 an die EU-Kommission zurückgemeldet hat. Sowohl die Schlussfolgerungen als auch die abschließenden europapolitischen Überlegungen des BMFSFJ sind ebenfalls in dieser Broschüre dokumentiert.

Auf der Grundlage dieser europaweiten Konsultationen wird die EU-Kommission in 2009 neue Grundzüge einer Jugendpolitik in Europa vorschlagen und Herausforderungen, Prioritäten, Verfahren und Instrumente benennen. Die Jugendminister/-innen der EU und das Europäische Parlament werden sich mit diesen Entwürfen auseinandersetzen und bis Ende des Jahres eine Jugendstrategie in Europa für die nächsten fünf bis zehn Jahre beschließen.

Daneben sollte das 8. Forum aber sämtliche Zweifler von noch etwas ganz anderem überzeugt haben: Beteiligung an Jugendpolitik in Europa ist machbar, wenn sie ermöglicht wird! Es gibt den Wunsch und die Bereitschaft bei jungen Menschen, Fachkräften und Expertinnen und Experten



aus der Kinder- und Jugendhilfe und Jugendpolitik, sich an den jugendpolitischen Diskussionsprozessen in Europa zu beteiligen. Die gemeinsame inhaltliche Diskussion lohnt sich, sie ist die Voraussetzung für eine partnerschaftliche Gestaltung und gelingende Entwicklung von Jugendpolitik auch auf europäischer Ebene.

Mit dem 8. Forum verbinden sich darüber hinaus zweierlei Hoffnungen, die als Aufforderung an sämtliche Beteiligte verstanden werden können:

- Es ist wichtig, nicht hinter das im Jahr 2008 Erreichte zurück zu fallen, sondern die mit dem gesamten Konsultationsprozess erreichte jugendpolitische Beteiligungskultur aufrecht zu erhalten. Dieses ist nicht einfach – es ist aber möglich, wenn der politische Wille dazu besteht. JUGEND für Europa und AGJ werden jedenfalls auch in Zukunft ihren Beitrag dazu leisten.

- Es ist aber mindestens ebenso wichtig, vom Konzept in die Praxis zu kommen und konkrete Schritte zu gehen, um den in 2009 festgelegten europäischen jugendpolitischen Kooperationsrahmen in Deutschland – aber auch in ganz Europa – tatsächlich in die Praxis umzusetzen zugunsten verbesserter Lebensbedingungen junger Menschen. Dies setzt zwar auch eine Beteiligung an Diskussionen wie dem 8. Forum voraus, aber verlangt vielmehr in Zukunft die aktive Entwicklung und Umsetzung, Initiativen und Projekte von den Beteiligten in den jeweiligen Strukturen, der konkreten Arbeit mit jungen Menschen auf kommunaler, regionaler, bundesweiter und europäischer Ebene.

In diesem Sinne hoffen wir, dass das 8. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik nachhaltig Früchte tragen wird und die vorliegende Dokumentation die weiteren Debatten und die praktische Arbeit aktiv unterstützt.

*Peter Klausch, Arbeitsgemeinschaft
für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ*

*Hans-Georg Wicke,
JUGEND für Europa*



INHALT

Vorwort

■ Die Kultur der Zusammenarbeit fortführen, Vorwort der Veranstalter	1
--	---

Jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa – bisherige Entwicklungen und aktuelle Zielsetzungen und Themen

■ Manfred von Hebel, Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission	4
--	---

Standpunkte zum europäischen Handeln im Sinne von jungen Menschen

■ Key Principles for the new Framework for European Cooperation in the Youthfield, European Youth Forum	7
■ Schwerpunkte aus wissenschaftlicher Sicht, Dr. Wolfgang Gaiser, Deutsches Jugendinstitut.....	11
■ Zukunftsperspektiven für eine Jugendpolitik in Europa, Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ.....	18
■ Distanz zu Europa verringern – Jugendliche beteiligen, Ute Theisen, Deutscher Bundesjugendring.....	25

Rollen von EU und Mitgliedstaaten – Länder, Kommunen, Träger

■ Birgit Elsing, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen	31
■ Jörg Freese, Deutscher Landkreistag.....	35
■ Anna Warnking, Katholische Jugendsozialarbeit.....	37

Verfahren und Instrumente von Jugendpolitik in Europa

■ Die Offene Methode der Koordinierung fördert die Angleichung von Politikstrategien in der EU, Ulrike Wissner, BBJ Servis gGmbH Brüssel.....	39
■ Strukturierter Dialog mit der Zivilgesellschaft – mal ganz anders ?, Rolf Witte, Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V.	42
■ „Sachsen-Anhalt liefert seinen Baustein“, Werner Theisen, Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt ..	44

Beteiligung von jungen Menschen – konkrete Anforderungen

■ Partizipation von verbandlich organisierten Jugendlichen – Herausforderungen und Gelingensbedingungen für die Umsetzung eines Strukturierten Dialoges, Angela Ruess, Bremer Jugendring	46
■ Jugendbeteiligung in Europa – wohin soll das noch führen?, Jörg Reschke, Servicestelle Jugendbeteiligung.....	48
■ Beteiligung von jungen Menschen und von den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe im europäischen Willensbildungsprozess. Einschätzungen aus Sicht der politischen Bildung, Lothar Harles, Bundesausschuss politische Bildung (bap)/Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI)	52

Schlussfolgerungen des 8. Forums zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik	56
--	-----------

Bericht der Bundesregierung zur

Bewertung des Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa	61
--	-----------

JUGENDPOLITISCHE ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA BISHERIGE ENTWICKLUNGEN, AKTUELLE ZIELSETZUNGEN UND THEMEN

*Manfred von Hebel,
Nationaler Experte
im Referat Jugend-
politik bei der General-
direktion Bildung und
Kultur der Europä-
ischen Kommission*

Erfolgreiche Strategien für eine gemeinsame Jugendpolitik in Europa lassen sich nur auf Grundlage einer Kenntnis der bisherigen Entwicklungen und der aktuellen Situation dieses Politikfeldes entwickeln. Einem Rückblick auf den Umgang mit „Jugend“ in der Europäischen Union vor 2000 soll sich deshalb im Folgenden eine Beschreibung der einzelnen Elemente der europäischen Kooperation anschließen. Erläutert werden außerdem verschiedene aktuelle Bemühungen um die Zusammenführung der Einzelaspekte mit dem Ziel einer integrierten jugendpolitischen Zusammenarbeit, für deren Erfolg bestimmte Anforderungen erfüllt sein müssen. Schließlich werden aktuelle und angekündigte nächste Schritte hin zu einer erneuerten jugendpolitischen Kooperation in Europa aufgeführt.

„Jugend“ in der Europäischen Union vor 2000

Wichtig für die Beurteilung der jetzigen Prioritäten, Verfahren und Instrumente ist das Wissen über die operationellen Bausteine, aus denen sich eine immer intensivere Zusammenarbeit entwickeln konnte. Waren die relevanten Programme im Bereich Bildung und Mobilität („Erasmus“ seit 1987, „Jugend für Europa“ seit 1988, „Europäischer Freiwilligendienst“ seit 1996) eher fragmentarisch und nicht explizit jugendpolitisch ausgerichtet, so nahm in Verbindung mit beschäftigungspolitischen Initiativen (Einsatz von Strukturfonds für Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit, Gemeinschaftsinitiative Employment „Youthstart“) die jugendpolitische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene hiermit doch ihren Anfang.

Europäische Kooperation im Jugendbereich

Seit 2001 erfuhren die europäischen Programme für Jugend nicht nur eine strukturelle, sondern auch eine inhaltliche Erweiterung. Zunehmend stellte sich die Frage, wie sich die verschiedenen

Ansatzpunkte in eine gemeinsame Strategie einbinden ließen. Als Ausgangspunkt für unsere heutige jugendpolitische Zusammenarbeit ist das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ (2001) und der sich daran anschließende Einsatz der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) im Jugendbereich mit den Prioritäten „Partizipation“, „Information“, „Freiwillige Aktivitäten“ und „Besseres Wissen über die Jugend“ zu nennen. Dieser Prozess war mit dem Gesamtziel einer aktiven Bürgerschaft junger Menschen in Europa



überschrieben, das Querschnittsthema „soziale Integration“ war hier bereits eingebunden. Der erste Zyklus der OMK ist mit dem Jahr 2008 abgeschlossen und wird derzeit bewertet; zu allen Prioritäten fanden Diskussionen in den Mitgliedstaaten statt, es wurden gemeinsame Ziele vereinbart und die Fortschritte wurden durch die EU-Kommission analysiert.

Zum beschriebenen Schwerpunkt „aktive Bürgerschaft“ kam im Jahr 2005 durch den Europäischen Pakt für die Jugend, der Teil der erneuerten Lissabonstrategie für Wachstum und Beschäftigung wurde, der Schwerpunkt „soziale und berufliche Integration“ hinzu. Die Prioritäten „Beschäftigung und soziale Eingliederung“, „allgemeine und berufliche Bildung“ sowie „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ wurden mit dem Pakt für die Jugend erstmals zu einem Paket zusammengefasst; Ziel



war eine jugendpolitische Reaktion auf aktuelle demographische und soziale Entwicklungen. Mit dem Europäischen Pakt für die Jugend erlebte das Bemühen um eine gestärkte jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa einen intensiven Aufschwung; durch die über die Lissabonstrategie erfolgte erstmalige Anbindung jugendpolitischer Themen auf höherer politischer Ebene erzielte die Forderung nach ressortübergreifenden Ansätzen eine hohe Resonanz. Seither ist auch die für Jugend zuständige Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission an der Auswertung der Staatenberichte zum Lissabonprozess aktiv beteiligt.

Parallel zu den Bereichen „aktive Bürgerschaft“ und „soziale und berufliche Integration“ verstärkten sich auch die Bemühungen um Berücksichtigung jugendpolitischer Aspekte in anderen Politikfeldern. Auch in Kooperation mit dem Europarat geschah dies bislang vor allem bei den Themenfeldern „Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung“, „Anerkennung von nicht-formalem Lernen“ sowie „Gesundheit“. Seit 2007 finden gesundheitspolitische Schwerpunkte mit Relevanz für die Jugendpolitik eine personelle Entsprechung im Referat „Jugendpolitik“ der Generaldirektion.

„Förderung der umfassenden Beteiligung junger Menschen an Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft“

Mit der so überschriebenen Mitteilung vollzog die Europäische Kommission im Jahr 2007 einen ersten Schritt hin zu einer Zusammenführung der einzelnen Elemente jugendpolitischer Kooperation. Auf Grundlage eines Berichts des Bureau of European Policy Advisers (BEPA) und aufgrund anhaltend hoher Jugendarbeitslosigkeit trotz konjunktureller Verbesserungen forderte die EU-Kommission sektorübergreifende Aktivitäten für mehr und bessere Bildung für alle jungen Menschen, für Jugend und Beschäftigung, für soziale Eingliederung, für Gesundheit und aktive Bürgerschaft. Angeregt wurde unter anderem ein verstärkter

Einsatz des Europäischen Sozialfonds als jugendpolitisches Instrument. Das Bemühen um ressortübergreifende Kooperation spiegelt sich auch in der Erstellung dieser Kommissionsmitteilung selbst wider, welche in Kooperation der Generaldirektionen „Beschäftigung und Soziales“ und „Bildung und Kultur“ erarbeitet wurde. Mit diesem Papier machte die EU-Kommission ihr Streben nach einer realistischen Antwort auf die Herausforderungen des demographischen Wandels, nach einem kohärenten jugendpolitischen Querschnittsansatz der EU, nach einer gestärkten Partnerschaft zwischen der EU und jungen Menschen sowie nach einer Verbesserung von Bildung, beruflicher und sozialer Integration sowie Gesundheit junger Menschen deutlich. Gestärkt werden sollte außerdem die gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen durch Freiwilligentätigkeit, Entrepreneurship, Kultur und Sport.

Die erneuerte Sozialagenda: Kinder und Jugendliche – das Europa von morgen

Mit einem Initiativenpaket zur erneuerten Sozialagenda auf Grundlage der drei sozialpolitischen



Säulen der EU, „Chancen“, „Zugangsmöglichkeiten“ und „Solidarität“, hat sich die Europäische Kommission im Juli 2008 ein weiteres Mal jugendpolitisch positioniert. Durch die Einbindung verschiedener Initiativen in die erneuerte Sozialagenda ist ein Gegengewicht geschaffen zur



wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch geprägten Lissabonstrategie, als deren Teil nach wie vor der Europäische Pakt für die Jugend wirken soll.

Zu den Anknüpfungspunkten für gemeinsame jugendpolitische Aktivitäten in Europa im Rahmen der erneuerten Sozialagenda gehören unter anderem die Mitteilung „Bessere Kompetenzen für das 21. Jahrhundert: eine Agenda für die europäische Zusammenarbeit im Schulwesen“ und das Grünbuch „Migration und Mobilität: Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme“. Weiterhin hat die EU-Kommission die Entwicklung eines umfassenden Konzepts zur Bekämpfung der Kinderarmut angekündigt und macht Vorschläge für die Förderung der Mobilität junger Freiwilliger durch die Öffnung nationaler Freiwilligenprogramme und -dienste. Ein im Sinne einer jugendpolitischen Kooperation in Europa besonders wichtiger Schritt ist die Einordnung der geplanten Weiterentwicklung der OMK im Jugendbereich unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter junger Menschen in die Sozialagenda.

Anforderungen an eine erneuerte jugendpolitische Strategie

Mit der Anbindung der jugendpolitischen Kooperation sowohl an die Lissabonstrategie als auch an die Sozialagenda werden erhöhte Anforderungen an eine erneuerte jugendpolitische Strategie für die nächsten Jahre nötig. Mit der expliziten Anbindung an Wohlstand, soziale Kohäsion und Bürgerschaft als übergeordnete Ziele der EU wird dies deutlich. Eine Balance zwischen den Bezügen zu Wachstum und sozialem Zusammenhalt, mit welchen sich die EU im Vergleich zu anderen Global Playern auszeichnen will, soll nun auch in der Jugendpolitik angestrebt werden.

Dazu gilt es, Anforderungen in Bezug auf die Reichweite, die Relevanz, die Sichtbarkeit und die Koordination der jugendpolitischen Zusammenarbeit zu erfüllen. Die Reichweite soll nach Ansicht der EU-Kommission einen Fokus auf benachteiligte junge Menschen ermöglichen und sich nicht

auf europäischer und nationaler Ebene erschöpfen, sondern bis auf die regionale und vor allem lokale Ebene vordringen. Die Relevanz der gemeinsamen Themen sollte ebenso selbstverständlich sein wie die Möglichkeit, gute Ansätze und gute Praxis von den Mitgliedstaaten über die EU weiter zu vermitteln. Mit dem geplanten Europäischen Jugendbericht soll vor allem mehr Sichtbarkeit der jugendpolitischen Kooperation angestrebt werden.

Eine Koordination der jugendpolitisch relevanten Instrumente (z.B. OMK Jugend, Pakt für die Jugend, OMK Sozialschutz, Bildungsbericht) ist ebenso erforderlich wie die Abstimmung mit dem Europäischen Jugendforum und der verstärkte Einsatz von peer learning und Strukturiertem Dialog.

Nächste Schritte für einen neuen jugendpolitischen Ansatz in Europa

Die bis Mitte November 2008 eingereichten Berichte der Mitgliedstaaten im Rahmen der Konsultation zur Revision des jugendpolitischen Kooperationsrahmens werden wie die Ergebnisse von bilateralen Gesprächen der Kommission und weiterer Konsultationen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene sowie einer Online-Konsultation der EU-Kommission nun ausgewertet. Außerdem stehen noch für 2008 neben der Europäischen Jugendwoche eine Empfehlung des Rates der EU zur Mobilität junger Freiwilliger und eine Entschließung des Rates der EU zu Gesundheit und Wohlbefinden junger Menschen auf dem Programm.

Im März 2009 soll der erste Europäische Jugendbericht auf Grundlage des Eurostat-Berichts „Die Jugend Europas in Zahlen“ erscheinen. Zur selben Zeit wird eine EU-Kommissionsmitteilung zur OMK-Priorität „Besseres Wissen/Jugendforschung“ erscheinen. Ebenfalls im März 2009 will die EU-Kommission mit einer Mitteilung einen Vorschlag für die künftige jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa und damit ein Resultat des derzeitigen Beratungs- und Reflexionsprozesses veröffentlichen.



STANDPUNKTE ZUM EUROPÄISCHEN HANDELN IM SINNE VON JUNGEN MENSCHEN

KEY PRINCIPLES FOR THE NEW FRAMEWORK FOR EUROPEAN COOPERATION IN THE YOUTH FIELD

ADOPTED BY THE
GENERAL ASSEMBLY
OF THE EUROPEAN
YOUTH FORUM (YFJ),
ROTTERDAM, THE
NETHERLANDS,
13-15 NOVEMBER
2008

Bereits seit Mitte 2008 beschäftigen sich das Europäische Jugendforum (YFJ) und seine Mitgliedsorganisationen mit der kommenden Überarbeitung des europäischen Rahmens der jugendpolitischen Zusammenarbeit. Tim Schrock, Vorstandsmitglied aus Deutschland, skizzierte auf dem 8. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik die Ideen des YFJ. Während der Generalversammlung des Europäischen Jugendforums Mitte November wurden diese „key principles“ offiziell von den Mitgliedsorganisationen beschlossen.

Introduction

The current framework for European cooperation in the youth field¹ was adopted in 2002, when EU Member States agreed upon a resolution establishing both the framework itself and the Open Method of Coordination in the youth field. Since then, the landscape has greatly evolved, as new initiatives have been taken and policies developed further. Hence, an initial evaluation of the current framework, to assess its outcomes and to acknowledge

developments, is necessary in order to make the best proposal for the next cycle. Thus complementing the thorough analysis of the evaluation of the OMC and the framework provided in the respective shadow report, the European Youth Forum intends to suggest key principles to guide the definition of the new framework.

Since the publication of the European Commission White Paper “A New Impetus for European Youth” in 2001, the YFJ with its Member Organisations has been consistent in contributing, evaluating, and providing input into the subsequent related processes, in order to ensure that the voice of young people and youth organisations is heard and duly considered. In this context, a mid-term evaluation of the framework of European cooperation in the youth field and its main process, the Open Method of Coordination in the youth field (OMC) was undertaken by the YFJ. Through the different documents and reports produced - including a policy paper on the Future of EU Youth Policy Development (0116-06), two shadow reports on the implementation of the first, second and third priorities of the OMC, Information, Participation and Voluntary Activities (0401-06 and 0985-06) and the evaluation study of the OMC in 2006² - the YFJ has already expressed its vision, expectations and also disappointments regarding the current framework; and highlighted the improvements necessary to finally work genuinely on and with the transversal nature of youth policy.

In 2006, the YFJ adopted an approach to youth policy (0590-06), which intends to provide the general context within which youth issues should be



¹ The Framework comprises three strands as defined in the Council resolution of 24 November 2005 (Official Journal C 292 of 24.11.2005): - **Promoting active citizenship among young people:** The OMC in the field of youth allows Member States to cooperate with a view to sharing best practice on participation by young people, information for young people, voluntary activities and a greater knowledge of the field of youth, while respecting the areas of responsibility set out in the Treaties. - **The European Pact for Youth** highlights youth issues in key areas of the Lisbon partnership for growth and jobs, particularly in relation to young people's access to the labour market, development of their creativity and the acquisition of entrepreneurial skills. It also highlights skills acquired through high-quality, relevant education, training and mobility experiences in the formal as well as the non-formal sector, and reconciliation of working life and family life. - **Incorporating a youth dimension:** Incorporating a youth dimension in other European policies will concern in particular anti-discrimination, healthy lifestyles, including sport, and research on youth issues.

² Evaluation study of Open Method of Coordination in the youth field in 2006 - Evaluation study of the information access, actors roles and openness in the process implementation – 2006 (0687-06)



tackled by the European Youth Forum and defines the essential principles and expectations of youth organisations in Europe regarding youth policy. It aims to promote the mainstreaming of youth issues in all policy areas that affect young peoples' lives, as a working culture for decision-makers, public administrations, the labour market and civil society.

The new institutional processes set up since 2002 - such as the European Youth Pact - and approaches such as those expressed in the European Commission Communication 'Promoting young people's full participation in education, employment and society' (COM (2007) 498 final) are fully



in line with the YFJ's understanding of youth policy. The European Youth Pact, adopted by the European Council in March 2005, highlighted the need, and demonstrated the political will, to have a strong focus on youth within the Lisbon Strategy: and the Pact duly identified employment, access to the labour market, qualifications and training as major issues to be tackled. Almost two years after, following a request from the European Commission President José Barroso, the Bureau of European Policy Advisers released a comprehensive, strategic report "Investing in Youth: an empowerment strategy" in April 2007. The document

states that "the key for successful youth policies is to ensure that people can make the most of the opportunities they have". It also notes that *"youth is the future, and timely and effective investment in youth is the key to making that future prosperous, both economically and socially."* This led to a European Commission Communication in September 2007 stressing the need for transversal youth policy within the EU in order to respond to the needs and hopes of young people³.

The new framework should build on the experience for the last years but also encompass the cross sector nature of youth policy. This is why each process which is related to youth issues and which contributes to the establishment of a genuine youth policy should be given a place in the future framework. In order to ensure this, as well as to build on the developments of recent years, the YFJ is laying down principles that should lead and be the cornerstones for the future of EU Youth Policy.

1. The design of the new framework

A more focused framework: less priorities, less objectives

If priorities are identified in the course of a process such as the Open Method of Coordination (OMC) in the youth field, adding new priorities to the framework challenges the possibility of achieving the previously determined priorities. Nonetheless, the Team Presidency of the European Union, as the political body responsible for all policy processes, should be able to set one or two priorities for the 18 months. The European Years should be considered as priorities only if relevant to the framework of youth policy.

Implementation of the cross-sector nature of youth policy

by creating links with other relevant policy areas that affect young people. This implies, as suggested

³ This is acknowledged and reinforced by the Member States in their Conclusions of the Council of Ministers on 20 November 2007 (Council document 14426/07)



in the governance paragraph, that relevant connections needs to be set up with relevant administrations. In terms of policy content, the YFJ refers particularly to education and lifelong learning, employment, social integration, culture, health, youth autonomy, mobility, fundamental rights and non-discrimination. The genuine implementation of youth priorities could also be ensured via specific “youth pacts” in relevant EU strategies e.g. the European Youth Pact and the Lisbon Strategy.

Maintain the Open method of Coordination in the youth field (OMC) as a core process

in order to provide Member States with a mechanism to meet and discuss youth issues. The OMC also provided youth organisations and other relevant actors in the youth field with the opportunity to contribute, give input, and discuss with decision makers, both at the European and national levels. Nonetheless this still needs to be genuinely implemented in all Member States.

The OMC should keep priorities, but focus on the following:

- Participation
- Information
- Voluntary activities
- Cross sector approach to policies affecting young people

The YFJ sees that the knowledge-based element in policy development should be founded upon an aim to feed into youth policy development and comparable quantitative and qualitative data in partnership with youth organisations.

As with the current framework, the common objectives aim at the implementation of the agreed priorities, and should remain clustered in order to address the various aspects of the priorities themselves. Nonetheless, the number of common objectives should be reduced to one by cluster.

Indeed, the common objectives should tackle the common challenges faced by Member States, such as the low turn-out of young voters. Even so, it remains valuable for each Member State to share information at the European level on the specific challenges being faced at the national level.

2. The governance of the new framework

A coherent Structured Dialogue.

This means that the relevant institutions and actors are involved, leading to a common goal, with mutual respect for the partners (whether institutions or interest groups); that the process is participatory and meaningfully structured (in order to ensure coherence between the actors consulted and the consultation process)⁴. To ensure ownership of the dialogue process by all the actors involved, its agenda and priorities should be decided together.

Clarification of the role of the European Institutions:

Member States, as well as the other relevant actors, need to feel ownership of the new framework, and its added value. The role of the European Commission, though crucial, should be moderate, while the European parliament should be more present, in the framework itself, but also in view of the Treaty of Lisbon (particularly given the youth article),. At the European level, the YFJ therefore calls for:

1. A role for the European Parliament:

the European Parliament should be given the time to share its opinions and provide input in European processes related to youth policy. The purpose is not to affect the subsidiarity principle, but to give opportunities for relevant, necessary and diverse input and support to processes related to youth policy by a key European institution.

⁴ The definition of understanding of the Structured Dialogue as defined by the European Economic and Social Committee in its opinion on the European Commission Communication on promoting young people’s full participation in education, employment and society – 17 January 2008 – SOC/289 – CESE 76/2008 – par. 6.6 & 6.7



2. A group of Commissioners for Youth:

Commissioners dealing with policies that affect young people - especially education and life-long learning, employment, social integration, culture, health, youth autonomy, mobility, fundamental rights and non-discrimination - should coordinate their work to ensure the exchange of expertise and coherent policy developments related to policies affecting young people.

3. An efficient system within the Council of Ministers:

ensure an exchange of information, analysis and content between the actors working on issues affecting youth. The Youth Working Party (the working body of the Council of Ministers) can be the coordination point in order to gather relevant and meaningful knowledge and data on the situation of young people.⁵

4. Involvement of local and regional authorities:

the Committee of the Regions should be given a role in the definition as well as in the implementation of European processes related to youth policy, especially regarding youth participation.

A monitoring and evaluating system for the framework:

the Structured Dialogue, as specified earlier in this document, to be agreed upon by all relevant stakeholders, should be the governing body of the framework. Nonetheless mechanisms to ensure the involvement of all actors in the youth field, especially young people with their organisations, as well as to provide input and feedback on the ongoing implementation of the priorities of the framework, should be established. A stronger monitoring system does not necessarily imply more reporting from the Member States (rather, more transparent and publicly available reporting) or the other actors, but points to a longer period for implementation, of at least five years, and a period for in-depth evaluation and definition of the following framework – lasting, for example, two

years. Quantitative indicators should duly support the monitoring process.

The existing reporting mechanisms, such as the Lisbon National Report Programs, should be maintained (up to the new cycle of the Lisbon Strategy) as they are of the utmost relevance and provide information on an essential aspect of the policies affecting young people. Any other reporting mechanisms for future youth-related processes should be set up and feed into the understanding of the current situation and needs of young people.

Conclusion

The YFJ urges the European institutions to reformulate the framework of European cooperation in the youth field, to allow a more focused and structured approach. This more structured framework should ensure a genuine cross-sector youth policy at the European level, allowing the different actors to have a proper understanding of the real situation and needs of young people. The YFJ hopes that the framework will also provide the necessary flexibility regarding the future processes to be established, and also regarding subsidiarity principles. It is necessary that the framework addresses the different levels of decision-making involved as well as their links. Aspiring to achieve the increased effectiveness and sustainability of the framework, the YFJ shares its recommendations and demands, but also expresses its willingness to remain a reliable partner for decision-makers. Only together, with all the relevant actors involved - namely the political stakeholders both at the European level but also in the Member States, and the young people of Europe - can a successful new term be guaranteed.

⁵ A system of fact sheets could be put in place. Such fact sheets could be produced on relevant policies affecting young people and communicated for information and input to the Youth Working Party. This would allow a coherent and cross sector understanding of policies affecting young people; and further the establishment of a genuine youth policy



STANDPUNKTE ZUM EUROPÄISCHEN HANDELN IM SINNE VON JUNGEN MENSCHEN

Schwerpunkte aus wissenschaftlicher Sicht

Einleitung

*Dr. Wolfgang Gaiser,
Deutsches
Jugendinstitut*

Was erwartet die Jugend in Deutschland von Europa, wie gut ist ihr Informationsstand über die Funktionsweise der EU, welche Gruppen sind eher europaskeptisch, welche stehen der Europäisierung positiv gegenüber? Wie können die Bedürf-



nisse und Wünsche der Jugend verstärkt in der europäischen Politik Berücksichtigung finden und welche Rolle kann dabei die Jugendforschung und Jugendbrichterstattung spielen. Komplex sind hierzu die Diagnosen und die Empfehlungen. Stichwortartig sollen im folgenden Beitrag relevante Aspekte zusammengefasst werden.

Die Einstellungen der Jugendlichen zur EU sind ambivalent. So herrscht zwar eine überwiegende Zustimmung zur EU im Allgemeinen, bei konkreten Fragestellungen und zu bestimmten Handlungsfeldern fallen die Äußerungen jedoch kritischer aus. Dies lässt sich an den Einstellungsdaten ablesen, die von der EU immer wieder erhoben werden.

Zunächst soll im Folgenden auf die Ergebnisse der **Erhebung vom Frühjahr 2005** näher eingegangen werden, die im Eurobarometer 63 veröffentlicht sind. Das besondere Augenmerk gilt hierbei den Daten der Jugendkohorte, das sind dort die 15-24-Jährigen. Ihr Informationsstand über den Aufbau und die Funktionsweise der EU sowie über

die aktuellen Entwicklungen europäischer Politik ist eher niedrig. Sie selber schätzten ihr Wissen über die EU als gering ein: Sehr gut fühlen sich nur 2 % der EU-Jugendlichen über die EU informiert, 28 % geben an, viel zu wissen, 54 % glauben, ein wenig zu wissen und immerhin 17 % gestehen ein, (fast) nichts über die EU zu wissen. Auch junge Deutsche fühlen sich über Europa nicht besser informiert als ihre Altersgenossen in den anderen Mitgliedsländern der EU.

Bezogen auf die Einschätzung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU bestehen deutliche Zusammenhänge zwischen der positiven Beurteilung der EU-Mitgliedschaft und den Kriterien höherer Bildungsstatus, (Groß-)Stadtbewohner, politische Links-Verortung und bessere Informiertheit über EU-Angelegenheiten. Am stärksten wirken die Faktoren ‚erreichtes Bildungsniveau‘ und ‚selbst eingeschätzter Wissensstand zur EU‘: Je höher der allgemeine Wissensstand sowie die Kenntnisse über die EU sind, desto höher fällt auch die Zustimmung zur EU aus und desto geringer ist der Anteil derjenigen, die sich indifferent zu dieser Frage äußern.

EU-Politikziele

Fragt man nach den drei Maßnahmen, auf die sich die EU in erster Linie konzentrieren sollte, dominiert das Thema Arbeitslosigkeit. Dies wird von 52 % der EU-Jugendlichen genannt und damit häufiger als in der Gesamtbevölkerung (47 %). Bei den jungen Deutschen steht dieser Bereich sogar noch deutlicher im Vordergrund: 62 % sehen hier ein vordringliches Tätigkeitsfeld. An zweiter Stelle steht die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: 45 % der EU-Jugendlichen und 46 % der jungen Deutschen erachten diesen Bereich als ein wichtiges Handlungsfeld der EU. Frieden und Sicherheit rangieren mit einem knappen Drittel der Nennungen auf Platz drei, gefolgt von Maßnahmen gegen organisiertes Verbrechen und Drogenhandel. Weiterhin (mit Nennungen

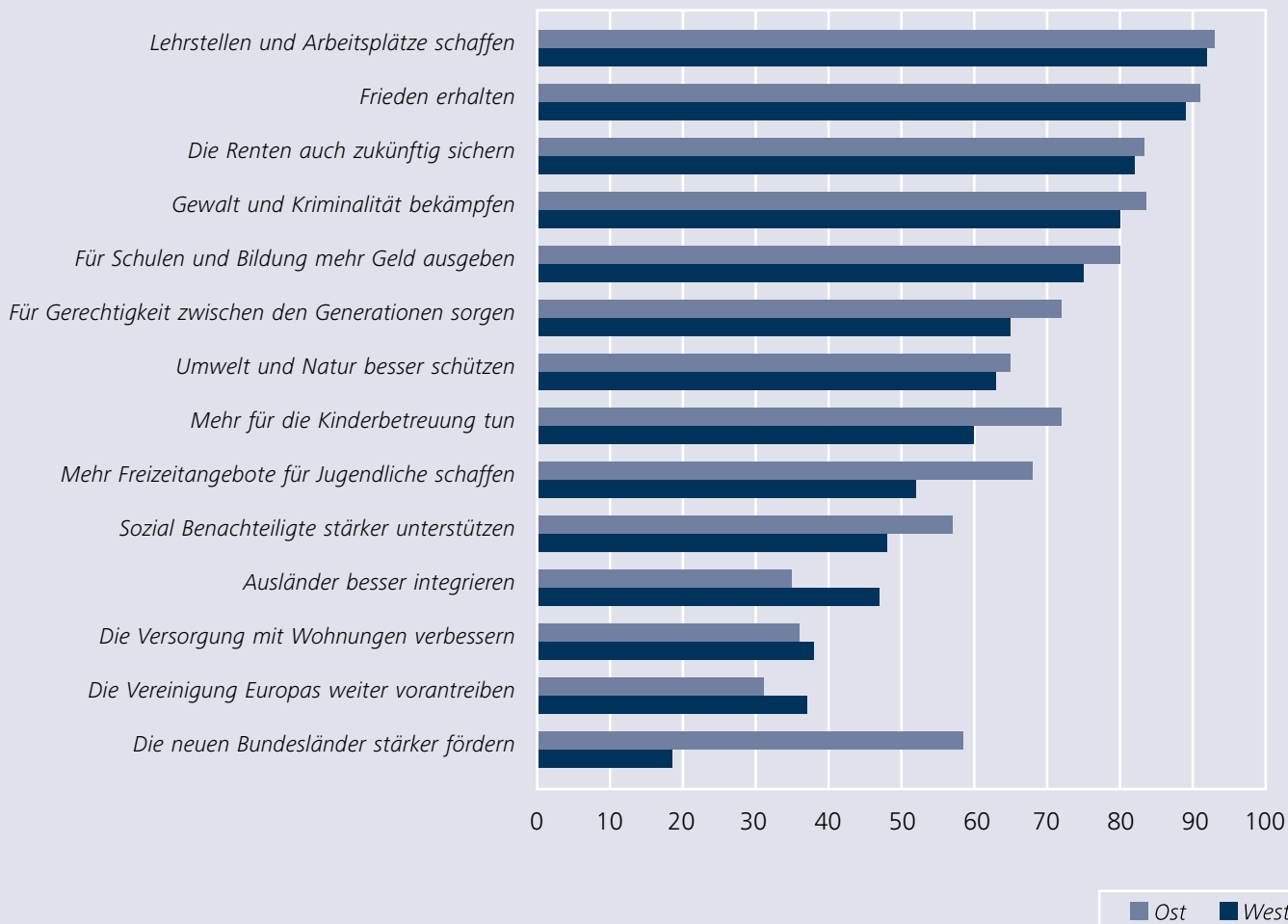


zwischen 10 % und 20 %) werden Terrorismusbekämpfung, Umweltschutz, Bürgernähe, illegale Einwanderung, Rechte des Einzelnen und die Europäische Währung angeführt. Die stärkere Bürgernähe wird hierbei vor allem von Jugendlichen aus Deutschland gefordert; 27 % erachten diese als eine wesentliche Herausforderung europäischer Politik.

Wendet man den Blick von den Forderungen an eine verbesserte EU-Politik hin zu den Ängsten und Befürchtungen, so stehen diese teilweise in Zusammenhang mit den gewünschten Politikzielen, teilweise verweisen sie aber auch auf

zusätzliche Aspekte von Entwicklungen, die mit Sorge betrachtet werden. An erster Stelle steht die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Mitgliedsländer mit niedrigeren Produktionskosten: 68 % der EU-Jugendlichen und 77 % der deutschen Jugendlichen befürchten dies. Weiterhin spielen die Beitragszahlungen des eigenen Landes an die EU eine Rolle: 56 % der EU-Jugendlichen und 59 % der jungen Deutschen sind besorgt wegen möglicher steigender finanzieller Belastungen ihres Landes durch die EU. Im gleichen Maße werden Schwierigkeiten für die Landwirtschaft des eigenen Landes durch die EU-Politik erwartet. Die Hälfte der EU-Bürgerinnen und -Bürger befürchtet

Politikziele



Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003, Skala von 1 (überhaupt nicht wichtig) bis 7 (sehr wichtig), hier: Skalenspunkte 6 und 7 in Prozent



Reduzierungen von Sozialleistungen oder auch eine Wirtschaftskrise. Hier zeigen sich bei den Jugendlichen etwas weniger Ängste. Kaum Sorgen bereitet der Mehrheit der Jugendlichen das Risiko eines Machtverlust ihres Landes, ein Verlust nationaler Identität und Kultur oder eine Verringerung der Verwendung der eigenen Sprache. Hinsichtlich der letztgenannten Aspekte kann man die Jugend als Träger einer positiv gestalteten Europäisierung betrachten.

Dennoch bleiben die Hauptprobleme und politischen Herausforderungen bestehen: Auch in der ganz aktuellen Studie „2009 European elections“ (Feldphase Frühjahr 2008, September 2008) wird deutlich, was die Hauptsorgen der Menschen sind und was sie sich infolgedessen von einer europäischen Politik erwarten: Eine stabile Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze, ein funktionierendes Finanzsystem sowie den Erhalt der natürlichen Umwelt. Betrachtet man auf nationaler Ebene die Erwartungen der jungen Deutschen an die nationale Politik, so finden sich hier zusätzliche Aspekte und Konkretisierungen, deren verstärkte Umsetzung ggf. im Kontext transnationaler oder regionaler Steuerung sie sich erhoffen (*DJI-Jugendsurvey 2003*). Wenn auch Fragen der Vertiefung und Erweiterung Europas in Relation zu Politikzielen, die näher an Fragen des Gelingens der Jugendphase ausgerichtet sind, von der Jugend in Deutschland nicht gerade als prioritär erachtet werden, so verbinden Jugendliche doch – wie folgend gezeigt wird – mit Europa vorrangig positive Aspekte.

Einstellungen gegenüber Europa

Junge Menschen bilden „das optimistischste Segment der europäischen Bevölkerung“ – so das Ergebnis einer Umfrage des Eurobarometer (**Sommer 2006** mit 25 Mitgliedstaaten, **Standard Eurobarometer 65**): 64% der Europäerinnen und Europäer zwischen 15 und 24 Jahren finden, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU gute Entwicklungen mit sich bringt. Diese Altersgruppe ist positiver gegenüber der EU eingestellt als die der Älteren (EU-Durchschnitt 55%).

Diese positive Tendenz der jüngeren Generation gegenüber der Zukunft Europas sowie ihrer Erweiterung durch neue Mitgliedstaaten bestätigt sich auch in den beiden Eurobarometer-Umfragen im Jahre 2006 (Special Eurobarometer 251, EB 65.1 „The future of Europe“; Special Eurobarometer 255, EB 65.2 „Attitudes towards EU enlargement“). Die positive Einstellung gegenüber Europa wird dabei insbesondere von jungen Menschen getragen, die über ein vergleichsweise hohes Bildungskapital verfügen.

Auch eine Befragung von 19.000 jungen Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren im Frühjahr 2007 in allen 27 Staaten bestätigt das positive Bild von der gegenwärtigen und zukünftigen EU (Flash Eurobarometer 202 „Young Europeans“). Die meisten jungen Menschen assoziieren die EU mit „Freiheit für Reise, Studium und Arbeit“ – wobei in den zwölf neuen Mitgliedstaaten (NMS12) im Vergleich zu den alten Mitgliedstaaten (EU15) die EU positiver gesehen wird, insbesondere auch als ein Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

- 90% betonen die persönliche »Freiheit für Reise, Studium und Arbeit« innerhalb der Gemeinschaft;
- 72% heben den Schutz von Bürgerrechten als positiv hervor;
- 71% unterstreichen die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Gleichzeitig jedoch werden auch negative Aspekte angesprochen:

- 40% sehen ein Zuviel an Bürokratie sowie eine Verschwendung von Zeit und Geld;
- 35% erkennen in der EU eher eine Bedrohung der kulturellen Identität und Vielfalt.

Zwischenbilanz

Die Daten zu Einstellungen und Bewertungen gegenüber der EU machen die Notwendigkeit deutlich, dass sich die EU und ihre Mitgliedsländer aktiv um das Verständnis, die Unterstützung und Mitwirkung ihrer Bevölkerung kümmern müssen.



Insbesondere ginge es um einen „Dialog“, Informations-, Kommunikations- und Beteiligungsprozesse zwischen den Institutionen der EU und den in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürgern. Soll die von der EU angestrebte Schaffung von mehr Transparenz, Effizienz und Bürgernähe umgesetzt werden, so ist es erforderlich, über die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der EU von punktuellen Imagekampagnen und werbewirksamen Hochglanzbroschüren hinaus zu einer nachhaltigen und langfristig angelegten Auseinandersetzung über europäische Politik zu kommen.

Die zu vermittelnden Informationen sollten dabei in beide Richtungen fließen. Das heißt, zum Einen gilt es über die EU und ihre Entwicklungen aufzuklären, zum Anderen müssen aber auch die Einstellungen, Erwartungen und Befürchtungen der Menschen gegenüber europäischer Politik angehört und stärker berücksichtigt werden. Wichtig ist hierbei, dass nicht nur vereinzelt und besonders prestigeträchtige Maßnahmen durchgeführt werden, sondern dass nach Ansätzen gesucht wird, die möglichst viele und unterschiedliche Bevölkerungsschichten ansprechen. Dies kann nur gelingen, wenn sich die unterschiedlichsten Ebenen und Einrichtungen des öffentlichen Lebens hierfür auch verantwortlich fühlen und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Was fördert positive Einstellungen gegenüber Europa?

Die Einstellungen gegenüber Europa sind vielschichtig und teilweise widersprüchlich bzw. ambivalent. Positive Einstellungen sind zwar vorherrschend, aber nicht durchgängig gegeben: Ein Teil der jungen Generation sieht Europa durchaus als eigenes Zukunftsprojekt, der andere Teil bleibt jedoch eher skeptisch bis ablehnend. Skeptische Wahrnehmungen gründen oftmals auf den Bereich der Politik, während eher positive Europa-einstellungen häufig mit der eigenen Lebensplanung zu tun haben. Die nachwachsende Generation in Deutschland nimmt aber insgesamt gesehen die Bedeutung von Europa sowie die Prozesse der

europäischen Einigung mehrheitlich wahr und ist sich der Notwendigkeit einer politisch gedachten Einheit Europas bewusst. Empirische Analysen zeigen (vgl.: Gaiser u.a. 2006): Starkes politisches Interesse, ein höherer Bildungsabschluss, Vertrauen in eigene Handlungsmöglichkeiten sowie eine Mehrsprachenkompetenz hängen mit positiven EU-Orientierungen zusammen. Höhere Bildung und ein Bewusstsein der Wirksamkeit eigenen Handelns können auch bei geringem politischen Interesse eine ausgeprägte Wahrnehmung der Relevanz der EU mit sich bringen.

Aber auch ein niedriger Bildungsabschluss geht nicht notwendig mit Distanz zu Europa einher, sondern kann durch politisches Interesse und Sprachkompetenz ausgeglichen werden. Für die verschiedentlich formulierte Annahme der Entstehung mehrsprachiger europäischer Funktionseli-



ten liefern die vorgestellten Ergebnisse also durchaus Hinweise. Da dies aber nur für einen Teil der jungen Generation gilt, stellt sich die Frage nach dem anderen Teil, der dem Risiko, Modernisierungsverlierer zu werden, ausgesetzt ist. Hier zeichnet sich möglicherweise ein weitergehendes Problem für diejenigen ab, die nicht nur von Inklusionsprozessen auf der politischen, sondern auch auf der ökonomischen Ebene, ausgeschlossen sind.

Die Einigung Europas ist ein langwieriger Prozess. Während die älteren Jahrgänge der Bevölkerung diesen Vereinigungsprozess Schritt für Schritt selbst erfahren haben, stellt sich Europa für die



heranwachsende Jugend als ein dynamischer Raum für politische Prozesse und eigenes Handeln dar. Eine erfolgreiche Nutzung dieser Handlungsräume und die Entwicklung positiver Einstellungen gegenüber Europa werden durch Bildung und Chancen im Aufwachsen gefördert. Dagegen wirkt sich die Erfahrung von Benachteiligung und unzureichenden Zugängen zu Bildung, Information, gesellschaftlicher Partizipation sowie Mangel an überregionaler und übernationaler Integration negativ auf das Verständnis von Europa aus. Die notwendigen Konsequenzen für die Akteure aus Politik und Praxis liegen auf der Hand: Stärkung von (politischer) Bildung sowie Förderung individueller Handlungskompetenzen.

Bezogen auf das EU-Instrument des sogenannten **Strukturierten Dialogs** bedeutet dies, dass die jungen Menschen auf der kognitiven, motivationalen und der Handlungsebene konstruktiv in den Prozess der Europäisierung eingebunden werden. An den politischen und praktischen Organisatoren des Strukturierten Dialogs läge es dann, durch dieses Instrument die jungen Menschen zu Gestaltern Europas zu machen.

Instrumente für eine künftige Jugendstrategie

Jugendforschung: Der Jugendforschung sollte für den Zyklus ab 2010 ein hervorgehobenes Gewicht gegeben werden, weil der europäischen Ebene – ähnlich wie der Bundesebene im föderalen Deutschland – eine wichtige Rolle für Übersichtsinformationen, kritische Reflexionsanstöße und Anregungen zukommt. Diese Funktion wissenschaftsbasiert auszufüllen, ist nur auf Basis empirischer Daten möglich. Deshalb sollten eine europaweite Jugendberichterstattung und ein auf Dauerbeobachtung angelegter europäischer Jugendsurvey initiiert werden. Schon Anfang der 1990er Jahre wurden Überlegungen zu einer sozialwissenschaftlich fundierten Forschung zur Jugend in Europa vorgetragen. Ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung war die Studie „Study on the State of Young People and Youth Policy in Europe“

(IARD, 2002). Neuere Bilanzierungen zur Jugendforschung in Europa kommen jedoch zu dem Schluss, dass gerade mit den vollzogenen und absehbaren Erweiterungsschritten und der Heterogenität der Jugendforschung und ihres Gegenstands erhebliche weitere europaweite, konzeptuell, inhaltlich und methodisch anspruchsvolle Forschung und Berichterstattung nötig seien.



Der Beschluss des „Council of the European Union“ und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem Europäischen Jugendbericht ist eine wichtige politische Maßgabe (Council of the European Union, 2007), die das Wissen und den Austausch zur Situation der Jugendlichen in Europa sowie zur Jugendpolitik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene verstärken soll. Um solches stichhaltig zu leisten, benötigt man jedoch einen Europäischen Jugendsurvey als eine verlässliche Datenbasis. Mit entsprechend großen Stichproben (etwa 50.000 befragte Personen) wären dann nicht nur europaweite differenzierende Analysen möglich, sondern die einzelnen Länder könnten auch „ihre“ Jugend, deren Lebenslagen, Einstellungen, Problemkonstellationen, Zukunftswünsche usw. genauer in den Blick nehmen und im Kontext anderer europäischer Ergebnisse der Jugendforschung vergleichen. Der Europäische Jugendsurvey könnte dann auch als Base-Linie-Studie für Längsschnittdaten über Entwicklungen dienen. Hierzu würde gehören, Indikatoren zu entwickeln, die sowohl wissenschaftlichen als auch politischen Ansprüchen



genügen. Stichwortartig können hier nur Komplexität, Konsistenz, internationale Kompatibilität und Kontinuität genannt werden. Für die Politiken auf unterschiedlichen Ebenen wäre damit auch möglich, die Erreichung vorhandener Ziele zu bewerten und für zusätzlich neu zu setzende jugendpolitische Schwerpunkte Anhaltspunkte zu haben.

Die Anbindung eines solchen Europäischen Jugendsurveys an eine sozialwissenschaftliche, von

Die politische Konstruktion eines Europäischen Jugendberichtes sollte analog zum deutschen Kinder- und Jugendbericht (gemäß Kinder- und Jugendhilfegesetz, Aches Buch Sozialgesetzbuch, SGB VIII § 84) angelegt sein. Angesichts der vielfältigen pluralen und föderalen Zuständigkeiten und Interessenstrukturen im Kontext Jugend und Jugendhilfe hat sich diese vom deutschen Gesetzgeber gewählte Konstruktion einer unabhängigen Sachverständigenkommission gut bewährt. Die wissenschaftliche Berichterstattung stellt die Diskussionen von Politik und Praxis über die Lage der Jugend und die Leistungen der Jugendhilfe auf ein sachliches Fundament. Die Empfehlungen der Sachverständigenkommission und die Stellungnahme der Bundesregierung sind dann für Auseinandersetzungen um die konkreten Weiterentwicklungen der Jugendpolitik wichtige Anregungen für die Akteure auf allen Ebenen.



mehreren Ländern getragene Steuerungsgruppe erbrächte auch einen deutlichen Mehrwert gegenüber den auf die Entwicklung einer europäischen öffentlichen Meinung orientierten, eher mit darauf bezogenen begrenzten Thematiken und mit geringen Struktur- und Hintergrundmerkmalen ausgestatteten Eurobarometer-Umfragen. Diese sind – wie oben auch ersichtlich – durchaus explorativ nützlich. Demgegenüber könnten andere, sozialwissenschaftlich anspruchsvolle, international-vergleichende, auf die Gesamtbevölkerung bezogene Studien (WVS, ESS, ISSP) oder auch die auf die Instrumentenentwicklung zur Erfassung der politischen Partizipation Jugendlicher in Europa (EUYOUPART) ausgerichtete Studie, Orientierungslinien abgeben.



Literatur

Blossfeld, H.-P., Klijzing, E., Mills, M., Kurz, K. (Eds) (2005) *Globalization, Uncertainty and Youth in Society* (London, New York, Routledge).

de Rijke, J., Gaiser, W. and Wächter, F. (2008) *Political Orientation and Participation – a Longitudinal Perspective*, in: R. Spanning, G. Ogris and W. Gaiser (Eds.) *Youth and Political Participation in Europe. Results of the Comparative Study EUYOUNG*, pp. 121-147 (Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers).

European Commission (2007) Directorate-General for „Education and Culture“ („Youth“ Unit) *Flash Eurobarometer 202 – The Gallup organisation. Young Europeans. A survey among young people aged between 15-30 in the European Union. Analytical Report* http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_202_en.pdf.

Gabriel, O. W. (2008) *Politische Einstellungen und politische Kultur*, in: O.W. Gabriel and S. Kropp (Eds.) *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, 3rd edition, pp. 181-214 (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften).

Gabriel, O. W. and Kropp, S. (2008) *Einleitung: Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikfelder*, in: O.W. Gabriel and S. Kropp (Eds.) *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, 3rd edition, pp. 11-30 (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften).

Gabriel, O. W. and Völkl, K. (2008) *Politische und soziale Partizipation*, in: O.W. Gabriel and S. Kropp (Eds.) *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, 3rd edition, pp. 268-298 (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften).

Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/de Rijke, Johann/Sardei-Biermann, Sabine (2006): *Zukunft Europa im Blick der Jugend*. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, H. 47, S. 18–26 www.bpb.de/publikationen/FQ6G6F,0,Zukunft_Europa_im_Blick_der_Jugend.html - 78k

Gaiser, W. and de Rijke, J. (2008) *Social and political participation of adolescents and young adults in Germany*, in: R. Bendit and M. Hahn-Bleibtreu (Eds.) *Youth Transitions. Processes of Social Inclusion and Patterns of Vulnerability in a Globalised World*, pp. 193-226 (Leverkusen: Verlag Barbara Budrich).

TNS Opinion & Social Research (2005): *„Die Jugend hat das Wort“ Sorgen und Erwartungen junger Europäerinnen und Europäer an die Entwicklung der Europäischen Union*, Hintergrundbeitrag auf der Grundlage relevanter Erkenntnisse aus Eurobarometer-Daten

Internet

DJI-Jugendsurvey
<http://dji.de/jugendsurvey>

ESS European Social Survey
www.europeansocialsurvey.de

EUROBAROMETER
Eurobarometer-Homepage mit links zu den Eurobarometer-Surveys:
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm

EUYOUNG
<http://www.sora.at/wahlen/EUYOUNG/>

ISSP International Social Survey Programme
www.issp.org

World Values Survey
WVS (World Values Survey)
www.worldvaluessurvey.org



STANDPUNKTE ZUM EUROPÄISCHEN HANDELN IM SINNE VON JUNGEN MENSCHEN

Zukunftsperspektiven für eine Jugendpolitik in Europa

Einleitung

*Positionspapier der
Arbeitsgemeinschaft
für Kinder- und
Jugendhilfe – AGJ*

Trotz der in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Aktivitäten der Europäischen Union (EU) für Kinder und Jugendliche gibt es keine europäische Jugendpolitik. Die Artikel 149 und 150 des EU-Reformvertrags sehen den Austausch junger Menschen, die Ausbildung von Fachkräften der Jugendarbeit und die Förderung der Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben in Europa vor. Es gibt aber zunehmend jugendpolitische Aktivitäten der EU, die darüber hinaus gehen.

Besonders mit dem Lissabon-Prozess und dem in seinem Gefolge verabschiedeten Europäischen Pakt für die Jugend haben die Europäischen Regierungen deutlich gemacht, dass es für die ökonomische Zukunft der EU unverzichtbar ist, die Jugend stärker in das politische Blickfeld europäischer Maßnahmen zu nehmen. Dieser Ansatz unterscheidet sich deutlich von dem in Deutschland bekannten Ansatz einer integrierten Kinder- und Jugend(hilfe)politik. Zudem gibt es seit einigen Jahren das Bestreben der EU, neben der dominierenden ökonomischen auch die soziale Komponente der EU deutlich zu stärken. Damit wird eine beständige Forderung von Nichtregierungsorganisationen, wie der AGJ, aufgegriffen. Eine Reihe der EU-Aktionen sind aus deutscher Sicht nicht neu und innovativ, aber für die EU bedeutsam genug, um entsprechende Schwerpunkte in allen 27 Mitgliedstaaten anzuregen, zu fördern und eine zunehmende Kohäsion zu erreichen. Der Fokus der Jugendpolitik in Europa hat sich zudem um das Altersspektrum der Kinder von 0 Jahren an aufwärts erweitert und nähert sich damit dem deutschen Verständnis von Kinder- und Jugend(hilfe)politik an. Da die Entwicklung auf EU-Ebene eine deutliche Beschleunigung und Ausweitung erfahren hat, ist es für die deutschen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe wichtig, sich dauerhaft in die europäischen Prozesse der Jugendpolitik einzubringen.

Deutschland kann dazu beitragen, die Stärken der eigenen Kinder- und Jugendhilfe in die europäische Politikgestaltung mit einzubringen und dabei auch die Beteiligung junger Menschen an dem Prozess zu fördern. Deutschland hat zudem im Rahmen der europäischen jugendpolitischen Zusammenarbeit auch die Chance, von den Erfahrungen anderer europäischer Mitgliedstaaten zu lernen und die eigenen Aktivitäten zu spiegeln, um mit neuen Ideen die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland zu befördern.

1. Die Gestaltung der Lebensbedingungen von jungen Menschen in Europa ist eine gemeinsame Verantwortung der EU und ihrer Mitgliedstaaten

Die Grundlagen und Ziele der Jugendpolitik müssen vor allem inhaltlich und konzeptionell definiert werden. Die Gestaltung der Lebensbedingungen von jungen Menschen in Europa, mit dem besonderen Ziel der Stärkung von Kindern und Jugendlichen, ist eine Verantwortung, die gemeinsam von der EU und allen Ebenen der Mitgliedstaaten zu tragen ist. Dies bedarf eines ganzheitlichen Konzeptes für eine Kinder- und Jugendpolitik in Europa.

Junge Menschen müssen die gleichen Chancen zur Teilhabe erhalten und in die Lage versetzt werden, mit den Folgen und zukünftigen Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels umgehen, die Chancen der europäischen Einigung nutzen und aktiv zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen zu können. Gleichzeitig bedarf es der Begrenzung der Risiken für Kinder und Jugendliche, vor allem für diejenigen, die besonderer Unterstützung bedürfen.

Eine sinnvolle Jugendpolitik in Europa ist notwendigerweise mit Kinderpolitik zu verbinden. Über das Thema Kinderrechte und -schutz hinaus geht



es perspektivisch darum, Kinderpolitik und Jugendhilfepolitik effektiv miteinander zur möglichst frühzeitigen und ganzheitlichen Gestaltung von Lebensbedingungen junger Menschen in Europa zu verbinden und Instrumente zur Umsetzung zu entwickeln. Das Bureau of European Policy Advisers (BEPA) hat in ihrem Grundlagenpapier bewusst davon gesprochen, frühzeitig in die Kinder und Jugendlichen zu investieren.

Zudem müssen die Themenbereiche beschrieben und definiert werden, in denen die EU gemeinsam mit den Mitgliedstaaten agieren will. Aus Sicht der AGJ sind die folgenden Themenbereiche derzeit am aktuellsten und müssen daher im Interesse junger Menschen vorrangig behandelt werden:

Wohlergehen von Kindern

Das Wohlergehen von Kindern umfasst insbesondere die Freiheit vor körperlicher, seelischer oder



sexueller Gewalt, die Bekämpfung von Armut, das Recht auf Erziehung, Fürsorge und Zuwendung, gesunde Ernährung und gesunde und kindgerechte Umwelt sowie alle weiteren Bedingungen, die nach heutigem Erkenntnisstand für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern unverzichtbar sind.

Soziale Integration

Die Gestaltung von Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben junger Menschen in Europa ist eine zentrale Aufgabe der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Die soziale Integration von Kindern

und Jugendlichen ist dann gegeben, wenn sie keinerlei Benachteiligungen oder Verfolgung wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung erfahren.

Bildung und Ausbildung

Bildung von Anfang an ist ein unverzichtbares Element der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die Lissabon-Strategie weist zu Recht darauf hin, dass Europa eine „wissensbasierte“ Gesellschaft sein muss, um im Vergleich mit anderen Weltregionen bestehen zu können. Dabei muss aber klar sein, dass Bildung mehr ist als die Vermittlung wirtschaftlich verwertbaren Wissens. Auch Ausbildung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Zukunft der EU und ihrer Bürgerinnen und Bürger. In diesem Zusammenhang muss auch die Anerkennung von Lernerkenntnissen im Rahmen des non-formalen und informellen Lernens verstanden werden.

Die EU hat dabei insbesondere sicher zu stellen, dass Benachteiligungen jedweder Art bekämpft werden und hat entsprechende Programme dafür zu installieren.

Beschäftigung und Integration

Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen ist die Chance, nach der Ausbildung oder dem Studium eine qualifizierte und dauerhafte Beschäftigung zu erhalten, die es ermöglicht, entsprechende Zukunfts- und Lebensperspektiven zu entwickeln. Das Papier von BEPA hat wie andere Veröffentlichungen zuvor auf die zunehmend prekäre Lage von jungen Menschen hingewiesen, die entweder keine angemessene oder keine dauerhafte Beschäftigung erhalten und damit gehindert sind, in das Arbeitsleben und die Gesellschaft integriert zu werden.



Bürgerschaft und Beteiligung

Die Gesellschaft in der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten mit ihrer kulturellen Vielfalt kann auf Dauer nur sicher und solide funktionieren, wenn Kinder und junge Menschen an den gesellschaftlichen und politischen Prozessen beteiligt werden und mit ihren Anliegen ernst genommen werden. Das hat die Europäische Kommission in ihrem Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ (2001) mit Blick auf die Zukunftsentwicklung der EU ausdrücklich festgehalten. Gerade angesichts der demografischen Entwicklung ist eine Unterstützung von Beteiligungsprozessen unverzichtbar. Kindern und Jugendlichen muss entsprechend den Forderungen in der Mitteilung der Kommission zur Förderung der umfassenden Beteiligung junger Menschen (2007) der Zugang zur Kultur und zu kulturellen Aktivitäten erleichtert werden. Zudem müssen sie die Erfahrung machen, dass gesellschaftliches Engagement und politische Beteiligung möglich sind (sich nicht in Pseudobeteiligung erschöpfen) und sich lohnen.

2. Ressortpolitik und Querschnittspolitik müssen zu einer ganzheitlichen und verbindlichen Kinder- und Jugendpolitik in Europa verbunden werden

Die Umsetzung einer solchen Politik für junge Menschen in Europa verlangt nach einem effektiven Instrument. Zentraler Eckpfeiler muss sein, dass sich Kinder- und Jugendpolitik in Europa in Richtung einer sektorübergreifenden Politik weiter entwickelt. Nur dadurch können Themenbereiche einbezogen werden, die die Lebenslagen von jungen Menschen in Europa unmittelbar berühren.

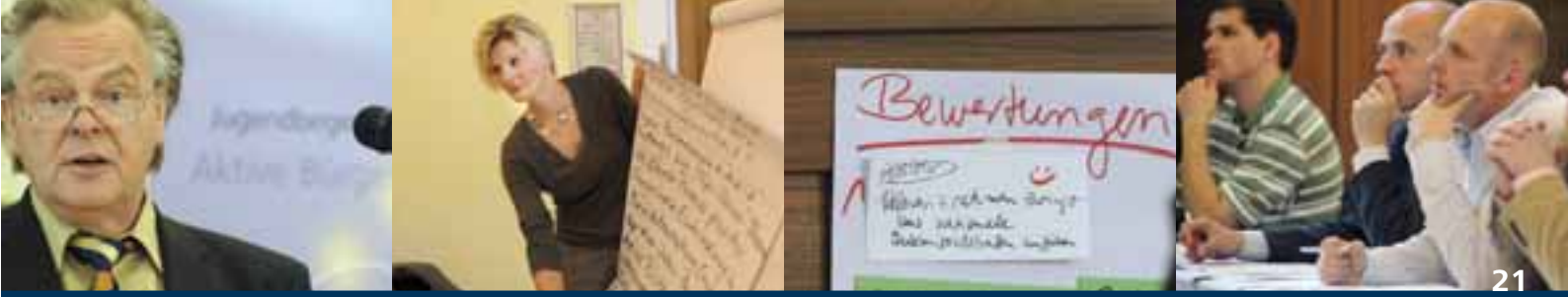
So müssen die auf Ebene der EU, aber auch in den Mitgliedstaaten selbst, entstandenen Ansätze einer Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittspolitik weiter entwickelt werden:

- Beteiligung des Jugendbereiches an allen für Kinder und Jugendliche relevanten Politikentscheidungen, insbesondere in den o.g. Schwerpunktgebieten,

- die Weiterentwicklung sektorübergreifender Politikstrategien und Maßnahmenpläne, wie sie sich in der gemeinsamen Mitteilung der EU-Kommission aus der GD Beschäftigung und Bildung und Kultur widerspiegeln,
- langfristig die Einführung eines Kinder- und Jugendmainstreamings,
- die Stärkung der jugendpolitischen Ressorts zur Entwicklung von Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittspolitik,
- Verlagerung der Kompetenz im Bereich der Kinderpolitik vom Justizressort in den Jugendbereich und Entwicklung geeigneter Umsetzungsinstrumente,
- die Entwicklung von Instrumenten und Verfahren für einen tatsächlichen sektorübergreifenden jugendpolitischen Dialog aller relevanten Einrichtungen und Verbände in Deutschland. Dies betrifft alle Ebenen – national, regional und lokal.

Die aufwändige Parallelität der Verfahren der bisherigen drei Säulen der Zusammenarbeit (Offene Methode der Koordinierung (OMK), Europäischer Pakt für die Jugend, Querschnittsansatz) wird in dieser Form weder auf EU-Ebene, noch in den Mitgliedstaaten lange aufrecht zu erhalten sein. Allerdings stellt der oben dargestellte Ansatz auch eine besondere Herausforderung dar. Ohne festgelegte Verfahren zur Beteiligung der jugendpolitisch Verantwortlichen in der EU und den Mitgliedstaaten in den relevanten Themenbereichen





bleibt die Gefahr einer unter kinder- und jugendpolitischen Gesichtspunkten unzureichenden Einmischungspolitik.

Ressortpolitik auf europäischer Ebene ist bisher mit der OMK verbunden. Die Themen und Zielsetzungen der OMK sind die bisher einzigen originär jugendpolitisch definierten Bereiche auf europäischer Ebene.

Jugendpolitik muss bei dem Ansatz der Querschnittspolitik darauf achten, dass jugendpolitische Anliegen nicht zu einem bloßen Anhängsel



europäischer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik werden. Jugendpolitik muss eigenständige Ziele formulieren, die auf die besonderen Lebenslagen junger Menschen in Europa Bezug nehmen. Ein wichtiger Schritt zu diesem Ziel ist die Identifizierung und Ausgestaltung der Schnittstellen von Jugendpolitik mit anderen für die Lebenslagen junger Menschen relevanten Politikressorts in Deutschland.

Die geforderten Umsetzungsinstrumente sind bisher nicht in Sicht. Eine aus jugendpolitischer Sicht erfolgreiche Einmischungsstrategie zu gestalten, ist für den Erfolg und die Nachhaltigkeit einer europäischen Jugendpolitik unverzichtbar.

3. Die EU hat eine ergänzende aktive Rolle in der Kinder- und Jugendpolitik

Für die EU bedarf es klar definierter Verantwortungsbereiche für ein kinder- und jugendpoli-

tisches Handeln, die ergänzend zu nationalen, regionalen oder lokalen kinder- und jugendpolitischen Aufgaben sind. Nur so kann ein politischer Mehrwert zugunsten von jungen Menschen auf EU-Ebene geschaffen und politisches Kompetenzgerangel vermieden werden. Und nur so wird Europa in seiner Rolle ernst genommen und akzeptiert werden.

Aus Sicht der AGJ liegt die Rolle der EU darin:

- in einigen wenigen, klar definierten kinder- und jugendpolitischen Bereichen im Rahmen der gegebenen Grundlagen (Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“, Europäischer Pakt für die Jugend) und unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität selbst aktiv zu werden (wie z.B. Mobilität, Beteiligung und Unionsbürgerschaft);
- Bewusstsein zu schaffen, Diskussionen zu stimulieren und politische Impulse für die Bewältigung der politischen Herausforderung zu geben;
- unter Beibehaltung der Verschiedenheit von Lösungen in den Mitgliedstaaten gemeinsame Herausforderungen zu benennen und Jugendpolitik in ausgewählten Bereichen über Mitteilungen und Empfehlungen und andere Regelungsmechanismen wie, z.B. der OMK, zu koordinieren;
- mit einem wissensbasierten Ansatz den Austausch von guter Praxis zur Weiterentwicklung von Jugendpolitik voran zu treiben;
- EU-Programme und Fördermechanismen für die Umsetzung von Jugendpolitik zu mobilisieren.

Für eine Jugendpolitik auf europäischer Ebene werden angepasste Strukturen und Verfahren in den europäischen Institutionen gebraucht.

- Der Rat der EU (Jugend) als politisch bestimmendes Gremium in der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa sollte eine dementersprechende Bedeutung haben. Es bedarf eines Zuwachses seines Stellenwertes und seiner Eigenständigkeit im Blick auf eine weitergehende politische Bedeutung des Kinder- und Jugendbereiches in Europa. Es bestehen insbesondere



Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit des Rates, aber auch der EU-Kommission bei einer verstärkten sektorübergreifenden Kinder- und Jugendpolitik ohne konkrete Verfahren und Instrumente.

- Die gewachsene Verantwortung der EU-Kommission für die Weiterentwicklung und Umsetzung europäischer Kinder- und Jugendpolitik muss sich strukturell auch in der betreffenden Generaldirektion widerspiegeln.
- Die von den Jugendministern beschlossene Einrichtung von 18-monatigen Teampräsidentschaften und deren Verbindung zu einem dreijährigen Gestaltungshorizont gilt es fortzusetzen, um eine kontinuierliche Weiterentwicklung von Jugendpolitik auf europäischer Ebene zu gewährleisten.

4. Verfahren der jugendpolitischen Zusammenarbeit

4.1. Die „Offene Methode der Koordinierung“ weiterentwickeln und verbessern

Die AGJ hält die „Offene Methode der Koordinierung“ für ein geeignetes Instrument zur Weiterentwicklung von Jugendpolitik in Europa, das in seiner Umsetzung kritisch wahrgenommen werden muss. Fragen der Kompetenzen der EU und der Mitwirkung von Jugendlichen sind noch nicht gelöst, spürbare Wirkungen hat sie noch nicht auf allen Ebenen erzielt. Auf ihre Weiterentwicklung und Verbesserung an den genannten Stellen kann unter dem Gesichtspunkt der Stärkung von Jugendpolitik nicht verzichtet werden. (Vgl. *„Weiterentwicklung der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) im Jugendbereich“*, Position der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, 28. September 2006)

4.2. Dem Europäischen Pakt für die Jugend eine klare Bedeutung im nationalen Lissabonprozess geben

Ähnlich wie die Jugendminister es gefordert haben, ist es notwendig, in den nationalen Reformprogrammen und Berichterstattungen ein eigenes Kapitel zur Umsetzung des Jugendpaktes einzu-

richten. Klare Indikatoren und Benchmarks sollten zur verbesserten Maßnahmenplanung und Messung des erreichten Fortschritts eingeführt werden. Die Ausgestaltung und Umsetzung des Pakts für die Jugend darf nicht nur Bestandteil, sondern sollte ein eigenständiges und wichtiges Ziel der Lissabon-Strategie sein. Nur so wird es gelingen, den Pakt sichtbar zu machen und ihm eine spürbare Bedeutung im nationalen Lissabonprozess zu geben.

Ohne mehr Verbindlichkeit durch Aktionspläne, Indikatoren, Benchmarks, Monitoringsysteme und nationale Fortschrittsberichte wird die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa in den Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene nur geringen zusätzlichen Nutzen erzielen. Die Vereinbarungen bleiben zu unverbindlich, die politisch Zuständigen sehen sich nicht ausreichend in der Verantwortung. Indikatoren und Benchmarks könnten, wie bei der Bildungsstrategie der EU, für spezielle



Fragestellungen, Aktionspläne und Monitoringsysteme für bestimmte Schwerpunkte der Zusammenarbeit entwickelt werden. Darüber hinaus ist es im Sinne von mehr Effizienz und Transparenz wichtig, die beiden Prozesse (OMK und Pakt) stärker miteinander zu verbinden.

5. Die Rolle der Mitgliedstaaten

Es bedarf konkreter Mechanismen und Maßnahmen zur Umsetzung der auf europäischer Ebene getroffenen jugendpolitischen Vereinbarungen in den Mitgliedstaaten, sowohl auf nationaler, als



auch auf regionaler und lokaler Ebene. Die Ministerien müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und diese Prozesse unterstützen:

- **Koordinierung auf nationaler Ebene durch das BMFSFJ**

Die Umsetzung der kinder- und jugendpolitischen Verfahren in Deutschland benötigt in allen Phasen eine intensivere Koordinierung. Diese bezieht sich auf die zielgerichtete Verbreitung und Vermittlung von Informationen, das Entwickeln von Beteiligungsprozessen, die Stimulierung und aktive Unterstützung von Maßnahmen, die Bildung von Netzwerken sowie die Sicherstellung eines Monitorings in der Umsetzung. Eine solche Koordinierung findet in Deutschland zurzeit nicht spürbar statt. Sie wird deutlich vermisst und wäre Aufgabe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

- **Prioritäten für die Umsetzung in Deutschland setzen**

Die vorstehend genannten Themen (vgl. Punkt 1) machen deutlich, dass angesichts der Vielfältigkeit in Europa grobe allgemeine Zielsetzungen auf europäischer Ebene nicht zu umgehen sind. Dennoch ist eine stärkere Fokussierung auf nationaler Ebene unumgänglich, um mehr Wirksamkeit zu erzeugen. Der zurzeit eingeschlagene Weg er-



scheint richtig: Die Mitgliedstaaten werden z. B. in der OMK aufgefordert, einige wenige Schwerpunkte aus den auf europäischer Ebene verabredeten „Gemeinsamen Zielsetzungen“ in diesen Bereichen zu benennen, in denen konkrete

Umsetzungsmaßnahmen erfolgen sollen. Eine solche Prioritätensetzung muss unbedingt auch in Deutschland vorgenommen werden.

- **Aktionspläne zur Umsetzung der europäischen Zielsetzungen in Deutschland verabreden**

Mit Hilfe nationaler Aktionspläne könnten gemeinsam Schwerpunktsetzungen entwickelt und Verfahrensweisen zur Umsetzung von nationalen Schwerpunkten der kinder- und jugendpolitischen Zusammenarbeit verabredet werden. Sie hätten eine Fokussierung von Aktivitäten der Träger der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe und eine zielgerichtete Nutzung der bestehenden Ressourcen sowie mehr Eigenverantwortung aller Akteure bei der Umsetzung zur Folge. Sie würden ebenso eine arbeitsteilige und bedarfsbezogene Vorgehensweise auf regionaler und lokaler Ebene ermöglichen.

- **Federführung für den Pakt im BMFSFJ ansiedeln**

Entsprechend dem geforderten Bedeutungszuwachs des Europäischen Paktes für die Jugend als eigenständiges Ziel der Lissabonstrategie sollte die Verantwortung für die Steuerung der Pakt-Umsetzung im BMFSFJ liegen. Aufgrund der Angliederung des Lissabonprozesses im Wirtschaftsministerium ist dies bisher nicht der Fall. Die Einbeziehung des BMFSFJ in den gesamten Lissabonprozess war bzgl. des Paktes bisher nur unzureichend.

6. Instrumente der kinder- und jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa effektiv nutzen

6.1. Einen Europäischen Jugendbericht etablieren

Ein regelmäßiger europäischer Jugendbericht kann ein zentrales Instrument der Zusammenarbeit sein. Er wird interessant und jugendpolitisch wirksam, wenn er als ein wissenschaftlich, politisch praktisches Referenzdokument für Gestaltung und Weiterentwicklung von Jugendpolitik in Europa und nicht als formales Berichtsinstrument gestaltet wird. Er sollte daher in einem Abstand von drei Jahren erscheinen. Die Beteiligung von jungen



Menschen und ihren Organisationen ist hierbei unerlässlich. Dem Forschungsbereich kommt eine besondere Bedeutung zu. Er kann hier einerseits notwendiges Basismaterial für die Analyse von Lebensbedingungen junger Menschen in Europa liefern. Andererseits könnte er wichtige Hinweise für die Gestaltung von Politik geben, vor allem dann, wenn es darum geht, aus den Konzepten und praktischen Erfahrungen der Nachbarländer zu lernen.

6.2. JUGEND IN AKTION und Europäischen Sozialfonds (ESF) als Förderinstrumente ausbauen

Will Jugendpolitik in Europa handlungsfähig sein, benötigt sie eigenständige, in der Verantwortung der Jugendpolitik liegende Förderinstrumente, die inhaltlich entsprechend ausgerichtet und finanziell ausreichend ausgestattet sind. Das neue EU-Programm JUGEND IN AKTION hat hier eine besondere Bedeutung. Aufgrund dieser und vor dem Hintergrund der Beitritte neuer Mitgliedstaaten müssen im Programm mittel- und langfristig zusätzliche Ressourcen für jugendpolitische Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. An der Eigenständigkeit des Programms sollten unter jugendpolitischen Aspekten bei den Verhandlungen für die nächste Programmgeneration ab 2013 keine Zweifel aufkommen. Die Strukturfonds, insbesondere der Europäische Sozialfonds, sollten aufgrund ihrer Förderstruktur und Methodik mehr als bisher eingesetzt werden, um die Umsetzung der Prioritäten der Jugendpolitik in Europa in die Praxis gezielt finanziell zu unterstützen.

6.3. Europäische Netzwerke zum Austausch bewährter Praktiken nutzen und aufbauen

Die Nutzung von bestehenden und bewährten europäischen Netzwerken (EuroChild, Europäisches Jugendforum usw.) und wo es notwendig ist auch der Aufbau neuer Netzwerke, können die jugendpolitische Zusammenarbeit stärken. Durch den Austausch guter Praxis kann Jugendpolitik in den Mitgliedstaaten weiter entwickelt und insbesondere auf lokaler Ebene ein konkreter Erkenntnisgewinn erreicht werden.

7. Beteiligung

7.1. Beteiligung der Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe verankern

Die Einbeziehung aller Akteure, insbesondere der Zivilgesellschaft, ist eines der Schlüsselemente in der Umsetzung der kinder- und jugendpolitischen Zusammenarbeit. Um die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa von der Ebene der öffentlichen Verwaltungen in der Praxis von Jugendarbeit und -politik zu verankern, ist es notwendig, konkrete dauerhafte Strategien und Maßnahmen zur Beteiligung von Trägern und Strukturen der Jugendhilfe und von Jugendlichen selbst zu entwickeln. Dazu gehört eine aktive Mitwirkung der Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe im Sinne verbesserter Lebenslagen junger Menschen.

7.2. Beteiligung junger Menschen durch „Strukturierten Dialog“ verbessern

Die EU-Kommission hat zur besseren Beteiligung junger Menschen an allen Phasen von Jugendpolitik in Europa den sogenannten „Strukturierten Dialog“ ins Leben gerufen, dem die Jugendministerinnen und -minister zugestimmt haben. Dieser strukturierte Dialog befindet sich in der Erprobungsphase. Deutlich geworden ist bereits jetzt, dass eine Fokussierung auf die Jugendevents der Ratspräsidentenschaften zu eng ist. Eine besondere Aufgabe besteht darin, neben und in den bewährten Strukturen von Jugendorganisationen auch benachteiligte Jugendliche an europäischen Politikprozessen zu beteiligen. Hier sind Modellprojekte und Experimente gefordert. Die Fördermechanismen über das Programm JUGEND IN AKTION müssen angepasst werden, um an dieser Stelle stärker unterstützend wirken zu können.

*Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
Berlin, 9./10. April 2008*



STANDPUNKTE ZUM EUROPÄISCHEN HANDELN IM SINNE VON JUNGEN MENSCHEN

Distanz zu Europa verringern – Jugendliche beteiligen

*Ute Theisen,
stellvertretende
Vorsitzende des
Deutschen Bundes-
jugendrings*

Allgemeine Einführung

Die Europäische Union (EU) erlebt derzeit wieder eine schwierige Zeit und **steckt in einer tiefen Vertrauenskrise**. Der Ratifizierungsprozess für den EU-Reformvertrag ist nach dem gescheiterten Referendum in Irland ins Stocken geraten. Daran ändert auch die Tatsache, dass der Vertrag mittlerweile von der überwiegenden Zahl der nationalen Parlamente in der EU verabschiedet worden ist, nichts.

Diese fehlende klare Perspektive für die künftige europäische Zusammenarbeit erleichtert nicht gerade die Vorbereitungen auf die nächste Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009. Besonders bei Jungwählerinnen und Jungwählern lag die Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl 2004 deutlich niedriger als beim Durchschnitt. Ich befürchte, daran wird sich auch im nächsten Jahr nichts ändern. Zwar sind bei Werbeagenturen nicht erst seit letzter Woche (bayerische Landtagswahl) **Blitzwahlkämpfe** populär. Dass mit diesem Konzept auch ein **Blitzinteresse** an Europa geweckt werden kann, ist wenig wahrscheinlich.

Eine Betrachtung der jugendpolitischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene kann daher aus Sicht der Jugendorganisationen nicht losgelöst vom derzeitigen Zustand der EU erfolgen.



Teil 1

Fragestellung:

(Wie bewerten Sie den letzten Zyklus der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene? (Haupterfahrungen, Hauptschwierigkeiten))

Europa als Chance für junge Menschen

Europa kann gerade für seine jungen Bürgerinnen und Bürger neue Möglichkeiten eröffnen und Chancen für ein gelungenes Leben bieten. Um das zu erreichen, müssen **die Ziele umgesetzt** werden, die im Rahmen der europäischen Jugendpolitik festgelegt oder verkündet wurden – sei es im EU-Weißbuch-Prozess „Neuer Schwung für die Jugend Europas“, im Europäischen Pakt für die Jugend, im EU-Programm „Jugend in Aktion“ oder auch beim Strukturierten Dialog mit jungen Menschen. Neben der Forderung nach gelungener **Beteiligung Jugendlicher** stehen daher die Fortführung der **Reformen der EU-Verträge** und der **Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit** und **soziale Ausgrenzung** für die Jugendorganisationen im Mittelpunkt. Da aber bisher ein geeignetes Monitoring fehlt, lassen sich die Wirkungen und Fortschritte des bisherigen jugendpolitischen Engagements nur sehr begrenzt bewerten.

Rückblick

Ein Rückblick auf die bisherigen Anstrengungen im Bereich der Europäischen Jugendpolitik seit der Veröffentlichung des EU-Weißbuches Jugend 2001 fällt ernüchternd aus. Ich möchte ausdrücklich dem BMFSFJ danken, dass in dem vor zwei Wochen bekannt gewordenen Entwurf der Bundesregierung zum künftigen Rahmen der europäischen Zusammenarbeit die derzeitige Situation nicht beschönigt wird, sondern kritische Einschätzungen sich ebenso wiederfinden. Das war in der Vergangenheit nicht immer so! Ein Kritikpunkt von Jugendorganisationen war, dass viele Mitgliedstaaten ein Bild ihrer jugendpolitischen Aktivitäten gezeichnet haben, das eher Wunschenken als der Realität entsprach. Zahlreiche sogenannter



Leuchtturmprojekte, die im Weißbuch oder in den nationalen Berichten vorgestellt wurden, waren schon bei Drucklegung erloschen oder aufgrund ihrer Ausstattung oder besonderen politischen Unterstützung nicht übertragbar auf andere Länder. Auf dieser Basis kann keine europäische Jugendpolitik entwickelt werden! Ein solcher Prozess braucht Glaubwürdigkeit, Offenheit, Transparenz und Engagement. Daran mangelte es nicht nur in Deutschland.

Mit der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) steht grundsätzlich ein geeignetes Instrument für die aktive Gestaltung von europäischer Jugendpolitik zur Verfügung. Sie zeigt allerdings



bisher vor allem auf regionaler und lokaler Ebene wenig Wirkung. Daher sollte ein Strategiewechsel mit gravierenden Änderungen mit dem Ziel einer höheren Transparenz und Verbindlichkeit durchgeführt werden. Beides ist in der bisherigen Form kaum vorhanden, zudem ist die offene Koordination noch viel zu bürokratisch und unflexibel. Es wurde, wie der Deutsche Bundesjugendring festgestellt hat, viel Papier mit wenig Wirkung produziert.

Neben dem Weißbuch ist der **Europäische Pakt für die Jugend** für die Jugendpolitik in Europa von besonderer Wichtigkeit. Mit dem im März 2005 verabschiedeten „Europäischen Pakt für die Jugend“ sollen die Anliegen Jugendlicher zu einer Priorität innerhalb der Lissabon-Strategie werden. Leider ist man auch drei Jahre nach der Verab-

schiedung des Europäischen Jugendpaktes weit davon entfernt, die selbst gesetzten Ziele erreicht zu haben. Es gibt bisher wenig greifbare Ergebnisse, wie **der von der Europäischen Kommission vorgelegte Fortschrittsbericht zu Wachstum und Beschäftigung** zeigt. Zwar haben die EU-Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren vielfältige Maßnahmen zur Umsetzung des Jugendpaktes ergriffen, doch profitieren junge Menschen im Durchschnitt immer noch weniger stark von den Verbesserungen der Beschäftigungslage in Europa als Erwachsene. Als sektorübergreifende Initiative **besitzt er das Potential**, die Herausforderungen, vor denen junge Menschen in Europa stehen, anzugehen. Bei seiner Umsetzung fehlt es vielfach an klaren Strategien und vor allem an einer ausreichenden Beteiligung der Zivilgesellschaft. Im Rahmen des Europäischen Paktes für die Jugend müssen deshalb insbesondere Jugendliche ohne Ausbildung bzw. mit unqualifizierter Ausbildung verstärkt berücksichtigt werden.

Der konzeptionelle Ansatz des **Strukturierten Dialogs** ist gut, aber was bisher fehlt ist eine Struktur. Sie setzt voraus, dass Jugendliche in diesem Verfahren als gleichberechtigte Gesprächspartnerinnen und -partner akzeptiert werden, sowohl bei der Vor- und Nachbereitung als auch bei der Durchführung. Ein Dialog setzt auch eine gemeinsame Themenfindung und größere Ernsthaftigkeit voraus. Erste Erfahrungen von Teilnehmenden aus Jugendorganisationen mit den zurückliegenden Europäischen Jugendtreffen, Jugendevents oder der Europäischen Jugendwoche haben nicht überzeugt. Jugendlichen werden durch die EU-Kommission vorbereitete Programminhalte präsentiert. Sie dürfen sich mehr als dankbare Zuhörer denn als Mitgestalter fühlen. Die jeweiligen EU-Ratspräsidentschaften führen mit sehr unterschiedlicher Qualität Events durch, die noch immer nicht oder nur unzureichend auf vorausgegangene Ergebnisse aufbauen.

Eine Aufnahme der **Zielgruppe Kinder** in die europäische Jugendpolitik halten wir für sehr



sinnvoll. Die EU hat diese Gruppe bisher im Gegensatz zum Europarat oder den Vereinten Nationen eher als Schutzobjekte gesehen und ihr Handeln darauf abgezielt. Kinder sind jedoch handelnde Subjekte, sie haben ein Recht, aktiv und altersgerecht in die Gestaltung ihrer Gegenwart und Zukunft eingebunden zu werden. Das Europäische Jugendforum wird künftig dieser Zielgruppe mehr Aufmerksamkeit widmen und hat im Mai 2008 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Mitinitiatoren waren die Jugendorganisationen in Deutschland.

Fazit

Der bisherige Zyklus der Zusammenarbeit hat die Aufmerksamkeit für die europäische Jugendpolitik erhöht, zwar nicht überall und auf allen Ebenen. Aber auf der Grundlage einer kritischen Bewertung des bisher Erreichten und der gemachten Erfahrungen kann im laufenden Konsultationsprozess über den künftigen Rahmen der europäischen Jugendpolitik der Grundstein für eine erfolgreiche Zusammenarbeit gelegt werden. Wenn dies nicht gelingt, bleibt die Distanz von Jugendlichen zur EU und ihrem jugendpolitischen Engagement groß und ein wesentliches Ziel des EU-Weißbuchs unerreicht.

Teil 2

*Fragestellung: Was sind die **wichtigsten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen** für die Jugend, die von der **Jugendpolitik** in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden sollen?*

Die Veranstalter haben in ihrem Fragekatalog eine umfangreiche Übersicht mit möglichen Herausforderungen für die Jugend vorgelegt:

- Bildung und Ausbildung
- Beschäftigung und Integration
- Umgang mit Migration
- Demografischer Wandel
- mehr Beteiligung
- Gesundheit
- Mobilität

- das Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele
- die Entwicklung und Sicherung von demokratischen Strukturen
- Umgang mit den Folgen der Globalisierung.

Dies ist also eine ganze Menge! Vor allem angesichts beschränkter Ressourcen und nicht sehr ausgeprägter Erfolge in der ressortübergreifenden Arbeit ist demnach eine Fokussierung sehr wichtig.

Kernthemen innerhalb der engeren jugendpolitischen Zusammenarbeit sollten aber **Bildung und Ausbildung bleiben**, Themen, die mittlerweile auch den Ausgang von Landtagswahlen in Deutschland mitentscheiden.

Weiterhin sollte die **Entwicklung und Sicherung von demokratischen Strukturen** eine zentrale Rolle spielen, das schließt die EU mit ein. Erst im Juni 2008 hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie veröffentlicht, nach der befürchtet wird,



dass sich ein Drittel der Menschen in Deutschland schon von der Demokratie verabschiedet hat. Zugleich, so die FES, wächst die Sehnsucht nach einfachen Antworten und autoritären Strukturen. Ich glaube, deutlicher kann kein Handlungsauftrag auch für europäisches Engagement formuliert werden, denn die Situation in anderen EU-Mitgliedstaaten sieht nicht rosiger aus – ich erinnere an den Wahlausgang in Österreich am 28. September 2008 oder an den Versuch extremistischer Parteien aus Europa, im September 2008 in



meiner Heimatstadt Köln einen Anti-Islamisierungskongress durchzuführen.

Die soziale Integration, das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, Bürgerschaft und Beteiligung bleiben von Bedeutung. Bei anderen Themen sollten wir prüfen, wo eine stärkere Mitbeteiligung erfolgreich eingefordert werden sollte, damit die Jugendpolitik als wichtiger Akteur zur Kenntnis genommen wird. Dazu ist sicher die Hilfestellung der EU-Kommission und der nationalen Regierung hilfreich. Aber auch in der Vergangenheit haben sich Jugendorganisationen ohne Hilfe der offiziellen Jugendpolitik direkt bei zuständigen staatlichen Stellen eingemischt, wenn sie das in Fragen wie Umwelterstörung, Klimawandel oder Globalisierungsfolgen für notwendig erachtet haben. Wir versprechen, das auch weiterhin zu verfolgen! Und nicht nur pragmatisch, sondern auch ideologisch.

Ich befürchte, dass sich sowohl die für Jugend zuständige Generaldirektion als auch das Jugendministerium überheben, wenn sie Themenfelder außerhalb ihres Kerngeschäfts aufgreifen und in die jugendpolitische Zusammenarbeit aufnehmen. Die Erfahrungen mit dem europäischen Jugendpakt haben doch gezeigt, dass die „jugendpolitische“ Stimme in dem Chor der Wirtschafts- und Sozialpolitiker recht leise geblieben ist.

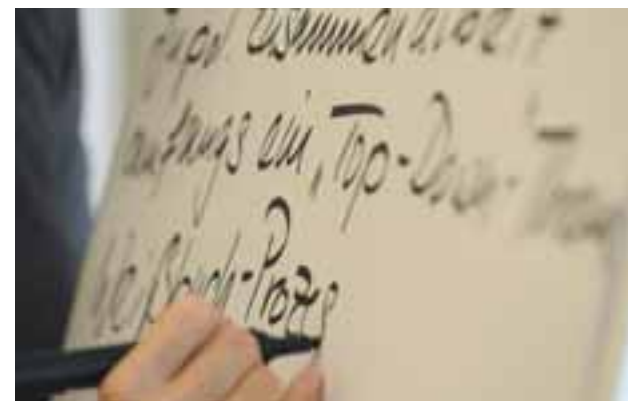
Wir sollten uns daher davor hüten, auf dieser Konferenz einen umfangreichen Themenkatalog für die europäische Ebene zusammenzustellen, aus dem sich das künftige jugendpolitische Engagement ableiten soll. Wir sollten eher sehen, in welchen Feldern unsere Stärken liegen und welche Institutionen, Ebenen und Instrumente sinnvoll sind und wir nutzen wollen, wenn es um das Erreichen jugendpolitischer Ziele geht.

Teil 3

Fragestellung: Welches sind die Herausforderungen auf europäischer Ebene? Was könnten

die Prioritäten eines zukünftigen EU-Kooperationsrahmens im Bereich der Jugend sein, um sich diesen Herausforderungen zu stellen?

Ich möchte mich bei den Herausforderungen auf wenige, und zwar genau fünf Aspekte konzentrieren,



da ich das Gefühl habe, dass sie in den bisherigen Überlegungen des BMFSFJ nicht die nötige Aufmerksamkeit bekommen haben. Ausdrücklich begrüße ich darum das Engagement des BMFSFJ hinsichtlich der Förderung der Mobilität von jungen Menschen und Fachkräften und die Förderung des sozialen Zusammenhalts. Aber:

1. Jugendliche für das Projekt Europa begeistern

Jugendliche können für europapolitisches Engagement interessiert und begeistert werden! Diese Erfahrung hat nicht nur der DBJR mit dem Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung gemacht, das vom BMFSFJ, der Bundeszentrale für politische Bildung und vom DBJR getragen wird. Sowohl während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft als auch jetzt im Vorfeld der Europawahlen wurde ein Förderprogramm aufgelegt, an dem sich eine große Zahl von Jugendorganisationen beteiligt hat.

2. Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche ausbauen:

Umfragedaten zeigen, dass **49 % der 15-24-Jährigen** in der EU der Meinung sind, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt. In Deutschland sind es



gar **57 %** (Eurobarometer 2006). Diese negative Einschätzung der Möglichkeit zur Einflussnahme auf europäische Angelegenheiten wird noch dadurch verstärkt, dass die Jugendlichen eigentlich gerne aktiver an der Gesellschaft mitwirken würden, wenn man sie nur lassen würde. In einer anderen Umfrage **gaben 81 % der befragten 15-30-Jährigen** an, dass junge Menschen zu Themen, die sie betreffen, angehört werden sollten (Flash Eurobarometer 202/2007). Das lässt nur einen Schluss zu: die wirksamen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche müssen ausgebaut werden, auch im Zusammenhang mit der EU. Eine Chance dazu bietet der **Strukturierte Dialog**, aber er muss geerdet werden.

3. Strukturierter Dialog mit Bodenhaftung

Die deutsche Nationalagentur Jugend für Europa und der Deutsche Bundesjugendring diskutieren derzeit einen Vorschlag, wie in Deutschland eine breite Kommunikationskampagne mit Jugendlichen im Rahmen des Strukturierten Dialogs aussehen könnte. Einige Voraussetzungen dafür aus Sicht des DBJR sind:

- Beratung von Themen, die mit den Jugendlichen festgelegt wurden und die ihr direktes Lebensumfeld mit betreffen,
- keine thematische Festlegung auf die von der EU-Kommission oder den EU-Jugendministern vorgegebenen Themen, da der zeitliche Rahmen zu eng gesteckt ist und die Zielsetzung und die Wirkung der von den Jugendlichen erarbeiteten Ergebnisse sehr vage bleiben,
- nicht kurzfristig anlegen (auf dem von der EU-Kommission vorgesehenem Intervall von 18 Monaten kann aufgebaut werden),
- dezentrale Veranstaltungen müssen den Schwerpunkt bilden – statt einzelner nationaler Jugendkonferenzen oder europäischer Jugendevents,
- breite politische Unterstützung auf allen Ebenen (wobei nur eine schrittweise Ausweitung realistisch ist) und zwischen den Ebenen,

- mehr Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit, da sich das Umgehen mit dem Strukturierten Dialog von EU-Präsidentschaft zu Präsidentschaft ändert und die Funktionen z. B. der Jugendevents und der Europäischen Jugendwochen nicht klar geregelt sind, wie sich zuletzt bei einer Sitzung der EU-Kommission mit den Regierungen und Jugendringen am 4. Juli 2008 deutlich gezeigt hat,
- wir brauchen einen transparenten und offenen Umsetzungsprozess mit klarer Verantwortungs- und Zuständigkeitsregelung, um Mindestanforderungen an eine inhaltliche Struktur durchzusetzen,
- unbürokratische Verfahren zur Durchführung,
- finanzielle Unterstützung von Aktivitäten nicht nur durch das EU-Förderprogramm „Jugend in Aktion“.

4. Mehr parlamentarische Unterstützung einfordern

Impulse verspricht sich der DBJR auch von der Entscheidung des Europäischen Parlaments, künftig bei jedem legislativen Vorgang dessen Auswirkungen auf junge Menschen zu berücksichtigen. In enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission wird daher das Parlament künftig die



Politikfolgenabschätzung auf Jugendliche herausarbeiten. Der Beschluss wurde im September 2008 getroffen, auf Initiative des Europäischen Jugendforums und seiner Mitgliedsorganisationen und durch das Instrument einer schriftlichen Erklärung, die mehr als die Hälfte der Abgeordneten unterzeichnet haben. Gefordert wird auch eine stärkere



horizontale Zusammenarbeit für die EU-Jugendpolitik. Damit kommt vielleicht auch die parlamentarische Komponente stärker innerhalb der europäischen Jugendpolitik zur Geltung, denn aus der bisherigen Zusammenarbeit sind Parlamentarier sowohl auf europäischer Ebene als auch auf nationaler Ebene weitgehend ausgeschlossen.

Meine Schlussbotschaft für die heutige Tagung lautet:

Europa besteht nicht nur aus der Lissabon-Strategie

Es gibt viele andere wichtige Städte, aus denen sich Handlungsaufträge für die europäische Politik ableiten lassen: Rom, Maastricht, Amsterdam, Nizza und nicht zuletzt in einem anderen Kontext Lissabon als Ort der Unterzeichnung des Vertrags

von 2007. Wenn es uns nicht gelingt, die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere auch die Jugend in die weitere Gestaltung der europäischen Zusammenarbeit einzubeziehen, wird der künftige Rahmen einer europäischen Jugendpolitik das geringste Problem sein. Im Weißbuch Jugend heißt es dazu „Die Barriere zwischen den Jugendlichen und Europa illustriert sehr deutlich, wie groß die Entfernung zwischen den Menschen in den Mitgliedstaaten und Brüssel ist. Der Erfolg des gemeinschaftlichen Projekts, insbesondere angesichts der bevorstehenden Erweiterung, hängt im hohen Maße von der Mitwirkung der jungen Generation ab.“

Lassen Sie uns also weiter dafür eintreten, diese zu verwirklichen!



ROLLEN VON EU UND MITGLIEDSTAATEN – LÄNDER, KOMMUNEN, TRÄGER

*Birgit Elsing,
Ministerium für
Generationen,
Familien, Frauen und
Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen
(MGFFI)*

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat mich gebeten, eine Einschätzung zu geben, ob der europäische Kooperationsrahmen zu Veränderungen in der Politik auf Landesebene geführt hat. Ich kann dies naturgemäß nur für Nordrhein-Westfalen beantworten, und auch hier nur einige wenige Aspekte beleuchten.

Gestatten Sie mir zunächst eine grundsätzliche Anmerkung: Die Frage nach einer möglichen Einflussnahme des europäischen Kooperationsrahmens auf die nationale Politik ist insgesamt schwierig zu beantworten, erst recht auf Landesebene. Europäische Schwerpunktthemen sind in aller Regel auch nationale Schwerpunktthemen, wie z. B. Freiwilliges Engagement, Partizipation, Bildung, Arbeit und Ausbildung oder Gesundheit. Aus meiner Sicht ist dies aber auch nicht unbedingt von Bedeutung, wichtiger ist vielmehr, dass es ein funktionierendes Zusammenspiel gibt. Und das ist in Deutschland – was die Themen angeht – durchaus der Fall.

Bei meinem Antwortversuch über die Auswirkungen des europäischen Kooperationsrahmens möchte ich im Folgenden zwei Ebenen betrachten – die parlamentarische und die administrative.



Die politische Ebene

Europäische Jugendpolitik ist heute explizit ein Thema im nordrhein-westfälischen Parlament. So hat der Landtag jüngst einen Antrag verabschiedet „Europa für junge Menschen erfahrbar machen – Die europäische Jugend für Europa stärker begeistern“, in dem die Landesregierung u. a. aufgefördert wird,

- die Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen im europäischen Politikprozess zu verbessern und auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass Jugendpolitik im Sinne einer Querschnittspolitik verstanden wird – der Landtag begrüßt in diesem Kontext ausdrücklich das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ von 2001,
- die Bemühungen der EU zur europapolitischen Partizipation von Jugendlichen zu begleiten und eigene Initiativen zu ergreifen,
- alle Programme und Maßnahmen der politischen Bildung auf Landesebene verstärkt auf die Vermittlung des europäischen Gedankens auszurichten.

Dies ist eine neue Entwicklung im jugendpolitischen Bereich, die es so vor einigen Jahren noch nicht gegeben hat und die sicherlich auf die europäischen Initiativen zurückzuführen ist. Nachhaltige Impulse sind aber auch von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr ausgegangen.

Die administrative Ebene

In Nordrhein-Westfalen lassen sich im Umgang mit europäischer Jugendpolitik zwei Handlungsstränge ausmachen, einerseits die praxisbezogene Politik und andererseits der Umgang mit dem europäischen Kooperationsrahmen im engeren Sinne.

a) Europäische Jugendpolitik in der Praxis

Die praxisbezogene Politik ist nicht unmittelbar beeinflusst vom europäischen Kooperationsrahmen, wohl aber von den parlamentarischen Debatten und der grundsätzlichen Zielsetzung,



den europäischen Gedanken zu stärken. Hierzu gibt es verschiedene Initiativen des Jugendministeriums.

So hat die Landesregierung z. B. im Juni 2008 mit den fünf landeszentralen Trägern der Kinder und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen (Landesjugendring, Landesvereinigung der Kulturellen Jugendarbeit, Landesarbeitsgemeinschaft der Jugendsozialarbeit, Arbeitsgemeinschaft Häuser der Offenen Tür, Paritätisches Jugendwerk), einen „Pakt mit der Jugend“ geschlossen, in dem folgende Schwerpunkte im Zentrum stehen – Integration, Partizipation, Bildung, Europa/1-Welt und Generationen.



Mit dem Pakt will die Landesregierung

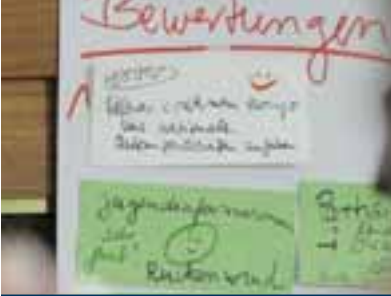
1. den Blick von Gesellschaft und Politik für Belange von Jugendlichen schärfen. Wir wissen, das Aufwachsen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels ist mit neuen Herausforderungen an junge Menschen verbunden, denken Sie z. B. an die Herausforderungen des demografischen Wandels. Deshalb ist es notwendig, die Gesellschaft auch für die Belange von Jugendlichen zu sensibilisieren.
2. die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen sichern, stärken und ausbauen. Jugendliche können und wollen ihre Interessen selbst vertreten. Das ist ihr grundlegendes Recht und zu-

gleich eine wichtige Voraussetzung, demokratisches Bewusstsein zu entwickeln.

3. Benachteiligungen für Jugendliche abbauen. Rund 15–20 % der Jugendlichen haben aufgrund mangelnder Bildungsbeteiligung, wegen sozialer Benachteiligungslagen oder individueller Beeinträchtigungen Schwierigkeiten, den Übergang von der Schule in den Beruf ohne zusätzliche Unterstützung zu meistern. Wir wollen diesen jungen Menschen gezielte Hilfen anbieten, damit ihnen der Übergang von der Schule in den Beruf leichter fällt.
4. junge Menschen in ihren Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten stärken und ihnen neue Chancen eröffnen. Jugendliche haben unterschiedliche Interessen, Stärken und Bedürfnisse. Insbesondere ihre Stärken gilt es zu ermitteln, auszubauen und sichtbar zu machen.
5. das Bewusstsein für Europa und die Eine Welt stärken und ausbauen sowie das europapolitische und internationale Engagement junger Menschen fördern. In einer von Zuwanderung geprägten Gesellschaft kommt dem Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen eine große Bedeutung zu. Durch konkrete Projekte, die das Verstehen fördern und Gemeinsamkeiten erfahrbar machen, wollen wir das interkulturelle Verständnis ausbauen und neue Formen des gemeinsamen Aufwachsens entwickeln. Junge Menschen sollen zum interkulturellen Austausch ermutigt werden.

Dass wir dies zu einem eigenen Schwerpunkt gemacht haben, zeigt die Bedeutung, die die Landesregierung diesem Thema zumisst.

Ein zweites Beispiel: Wir haben in diesem Jahr im Rahmen des Jugendkulturpreises einen Sonderpreis zum Thema „Young Europe“ ausgelobt. Auch damit wollten wir das Thema Europa stärker in den Mittelpunkt rücken und zur Auseinandersetzung mit dem europäischen Gedanken anregen.



Mit beiden Initiativen haben wir bezogen auf den Schwerpunkt Europa ähnliche Erfahrungen gemacht. Die Träger reagieren nach wie vor eher zurückhaltend, sich mit europäischen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Keine Frage, diejenigen, die hier aktiv sind, sind hoch motiviert und leisten hervorragende Arbeit. Nur: Es sind viel zu wenige, die sich hier engagieren. Anders ausgedrückt: In der Praxis der Jugendhilfe ist Europa noch nicht so angekommen, wie wir uns das vielleicht wünschen.

b) Der Umgang mit dem europäischen Kooperationsrahmen

Das eigentliche Dilemma der europäischen Jugendpolitik ist, dass sie keine eigene Zuständigkeit besitzt. Die Instrumente zu ihrer Umsetzung sind von daher zunächst einmal „gefundene Kompromisslinien“. Gleichwohl sind diese Instrumente grundsätzlich geeignet, die europäische Jugendpolitik nach vorne zu bringen. Dies gilt für die Offene Methode der Koordinierung (OMK) ebenso wie für den Strukturierten Dialog (SD).

Gerade die OMK kann durchaus von ihrer Grundidee eine geeignete Methode sein, um von den Erfahrungen anderer EU-Mitgliedstaaten zu profitieren. Und der Strukturierte Dialog kann ein wirksames Instrument werden, um die Partizipation junger Menschen zu stärken. Eine Umsetzung ist allerdings bislang in beiden Bereichen nicht wirklich gelungen. So gibt es beispielsweise bis heute keine umfassenden Länderberichte zu den Schwerpunktthemen des Weißbuchs. Gerade hier sind viele Chancen vertan worden. Nach der „Anfangseuphorie“ im Anschluss an die Vorlage des Weißbuchs und des hohen Engagements aller Beteiligten bei der Berichterstattung zur Partizipation ist aus Sicht der Länder – sicher auch der Träger und Kommunen – lediglich der mit den Abfragen verbundene hohe bürokratische Aufwand geblieben.

Erschwerend kommt hinzu, dass die „europäische Sprache“ alles andere als jugendgerecht ist. Wenn

z. B. der Landesjugendring den Fragebogen der EU zur Freiwilligenarbeit – eines der originären Themen der Jugendverbände – erst „übersetzen“ muss, da dies kein junger ehrenamtlich Engagierter verstehen kann, dann müssen wir uns selbstkritisch fragen, ob wir hier die Zielgruppe, die wir eigentlich erreichen wollen, nicht eher ausschließen.

Etwas anders liegen die Erfahrungen im Bereich des Strukturierten Dialogs. Nach einem erfolgreichen Projekt mit Jugendverbänden im Kontext der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, das bei den Jugendlichen sehr gut ankam, schloss sich leider kein Folgeprojekt an, so dass die positiven Ansätze letztlich versandeten. Bislang haben wir es also eher mit Einzelaktionen und weniger mit verlässlichen und vor allem dauerhaft angelegten Prozessen zu tun.



Woran liegt das?

1. Aus meiner Sicht sind die Instrumente der europäischen Jugendpolitik zumindest auf Landesebene – vermutlich aber auch den anderen Ebenen – nicht wirklich in den kinder- und jugendhilfepolitischen Alltag integriert. Sie sind insgesamt noch nicht in den kinder- und jugendhilfepolitischen Strukturen in Deutschland angekommen. So gibt es z. B. weder im gesetzgeberischen Bereich noch im förderpolitischen Bereich explizit einen europäischen Schwerpunkt.



2. Bis heute existiert noch keine tragfähige Lösung, damit alle Beteiligten von den Instrumenten der europäischen Jugendpolitik profitieren. Die praktische Alltagserfahrung ist eher, dass diese Instrumente zusätzliche Arbeit ohne sichtbaren Nutzen bedeuten. Abhilfe könnte hier eventuell der neu eingeführte europäische Jugendbericht schaffen.
3. All dies führt letztlich zu einem vordergründig pragmatischen Umgang mit europäischer Jugendpolitik. So wird das Programm „Jugend in Aktion“ beispielsweise vielfältig genutzt, obwohl es auch hier nach wie vor Kritik aufgrund des z.T. hohen bürokratischen Aufwandes gibt.



Ich denke, wir sollten diese Kritik ernst nehmen, denn dass europäische Jugendpolitik etwas bewirken kann, auch das hat die Vergangenheit gezeigt. So wurde z. B. die inhaltliche Auseinandersetzung mit Kernthemen wie Partizipation, Freiwilligenarbeit, Bildung, aber auch Gesundheit deutlich gestärkt. Und gerade hier hat Deutschland von Beginn an eine wichtige Rolle gespielt und die Stärken der deutschen Kinder- und Jugendhilfe aktiv eingebracht, was sich z. B. in der Lissabon Strategie und insbesondere dem Europäischen Pakt mit der Jugend zeigt.

Notwendig ist dessen ungeachtet aber eine Debatte, wie die europäische Jugendpolitik näher an die jugendpolitisch Verantwortlichen gebracht werden kann – und zwar auf allen Ebenen. Gleichzeitig brauchen wir eine Debatte darüber, wie sie näher an die jungen Menschen selbst gebracht werden kann.

Dies geht nur über eine deutliche Entbürokratisierung von Verfahren und Prozessen. Wir brauchen mehr Transparenz und sollten uns auf einige zentrale Themen konzentrieren. Wir brauchen aber auch bessere Verbindungslinien von der lokalen bis zur europäischen Ebene. Nur so lässt sich Distanz überwinden und kommt Europa und europäische Jugendpolitik tatsächlich bei Kindern und Jugendlichen an.



ROLLEN VON EU UND MITGLIEDSTAATEN – LÄNDER, KOMMUNEN, TRÄGER

*Beigeordneter
Jörg Freese
Deutscher Landkreistag*

Meine Aufgabe ist es heute zu berichten, ob der Kooperationsrahmen der EU aus kommunaler Sicht die Jugendpolitik in Deutschland überhaupt beeinflusst und ob er Fortschritte hinsichtlich politischer Zielsetzungen ermöglicht hat; oder gar Rückschritte? Dies ist eher eine rhetorische Frage, aber ich bekenne, eher ein Skeptiker zu sein, wenn es um die Möglichkeiten der EU in der Jugendpolitik geht.

Aber eines sei vorweg geschickt: Die europäische Idee ist großartig und richtig. Wer miteinander redet, Handel treibt, sich miteinander verflechtet, der schießt nicht aufeinander. Das wirkt für Generationen, und das müssen wir auch immer den jeweils jüngeren Menschen weitergeben.

Aber die Zielstellung ist schwierig und kaum zu definieren, was wollen Sie, was wollen wir? Dass die EU sich häufiger einmischt? Dass die EU Sie und uns unterstützt? Dass die EU **nur** Geld gibt?

Besonders schwierig wird die Angelegenheit durch die Tatsache, dass kaum jemand in der Lage ist, eine tatsächliche Wirkung europäischer Jugendpolitik ganz konkret vor Ort zu beschreiben. Eine Ausnahme bilden insoweit natürlich europäische Modellprojekte, die aber eben gerade Modelle und keine regelhafte Entwicklung sind. Das zeigt schon ein erstes Zwischenergebnis, die Auswirkungen europäischer Jugendpolitik ganz konkret auf die Kinder und Jugendlichen vor Ort sind – vornehm formuliert – steigerungsfähig.

Aber wie ist das denn mit Jugendverbänden und Jugendverbandsarbeit? Die Kommunen haben ein hohes Interesse an einer funktionierenden Landschaft von Jugendverbänden. Da es „den“ Jugendlichen nicht gibt, brauchen auch gerade Kommunen Ansprechpartnerinnen und -partner, wenn es z. B. um Beteiligungsverfahren, aber auch um konkrete Vorhaben und Projekte geht. Dies ist mit der Gesamtheit aller Jugendlichen in unkoordinierter Form nicht denkbar.

Schaut man aber in das Papier der AGJ „Zukunftsperspektiven für eine Jugendpolitik in Europa“ vom 9./10. April 2008, so tauchen die Kommunen dort kaum auf. Das ist kein Vorwurf, aber es sollte uns zu denken geben, dass man gerne auf Europa, dann auch gerne auf die Bundesregierung sieht, aber dabei manchmal nicht hinreichend betrachtet, dass die weitaus meisten Kinder und Jugendlichen einen örtlich sehr viel geringeren Aktionsradius haben und haben wollen. Veränderungen für sie spielen sich häufig nicht in der „großen“ Politik, sondern ganz konkret vor Ort ab. Hier dürften die Auswirkungen der europäischen Politik an-



gesichts der angewandten Methode und der fehlenden Zuständigkeit der EU für ganz konkrete Maßnahmen auch noch gering sein.

Welche Kompetenzen hat nun die EU im Bereich der Jugendpolitik? Im Ergebnis wenige... Nach dem Lissaboner Vertrag (Art. 6 Abs. 1) ist die Europäische Union für die Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich Jugend zuständig. Daneben ist die EU im Blick auf ein für die Jugend besonders bedeutsames, aber auch für nicht mehr Jugendliche interessantes Thema mit verantwortlich, nach Art. 165 Abs. 1 trägt die Union zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung bei. In Abs. 2 dieser Vorschrift folgt als weitere Verantwortung der EU die Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs



und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuerinnen und Betreuer unter verstärkter Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa.

Die EU hat also typisch europäische Kompetenzen in diesem Bereich. Sie unterstützt, koordiniert und ergänzt Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich Jugend, dies ist keine originäre Kompetenz, sondern aus der Kompetenz der Mitgliedstaaten abgeleitet. Dadurch ist auch schon gewährleistet, dass die EU keine wesentlich anderen Ziele verfolgen kann als der jeweilige Mitgliedstaat. Das muss auch gelebt werden; die gerade von Deutschland zurecht immer wieder eingeforderte Subsidiarität ist täglich neu zu erringen.

Eine eigenständige Kompetenz hat die EU bei der Förderung des Jugendaustauschs sowie zur Förderung der verstärkten Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa.

Die EU interpretiert dies offensiv, d. h. sie sagt „in Europa“ bedeutet „in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union“. Denkbar wäre auch eine einengende Interpretation, die sich auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am demokratischen Leben in den Institutionen der Europäischen Union bezieht. M. E. richtigerweise ist diese weite Auslegung gewählt, um mit europäischer Unterstützung diese wichtigen Partizipationsprozesse in Gang zu bringen.

Adressaten solcher Maßnahmen müssten allerdings in erster Linie die Gemeinden, Städte und Landkreise sein. Wir als Kreisebene erfahren es schon häufig genug, wie schwierig es ist, Kinder und Jugendliche an kommunalpolitischen Entscheidungen zu beteiligen. Der Aktionsradius von Jugendlichen wächst zwar mit jedem Lebensjahr weiter, dennoch sind die bekannten Entfernungsprobleme zu überwinden. D.h. aber auch, dass Partizipationsprozesse auf Landes- oder gar Bundesebene sicherlich nicht die vorrangigen Zielprojekte sein sollten. Auf kommunaler Ebene können Kinder und Jugendliche viel konkreter und – jedenfalls in Relation zu Bund und Ländern betrach-

tet – schneller erleben, ob und in welcher Weise sich ihre Vorstellungen und Ideen verwirklichen lassen.

Insgesamt betrachte ich den tatsächlichen Einfluss europäischer Politik auf Kinder und Jugendliche und vor allem die Kinder- und Jugendpolitik eher zurückhaltend. Dies ist angesichts der sehr engen Kompetenzen der Europäischen Union in diesem Bereich auch nicht weiter verwunderlich. Dennoch ist es sinnvoll, gerade vor dem Hintergrund von internationalem Jugendaustausch, Erfahrungsaustausch in der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, aber auch zur Verbesserung der täglichen Praxis bei der Einbeziehung von Jugendlichen in kommunalpolitische Entscheidungen sinnvoll, die europäischen Kompetenzen kraftvoll zu nutzen. Und dies ist beidseitig gemeint, die EU soll es kraftvoll nutzen, ebenso aber auch die öffentlichen Ebenen in Deutschland – Bund, Länder und Kommunen.

Aufgrund der unmittelbaren demokratischen Legitimation der Vertretungen in Gemeinden, Landkreisen, Bundesländern und im Bund und aufgrund der umfassenden Kompetenz des Bundes für die Jugendhilfegesetzgebung und der Länder und Kommunen für die Ausgestaltung der Jugendhilfe in der Praxis werden die konkreten fühlbaren Auswirkungen europäischer Jugendpolitik für den „normalen“ Jugendlichen vor Ort auch in den nächsten Jahren noch begrenzt bleiben. Dies ist aber gar kein Sondereffekt für Jugendliche, sondern auch für die Erwachsenen normal. Zwar gibt es zahllose Regelungsbereiche, in denen Europa eine maßgebliche Rolle spielt, dass die Menschen dies quasi täglich spüren würden, ist aber m. E. eher Legende.



ROLLEN VON EU UND MITGLIEDSTAATEN – LÄNDER, KOMMUNEN, TRÄGER

*Anna Warnking,
Katholische Jugend-
sozialarbeit*

Aus Sicht der Träger:

Für die Zielgruppe der Jugendlichen der Jugendsozialarbeit lässt sich an der momentan eher mangelnden Beteiligung ablesen, dass es noch einigen Veränderungsbedarf bei der Ausgestaltung der Programme sowie auch der Beteiligungsverfahren gibt.

Vor diesem Hintergrund wird das Konsultationsverfahren der EU-Kommission aus Trägersicht zu diesem Zeitpunkt begrüßt. Für die Weiterentwicklung der europäischen jugendpolitischen Zusammenarbeit besteht die Hoffnung, im Dialog bessere Beteiligungsformen für benachteiligte Jugendliche auch für den transnationalen Austausch zu finden. Festzuhalten ist, dass das Programm „Jugend in Aktion“ bereits einen deutlichen Aufforderungscharakter einer entsprechenden Beteiligung nicht nur – aber auch – für die Träger der Jugendsozialarbeit enthält.

Die momentane Zurückhaltung aus dem Arbeitsfeld in der Nutzung der Programme sowie auch an den Beteiligungsverfahren der offenen Methode der Koordinierung (OMK) zeigt, dass für das Feld der Jugendsozialarbeit einiger Veränderungsbedarf ansteht.

Anforderungen an Instrumente der jugendpolitischen Zusammenarbeit:

Grundsätzlich werden die von der EU eingeführten Instrumente nicht als schlecht bewertet. In der Umsetzung gilt es allerdings insbesondere für die benachteiligte Zielgruppe, mehr und weitere Erfahrungen zu sammeln und diese auch zu dokumentieren.

Insbesondere für verbesserungswürdig halten wir:

- **Jugendevent:**
Die zentrale Form der Beteiligung von Jugendlichen am Jugendevent ist nicht ausreichend, um auch benachteiligte Jugendliche einzubeziehen. Insbesondere im Vorfeld bedarf es einer vorausschauenden, dezentralen Organisation

sowie vorbereitenden Unterstützungsbedarf für die Zielgruppe. Im Gegensatz zu organisierten Jugendlichen verfügen nicht organisierte Jugendliche über keine oder nur geringe Demokratieerfahrungen. Die momentane Ausformung des Jugendevents setzt allerdings auf entsprechende Erfahrungen, so dass sich zukünftig hier ein Scheinkonflikt entwickeln könnte.

- **Strukturierter Dialog:**

Im Dialog mit Trägervertretungen muss eine weitere Ausdifferenzierung für die Zielgruppe erfolgen. Die Partizipation benachteiligter Jugendlicher wird nicht durch einfache Online-Befragungen erreicht. Hier erscheint uns die Frage der Beteiligung ebenfalls als eine der Hauptschwierigkeiten.

- **Nationale Aktionspläne:**

Mangelnde Transparenz auf der Kommunal- und Länderebene hat in diesem Bereich eine bewusste Beteiligung der Träger für die Zielgruppe verhindert. Das Fortschreiten der Kom-



munalisierung der Zuständigkeit für die Zielgruppe bei den ARGEN (SGB II) sowie der Begrenzung auf arbeitsmarktpolitische Anforderungen bei der Förderung der Zielgruppe (SGB III) wird die Beteiligung der Trägergruppe auch zukünftig erschweren. Dem entgegen unterstützend hat sich der „Pakt für die



Jugend“ und das Verständnis europäischer Jugendpolitik als Querschnittspolitik ausgewirkt. Entsprechende Dokumentationen in nationalen Aktionsplänen, die auch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit erfordern, gilt es weiter zu verfolgen. Begrüßenswert aus Trägersicht ist somit auch der Plan eines europäischen Jugendberichtes, insbesondere mit einem Fokus auf Bildung, Übergangsmanagement und Gesundheit.

Anforderungen an die Programmgestaltung:

- Stärkung eines Auslandsaufenthaltes als Lernort:

Benachteiligte Jugendliche verfügen selten über eigene Auslandserfahrungen z. B. durch Familienurlaube. Weiterhin verfügen sie über wenig Kompetenzen für schriftliche Antragsverfahren. Eigenständige Mobilitäten sind vor diesem Hintergrund eine immense Leistung. Gruppenaufenthalte könnten die Mobilitäten zukünftig steigern. Aus Trägersicht müssen diese allerdings mit den nationalen Förderprogrammen verzahnt werden und als Teile in Trägerkonzepten förderungswürdig sein.

- Öffnung der Freizeitdienste:

Erste Trägererfahrungen aus nationalen Kurzzeitdiensten zeigen, dass die Gruppe der be-

nachteiligten Jugendlichen damit eher anzusprechen ist – allerdings müssen die Einsätze auch existenzsichernd sein bzw. im Anschluss keine prekäre Lebenssituation nach sich ziehen.

Minimale sprachliche Vorbereitungen und begleitende sozialpädagogische Unterstützungsformen sind dabei nötig. Aus Trägersicht sollten hier neue Formen der Zusammenarbeit bestehender Strukturen von Einrichtungen des Jugendwohnens bzw. „Foyers“ als sozialpädagogische Unterstützung erprobt werden.

- Neue Zielgruppe: junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

Wie durch die Bildungsprogramme der EU insbesondere Hochschulabsolventen bei Arbeitsaufenthalten im Ausland unterstützt werden, so zeigt sich auch bei den weniger gebildeten jungen Menschen – insbesondere bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund – ein wachsendes Interesse an transnationalen Arbeitsaufenthalten. Um einen entsprechenden Arbeitsaufenthalt erfolgreich zu gestalten und nicht durch prekäre Arbeitsverhältnisse mit mangelnden Versicherungen in Armut oder Überschuldung zu enden, sollte zukünftig diese Zielgruppe im Jugendprogramm mit bedacht werden.



VERFAHREN UND INSTRUMENTE VON JUGENDPOLITIK IN EUROPA

Die Offene Methode der Koordinierung fördert die Angleichung von Politikstrategien in der EU

*Ulrike Wisser
BBJ Servis gGmbH
Brüssel*

Neben dem europäischen Gesetzgebungsverfahren hat sich in den letzten zehn Jahren eine weitere Form europäischen Handelns herauskristallisiert, mit der die EU zusätzlich zu den in den Verträgen zugebilligten Kompetenzen zur Rechtsetzung politisch tätig werden kann. Auf der Grundlage eines gemeinsamen politischen Willens aller EU-Staaten werden politische Ziele für die Gemeinschaft abgestimmt und die Strategien koordiniert.

Die Offene Methode der Koordinierung (OMK) basiert auf dem Verständnis, dass die Mitglied-



staaten der EU sich in einer fortschreitenden Globalisierung auf gemeinsame Werte, Ziele und Standards verständigen, um die europäische Region wettbewerbsfähig zu halten, gleichzeitig aber sozialen Ausgleich und Zusammenhalt weiterhin garantieren zu können. Die Rolle der EU ist dabei die des Moderators und Koordinators, der Europäische Rat das höchste Organ zur Festlegung der europäischen Ziele. Die OMK als supranationales Kooperationsverfahren legt immer gemeinschaftliche Ziele fest, wobei es Angelegenheit der einzelnen EU-Staaten ist, gemäß ihrer Strukturen, Systeme und Traditionen die Reformwege zu gestalten.

Die EU entwickelt und koordiniert innerhalb dieses Verfahrens nationale, regionale und lokale Poli-

ken weiter, indem Leitlinien für die Union mit einem Zeitplan zur Verwirklichung von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen festgelegt werden. Die Leitlinien gilt es, in die nationale und regionale Politik unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Unterschiede (Nationale Aktionspläne/Berichte) zu integrieren. Dabei basiert das Kooperationsverfahren insbesondere auf dem Vergleich von bewährten Praktiken und Ansätzen und dem Voneinander-Lernen.

Die Mitgliedstaaten informieren sich z. B. über nationale Aktionspläne oder Berichte, die die Vorgehensweise, politischen Probleme und Lösungskonzepte sowie Erfolge enthalten. Die OMK schafft so auch die Möglichkeit, die erreichten Fortschritte EU-weit zu vergleichen („ranking“, „benchmarking“) und einen Anreiz zu schaffen, aus den Erfahrungen anderer, erfolgreicher Mitgliedstaaten zu lernen.

Die OMK folgt dem Prinzip der partnerschaftlichen Aushandlung von politischen Inhalten zwischen Mitgliedstaaten, EU-Institutionen unter Einbeziehung der Betroffenen selbst sowie Nichtregierungsorganisationen und Verbänden. Daher ist die OMK ein Kernelement bei der Definition und Umsetzung europäischer Politik, das auch die Beteiligung aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen vorsieht. Die spezielle Verantwortung der Mitgliedstaaten liegt darin, die zuständigen Ebenen und Stellen in den Gestaltungsprozess einzubeziehen, denn die OMK ist kein Top-down Verfahren. Die OMK wird in einer steigenden Zahl von Politikbereichen angewandt, dazu gehören vor allem der Beschäftigungsbereich, die soziale Integration und Sozialschutz, der Gesundheitsbereich, die Bildung und Berufsbildung, Kultur und Jugend als auch die Einwanderungsfragen.

Voneinander-Lernen für die nationalen Reformprozesse

Die Europäische Kommission hat in den letzten Jahren insbesondere das Element des Peer-Reviews



bzw. des gegenseitigen Voneinander-Lernens als Teil der OMK ausgebaut. Die Peer-Reviews stellen wechselseitige Lernprozesse dar, die sich auf die systematische Bewertung von Lösungsansätzen in den Mitgliedstaaten stützen, die sich in der Praxis bewährt haben.

Dabei steht neben der Vorstellung der ausgewählten Politikkonzepte und strukturellen Maßnahmen die mögliche Übertragung der Ansätze in andere Staaten der EU im Zentrum der Peer Review Aktivitäten. Die für Beschäftigung und Soziales zuständige Generaldirektion der Europäischen Kommission hat als übergeordnete Zielsetzungen der Peer Reviews für Soziales die folgenden festgeschrieben:

- es soll zu einem besseren Verständnis der Politikansätze der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, wie sie in den Nationalen Berichten über Strategien zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung beschrieben sind und ihre Auswirkungen, beitragen;
- indem aus den Erfahrungen der Mitgliedstaaten gelernt wird, soll die Wirksamkeit von Strategien verbessert werden,
- die Übertragung von Schlüsselkomponenten solcher Politiken und institutioneller Arrangements soll erleichtert werden, die sich als effektiv im gegebenen Kontext und relevant für andere Kontexte erwiesen haben.

„In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass das Peer Review-Programm nicht als Konkurrenzkampf, sondern vielmehr als Einladung zu verstehen ist, gemeinsam die wertvollen Erfahrungen und vorbildliche Praxis der Mitgliedstaaten zu entdecken und auszutauschen sowie deren Übertragbarkeit auf andere Zusammenhänge zu untersuchen“, heißt es in dem Leitfaden 2008.

Ausgangspunkt für die Auswahl der vorbildlichen Politikansätze sind die von Mitgliedstaaten in ihren Berichten vorgestellten vorbildlichen Praktiken, die aufgrund ihrer besonders guten Ergebnisse und ihres allgemeinen Interesses für die EU ein wertungswürdiges Potenzial aufweisen. Andererseits muss es aber auch eine ausreichende Anzahl anderer Mitgliedstaaten an den jeweiligen Politikansätzen geben. Darüber hinaus müssen Berichte über die Situation vor der Reform als auch Evaluationsergebnisse für den ausgewählten Lösungsansatz vorliegen.

Das beschriebene Peer-Review richtet sich in der Regel an die politischen Entscheidungsträger und an die zuständigen Verwaltungen in den Mitgliedstaaten. Über ihr EU-Programm PROGRESS fördert die Europäische Kommission beispielsweise das Voneinander-Lernen bei der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Armut in der Praxis und auf lokaler Ebene. In der Regel müssen sich die Projektvorschläge an den Themen der nationalen Aktionspläne und Berichte orientieren.

Die Absicht ist es, mit den geförderten Projekten einen Beitrag für die bessere Umsetzung der nationalen Pläne durch die Einbindung weiterer Akteure aus der Praxis zu leisten. Deshalb wird die Einbeziehung eines breiten Spektrums relevanter Akteure aber auch die Einbindung derjenigen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, gefordert.

Für die Offene Methode der Koordinierung gibt es in Deutschland bisher kein analoges Beteiligungs- und Umsetzungskonzept. Die Beteiligung der





regionalen und lokalen Ebene sowie der zivilgesellschaftlichen Interessengruppen wird in den unterschiedlichen Politikfeldern unterschiedlich umgesetzt.

Für alle Verfahren gemeinsam kann gesagt werden, dass die bisherige Praxis nicht den gewachsenen politischen Mitbestimmungsverfahren entspricht. Die traditionellen Beteiligungsformen in der deutschen Bildungs-, Berufsbildungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Jugendpolitik müssen um die europäischen Prozesse erweitert werden. Die Beteiligung – so fordert es auch die Europäische Kommission wiederholt – sollte in allen Phasen des Abstimmungsprozesses über die nationale Umsetzungspolitik erfolgen:

- bei der Bestandsaufnahme im Rahmen der Erarbeitung der nationalen Berichte,
- bei der Diskussion über die Einbeziehung von Zielsetzungen in die Politiken in Deutschland und deren Umsetzung sowie
- bei der Festlegung der Follow-up Methode und der kontinuierlichen Berichterstattung.

Will man eine Verzahnung von europäischen Strategien mit nationaler Politikgestaltung, ist ein verbindliches Beteiligungsgeraster aller politischen Strukturen im gesamten Verlauf der Methode notwendig. Ansonsten wird die offene Methode der Koordinierung auf ein politisches Steuerungsinstrument für die europäische Ebene reduziert und national nur als aufwändiges Berichtsverfahren an die Europäische Kommission wahrgenommen.





VERFAHREN UND INSTRUMENTE VON JUGENDPOLITIK IN EUROPA

Strukturierter Dialog mit der Zivilgesellschaft – mal ganz anders?

*Rolf Witte,
Bundesvereinigung
Kulturelle Kinder- und
Jugendbildung e.V.*

Die Frage, wie der längst beschlossene und ange- laufene Strukturierte Dialog mit der Zivilgesell- schaft in der Jugendpolitik am sinnvollsten ausse- hen könnte und konkret umgesetzt werden sollte, beschäftigt aktuell viele Akteure auf der deutschen und europäischen jugendpolitischen Bühne. Und diese unvollendete, aber längst bei offenem Vor- hang gespielte Inszenierung, wird für Beteiligte und ZuschauerInnen wohl noch so manche über- raschende Wendung nehmen. Wie aktiver Dialog und wirkliche Beteiligung von Jugendlichen, (Ju- gend-)Organisationen und sonstigen Akteuren an den in ihrer eigenen Logik voranschreitenden ju- gendpolitischen Entwicklungen und konkreten Entscheidungen am Besten funktionieren könnte, ohne nur Alibi und schmückendes Beiwerk zu sein, ist niemandem wirklich klar. Wohl am wenigsten der Europäischen Kommission.



Im Feld der europäischen Kulturpolitik hingegen hat die EU-Kommission sehr klare und eindeutige Vorstellungen entwickelt, implementiert und durch- gesetzt, wie der dort ebenfalls begleitend zu einer Offenen Methode der Koordinierung eingerichtete Strukturierte Dialog mit der Zivilgesellschaft auszu- sehen hat. Und das, obwohl auch im kulturpoliti- schen Feld die Kompetenz und Zuständigkeit der EU ständig in Frage gestellt, und vor allem auch von Deutschland möglichst klein gehalten wird.

Basierend auf der am 10.5.2007 in Form einer Mitteilung veröffentlichten „Europäischen Kul- turagenda im Zeichen der Globalisierung“

(KOM(2007) 242 endgültig) wurde bereits im Herbst 2007 in Lissabon ein erstes „Europäisches Kulturforum“ durchgeführt, um möglichst viele Akteure des kulturpolitischen Feldes zusamen- zubringen. Dieses „Europäische Kulturforum“ mit rund 700 Teilnehmenden soll nun alle zwei Jahre stattfinden und der zentrale Ort für gebündelte Diskussionen über die europäische Kulturpolitik sein. Gleichzeitig wurde die Einrichtung von drei europaweiten thematisch orientierten Plattformen vorgeschlagen, die über mehrere Jahre die Haupt- ansprechpartner der EU-Kommission in bestimm- ten kulturpolitischen Themenbereichen sein sollen.

Um die Mitwirkung in diesen drei Plattformen mit den sehr weit gefassten Themen „Interkultureller Dialog“, „Zugang zu Kultur“ und „Kultur- und Kreativwirtschaft“ konnten sich europäische Netz- werke und Akteure Anfang 2008 bei der EU-Kom- mission bewerben. Diese hat auch rasch eine Auswahl getroffen und zu ersten Zusammenkün- ften der Plattformen eingeladen. Die Plattformen sollen sich nach dem Willen der EU-Kommission selbst organisieren, indem sie z. B. jeweils einen Vorsitz und eine Geschäftsstelle bestimmen, was aber mit den eigenen Finanzen der Plattform- Mitglieder geleistet werden muss. Die EU-Kom- mission stellt lediglich für Tagungen der Plattfor- men Räumlichkeiten in Brüssel zur Verfügung und unterstützt diese darüber hinaus nicht finanziell.

Kurz gesagt wurde so innerhalb eines Jahres das riesengroße und zugegebenermaßen sehr unüber- sichtliche Feld der kulturpolitischen Akteure in der EU von Brüssel aus völlig neu strukturiert und auf- geteilt. Und zwar in Akteure, die in den kommen- den Jahren regelmäßig mit der EU-Kommission werden kommunizieren können, und in solche, die von diesen regelmäßigen Konsultationen aus- geschlossen sein werden.

Sicherlich war dieses aus demokratischer Sicht sehr bedenkliche Vorgehen gegenüber den zivil- gesellschaftlichen Akteuren des kulturpolitischen Feldes deswegen relativ leicht möglich, weil es



keinen kulturpolitischen ‚europäischen Dachverband‘ oder ein tatsächlich die meisten Organisationen umfassendes zentrales ‚europäisches Netzwerk‘ gibt, etwa vergleichbar dem Europäischen Jugendforum. Da aber die zivilgesellschaftlichen Akteure in der Kulturpolitik von der Phonoindustrie über die Gesellschaften zum Schutz des Urheberrechts bis hin zum Netzwerk europäischer Jugendkulturzentren reichen, ist hier naturgemäß eine bottom-up entstehende gemeinsame Interessenvertretung gegenüber den politischen Akteuren auf europäischer Ebene auch ungleich schwieriger, wenn nicht gar unmöglich zu entwickeln.

Die Plattformen wurden Anfang 2008 eingerichtet und haben sich unter sehr unterschiedlich schwierigen Bedingungen teilweise wieder in einzelnen Unter-Arbeitsgruppen organisiert. Es bleibt nun abzuwarten, was diese rasante Einführung eines nach dem Willen der EU-Kommission geformten Strukturierten Dialogs mit der Zivilgesellschaft wirklich an Ergebnissen hervorbringen kann. Die Kommission selbst vermittelt sehr deutlich den Eindruck, mit dieser Struktur den Stein der Weisen gefunden zu haben, was aus ihrer Sicht vielleicht sogar richtig sein mag. Denn nun stehen ihr natürlich eindeutig definierte Gesprächspartner zur Verfügung, was eine gewisse Sicherheit und Berechenbarkeit suggeriert.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen aus einem anderen politischen Feld der EU kann man im jugendpolitischen Bereich fast froh sein, dass die Suche nach der angemessenen Struktur des Dialogs mit der Zivilgesellschaft eigentlich selbst Bestandteil dieses Dialogs ist. Patentlösungen und in Stein gemeißelte Strukturen der politischen Debatte mögen zwar praktischer sein, aber sie werden auf keinen Fall der Vielfalt der Akteure, der Ebenen, der Interessen, der Themen, der Entwicklungen in einem europapolitischen Feld gerecht. Wir werden uns also auch weiterhin immer wieder aufs Neue den Kopf zerschlagen müssen, welche Form für welchen Inhalt mit welchen Akteuren auf welcher Ebene der angemessene Baustein in einem sinnvoll strukturierten Dialog zwischen lokaler, Landes-, Bundes- und EU-Jugendpolitik und der Zivilgesellschaft ist.



VERFAHREN UND INSTRUMENTE VON JUGENDPOLITIK IN EUROPA

„Sachsen-Anhalt liefert seinen Baustein“

*Werner Theisen,
Ministerium für
Gesundheit und
Soziales
Sachsen-Anhalt*

Europäische Jugendpolitik bedarf der Verknüpfung der unterschiedlichen Handlungsebenen von der lokalen über die regionale zur nationalen und schließlich zur europäischen Ebene.

Seit Beginn des Weißbuchprozesses leisten die freien und öffentlichen Träger im Land Sachsen-Anhalt dabei ihren jeweils spezifischen Beitrag. So gelang vor Jahren mit dem Projekt „get up!“ im Rahmen der Partizipationskampagne der EU-Kommission ein erster Austausch mit lokalen Akteuren. Eine Verstetigung entwickelte sich jedoch leider nicht. Meist waren die vielfältigen Aktionen, gemeinsam von Kultus- und Jugendministerium und der Staatskanzlei auf die Ausgestaltung des Europatages im Mai fixiert, einige Beispiele:

- **Europatag 2007: „Europa geht weiter – 50 Jahre Römische Verträge“**, Jugendevent zur Eröffnung der Europawoche „Europa geht weiter – 50 Jahre römische Verträge“ in der Händelhalle in Halle/Saale oder
- **Europatag 2006: „Europa geht weiter“**: Motto „Europa geht weiter! Die Zukunft der Europäischen Union im Fokus der Jugend Sachsen-Anhalts“ und
- **Europatag 2005: „Europa verstehen = informieren+motivieren+agieren“**, 1000 Schüler aus ganz Sachsen-Anhalt nehmen am Europatag teil.

Auf Landesebene gelang erstmals Ende 2006 eine Verknüpfung der Akteure europäischer Jugendpolitik mit den bereits fest etablierten Partnern im Arbeitsfeld internationaler Jugendarbeit. Dies führte dann im Frühjahr 2007 zu einer Regionalkonferenz Sachsen-Anhalt.

Es gelang, in Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft an drei verschiedenen Orten lokale Akteure zu sammeln und mit diesen Erwartungen und Perspektiven für eine europäische Jugendpolitik zu formulieren. Die Partnerschaft mit sechs europäischen Regionen führte dann innerhalb des YER – Netzwerks (Youth in European Regions) zu ähnlichen Veranstaltungen dort.

Die Ideen wurden gesammelt und im Rahmen einer Regionalkonferenz im Sommer 2007 in Sachsen-Anhalt gebündelt. Delegierte brachten diese dann mit zum europäischen Jugendevent im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nach Köln. So war es uns gelungen, junge Menschen, ihre Ideen und Vorstellungen zur europäischen Union und die Erwartungen an kommende EU-Jugendpolitik von der lokalen Ebene bis nach „Europa“ zu transportieren.

Die Unbefangenheit der jungen Menschen, unabhängig von Strukturen, von politischen Gegebenheiten, von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, war ein Erlebnis.

In der Auswertung der Veranstaltungen 2007 wurde deutlich, dass Verwaltung nur schwer einen



Strukturierten Dialog mit den vielfältigen Akteuren in den unterschiedlichen Ebenen organisieren und fortlaufend bewegen kann. Seit diesem Zeitpunkt liegt diese Aufgabe in den Händen einer Arbeitsgruppe von freien und öffentlichen Trägern aus dem Bereich der Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt. So war die gesamte „Szene“ gut gerüstet für 2008.

Bereits im April startete das Projekt „Europa geht weiter“ mit der Ausbildung von Moderatorinnen und Moderatoren. Junge Menschen wollten ihr



Projekt eigenverantwortlich entwickeln, ausgestalten und durchführen. Fachleute wurden geschult und waren Bausteine dieser Eigenverantwortung.

Diese Fachleute planten und führten schließlich Vorbereitungsworkshops in 20 Schulen durch. Hier gesammelte Fragen und aufgeworfene Themen wurden dann vom 5. bis 9. Mai im Jugendevent „Europa geht weiter“ besprochen. Tagungs- und Veranstaltungsort war ein Schiff auf der Elbe. Details und nähere Informationen findet man unter www.europa-geht-weiter.de.

Auf einer Regionalkonferenz Anfang Juli 2008 in Magdeburg diskutierten 80 junge Menschen intensiv miteinander und brachten am Ende eine umfangreiche Schiffsladung von Erwartungen und Wünschen, aber auch gute Vorschläge für künftiges Handeln auf den Weg nach Europa.

Seit Oktober 2008 ist nun ein Netzwerk am Start, das die interregionale Zusammenarbeit intensivieren möchte.

„Europa geht weiter ...“ wird auch in 2009 seine Fortsetzung finden. Nachdem 2008 die Elbe als Hauptverbindungsachse Ort der Aktionen war, wird 2009 der höchste Berg Sachsen-Anhalts – der Brocken – Fixpunkt sein.

Die Vernetzung der Akteure und die Öffentlichkeit des Themas haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass Forderungen aus der Lissabon-Strategie und auch spezifisch aus dem Pakt für die Jugend auf fruchtbaren Boden fallen konnten.

So ist es gelungen, im Rahmen der neuen operativen Programme der Europäischen Union auch Projekte zur Verbesserung der Bildungschancen (Senkung der Schulabbrecherquote), dem Ausbau der Freiwilligendienste und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu etablieren. Das gemeinsame Arbeiten am Thema „Europa geht weiter“ hat Kooperationsstrategien ermöglicht. Die Öffnung von Schule in Richtung Jugendarbeit

und Jugendsozialarbeit, die Verbesserung der Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher sind gute Beispiele dafür und werden mit Sicherheit nachhaltig wirken. Wenn wir nicht nur vereinzelt junge Menschen für Europa begeistern, sondern eine „Welle“ erzeugen wollen, dann kann dies nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit gelingen.

Gerade die Ausgestaltung des europäischen Prozesses verlangt von allen gestaltenden Institutionen und Organisationen Glaubhaftigkeit im gemeinsamen Handeln.

Nur so kann es gelingen, dass wir immer mehr Menschen für eine Beteiligung gewinnen – sowohl in Politik als auch in Verwaltung und in den Strukturen der Jugendarbeit. Dazu ist es dringend nötig, mehr Informationen und Fachwissen zu verbreiten.

Offene Prozesse ohne zu enge Festlegung von Themenbereichen sind einerseits notwendig, sollten aber nicht zu einer Beliebigkeit führen, die letztlich eine Vergleichbarkeit und ein Zusammenführen dann nicht mehr ermöglicht. Wenn junge Menschen in den Diskussionen eine größere Transparenz der Strukturen und Verständlichkeit einfordern, dann sollte dies Ansporn sein – auch wenn dazu unter Umständen gegenwärtig keine „Legitimation“ auf europäischer Ebene gegeben ist.





BETEILIGUNG VON JUNGEN MENSCHEN – KONKRETE ANFORDERUNGEN

Partizipation von verbandlich organisierten Jugendlichen – Herausforderungen und Gelingensbedingungen für die Umsetzung eines Strukturierten Dialoges

*Angela Ruess,
Bremer Jugendring*

Kinder- und Jugendverbände leisten einen wichtigen und notwendigen Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Beteiligung junger Menschen. In der Gruppenarbeit der Verbände machen viele Kinder und Jugendliche erste Erfahrungen von Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitverantwortung. Fortgeführt wird dies durch Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungsfindungen auf allen Ebenen des Kinder- und Jugendverbandes bis hin zur Übernahme von Leitungsfunktionen.

Das heißt:

Mitbestimmung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen verstehen Kinder- und Jugendverbände umfassend: aus der Jugendarbeit und Jugendhilfe heraus in alle Bereiche der Gesellschaft, welche Kinder und Jugendliche und ihre Zukunft betreffen. Konkret bedeutet das, die eigenen Belange und Bedürfnisse wahrzunehmen, zu formulieren und sich öffentlich und in politischen Gremien für deren Realisierung einzusetzen. Es gibt demokratische Strukturen, die es jedem Mitglied ermöglichen, Verbandsentscheidungen, unterschiedlich auf den jeweiligen Ebenen, nachzuvollziehen und mitzubestimmen. Die aktive Mitbestimmung und Mitverantwortung ist ein Ziel verbandlicher Arbeit.

Die Frage bei verbandlich organisierten Jugendlichen ist nicht, ob sie beteiligt werden wollen, sondern welche geeigneten Formen für die Jugendlichen gefunden werden. Es handelt sich bei den Jugendlichen in Jugendverbänden meist um relativ homogene Gruppen, mit gleichen Interessen und gleichen Bildungserfahrungen. Trotzdem wollen auch hier nicht alle das „Komplettpaket Partizipation“ mit Teilnahme an Gremien und Übernahme von Verantwortung, aber sie bestimmen die Geschicke im Verband mit und erfahren eine Form von Demokratie, die persönliche Teilhabe fördert. Anders als im gesellschaftlichen Durchschnitt, wo sich Jugend als eher heterogene Gruppe mit ganz unterschiedlichen Lebenswelten, Wünschen und Problemen zeigt, kann im Jugendverband

auch oder gerade bei Beteiligungsprojekten auf ein gleiches vorhandenes Wissen über Partizipation und den Willen zur Mitbestimmung aufgebaut werden. Aber auch hier wird deutlich, dass Beteiligung Rahmenbedingungen und Unterstützung braucht, sowohl auf der kommunalen, als auch auf der nationalen und europäischen Ebene.

Die Umsetzung der Partizipation von Jugendlichen auf politischer Ebene, wie sie z. B. auch im Strukturierten Dialog angedacht ist, stellt alle Akteure vor Herausforderungen, die für eine gelingende und ernst gemeinte Beteiligung unerlässlich sind und daher angenommen und eingelöst werden müssen. Es gestaltet sich nach wie vor schwierig, Jugendliche mit speziellen Förderbedarfen in Projekte der verbandlichen Jugendarbeit zu integrieren. Diese Integration zu fördern, wird ein Thema sowohl der Jugendverbände als auch der europäischen Jugendpolitik im Sinne des Strukturierten Dialoges sein.

Jugendliche sind oftmals in Bezug auf europäische Themen wenig informiert. Es besteht das Vorurteil, dass Jugendliche ihren Fokus nur auf ihr direktes Lebensumfeld, ihre eigenen Interessen und Themen, die sie direkt betreffen, richten. Diese Einschätzung entpuppt sich in der praktischen Arbeit als falsch. Jugendliche sind interessiert und bringen sich in politische Themen ein, wenn man adäquate Wege findet, Ihnen diese zu vermitteln. Wichtig wäre für einen umfassenden und auch möglichst breit gefächerten Informationsfluss, die Kooperation mit Schulen zu verstärken, da Schulen die Orte sind, in denen Jugendliche einen Großteil ihrer Zeit verbringen und an welchen die meisten Jugendlichen erreicht werden können. Gemeinsame Projekte zu europäischen Themen und die Einbeziehung von LehrerInnen als MultiplikatorInnen dieser Themen sollten selbstverständlich werden. Es müssen zudem vermehrt jugendgerechte Informationswege geschaffen werden, wobei das Internet sicherlich eine Möglichkeit ist, aber nicht die





einzigste Lösung sein kann, um Jugendlichen europäische Themen näher zu bringen. Gerade Jugendliche mit Förderbedarfen verfügen nicht selbstverständlich über einen Internetzugang.

Es müssen geeignete Wege und Methoden der Partizipation gefunden werden. Organisierte Jugendliche gehen durch ihr jugendverbandliches Engagement mit persönlichen Kompetenzen an Themen heran, haben Kenntnisse in Beteiligungsmethoden und auch den Mut, den es braucht, sich Gehör zu verschaffen. Diese Kompetenzen kann man aber nicht zwingend voraussetzen, vor allem, wenn man auch Jugendliche ohne einen jugendverbandlichen oder organisierten Hintergrund beteiligen will. Ziel muss sein, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, sich über alle sie betreffenden Themen, auch im europäischen Rahmen, zu informieren, sich Meinungen zu bilden, diese auch mitteilen zu können und ernst genommen zu werden. D.h. es müssen Partizipationsformen gefunden werden, die sich an den Forderungen und Bedarfen der Zielgruppe und an deren inhaltlichen Wünschen orientieren. In den meisten Projekten steht erst das Thema, dann die Form und dann werden Jugendliche gesucht, die diese ausfüllen. Jugendliche müssen aber bereits im Vorfeld die Möglichkeit haben mitzubestimmen, wie welches Thema am besten umgesetzt werden kann.

Beteiligungsprojekte mit Jugendlichen müssen finanziell ausgestattet werden. Jugendliche müssen in Projekten mit einem finanziellen Budget ausgestattet werden, um ihre Ideen umsetzen zu können und um ihnen zu zeigen, dass man ihre Ideen „wertschätzt“.

Es braucht eine Kultur der Nachhaltigkeit. PolitikerInnen sind schnell bereit, sich mit Jugendlichen im Rahmen von Projekten zu zeigen, wenn es aber um die Weiterentwicklung und weitere Absprachen geht, sind gemachte Versprechen schnell vergessen. Ab einem gewissen Zeitpunkt kapitulieren Jugendliche und auch hier ist es sinnvoll, dass es eine „erfahrene Begleitperson“ gibt, die den Pro-

zess am Leben erhält und die Jugendlichen motiviert, nicht aufzugeben. Hier schließt an, dass es an konkret benannten AnsprechpartnerInnen für europapolitische Themen fehlt. An wen sollen die Jugendlichen ihre Ergebnisse und Forderungen wenden? Es wäre sinnvoll, konkrete Wege und AnsprechpartnerInnen auf dem Weg aus der Kommune nach Europa aufzuzeigen, und zwar auf allen politischen Ebenen, damit die Beteiligung an europäischer Jugendpolitik nicht zum anonymen Prozess wird.

Deutlich wird auch, dass es UnterstützerInnen braucht, die die Jugendlichen begleiten. An junge Menschen werden aktuell so viele verschiedene Anforderungen herangetragen, dass ein zusätzliches Engagement auch zusätzliche Förderung braucht. Die Institutionen, die die Jugendlichen begleiten und unterstützen, müssen Planungssicherheit haben, d.h. über entsprechende Ressourcen verfügen, um ihrem Auftrag und Selbstanspruch qualitativ gerecht werden zu können.

Die Entwicklung eines strukturierten Dialoges mit der Jugend über alle Ebenen hinweg ist also ein Prozess, der die Herausforderungen, die an ihn gestellt werden, aufnehmen und umsetzen muss. Bei der Diskussion um die Form und Umsetzbarkeit des strukturierten Dialogs dürfen aber die Jugendlichen selbst, um die es ja geht, nicht aus den Augen verloren werden. Der viel bemühte Anspruch „Jugendliche sind ExpertInnen in eigener Sache“ ist hier zutreffend. Warum wissen aber diese ExpertInnen so wenig über den strukturierten Dialog, wobei dieser doch gerade mit ihnen geführt werden soll? Jugendliche müssen in viel größerem Umfang an der Ausgestaltung des geplanten Prozesses beteiligt werden. Wenn man geeignete Informationswege findet, damit europäische Themen in den Regionen ankommen und ALLE Jugendlichen erreichen, wenn Jugendliche erkennen, wieviel Mitspracherecht sie rein theoretisch haben, dann werden sie konstruktive Ideen entwickeln, wie und in welcher Form sie sich auch praktisch einbringen können und wollen.

BETEILIGUNG VON JUNGEN MENSCHEN – KONKRETE ANFORDERUNGEN

Jugendbeteiligung in Europa – wohin soll das noch führen?

Jörg Reschke,
Servicestelle
Jugendbeteiligung

Eine neue Jugendstrategie für Europa ist im Entstehen – nutzen wir die Chance, um einen Blick zurück zu werfen:

Vor fünfzehn Jahren wäre Europäische Jugendpolitik – wie wir sie heute kennen – als Politikbegriff, Strategie und in Form von Beschlüssen so nicht denkbar gewesen und als Themenfeld wohl kaum akzeptiert. In dieser Hinsicht hat sich vieles verändert: Die Europäische Kommission hat sich die Anliegen der Jugendlichen zu Herzen genommen, ein Weißbuch veröffentlicht, die Offene Methode der Koordinierung ersonnen, das JUGEND-Programm angepasst, Projekte guter Praxis dokumentiert sowie unter anderem mit dem Europäischen Pakt für die Jugend weitere Impulse gesetzt, um Lebensbedingungen und Teilhabe von Jugendlichen zu verbessern.

Eine Vielzahl von Maßnahmen, Konferenzen und Beschlüssen folgte in den letzten Jahren aufeinander. Doch was davon hatte wirklich eine Wirkung auf die Beteiligungssituation der Jugendlichen vor Ort? Konnten die Lebensbedingungen und Chancen zur Teilhabe verbessert werden?

Auf den ersten Blick ist dies auf der europäischen Ebene zu bestätigen. Die Strukturen der Jugendverbandsarbeit wurden gestärkt, ihre Mitsprache im Rahmen des Europäischen Jugendforums gefestigt und verankert. Betrachtet man jedoch jugendliches Engagement außerhalb von Verbandsstrukturen oder auf der lokalen Ebene, so bleibt zu bezweifeln, dass Ähnliches festgestellt werden kann.

Für die vergangenen zehn Jahre lässt sich der Jugendbeteiligung in Europa ohne Frage ein großer Erfolg bescheinigen: Der Weißbuchprozess mit breit angelegter jugendlicher Beteiligung und einer Vielzahl von aufeinander aufbauenden Konferenzen mündete in die Veröffentlichung eines Weißbuches und einigen nationalen Projekten zur Umsetzung einzelner Partizipationsbausteine. Mit der auf die vier Kernbereiche abgestimmten Methode der offenen Koordinierung wurde der Um-

setzungsstand in den Nationalstaaten regelmäßig abgefragt und dokumentiert. Dennoch blieb das Weißbuch unverbindlich und so ist die Umsetzung in den Nationalstaaten höchst unterschiedlich zu bewerten. Von einer europaweiten Bewegung hin zu mehr Jugendbeteiligung kann nicht die Rede sein.

Jugendbeteiligung entfaltet ihre Wirkung zuvorderst auf der lokalen Ebene. Instrumente und Initiativen auf europäischer Ebene müssen sich daran messen lassen, welche Veränderungen sie vor Ort erreichen. Die vergangenen Jahre prägte der Europäische Pakt für die Jugend die Debatte. Setzte er auch wirtschaftliche Impulse und veränderte unter Umständen die Lebensbedingungen von Jugendlichen, so zeigte er doch kaum Wirkung für den Bereich der Jugendbeteiligung. Nicht mal als Druckmittel oder Legitimation für mehr Beteiligung konnte der Pakt von Jugendlichen lokal nutzbar gemacht werden. Viel zu oft erwies es sich, dass europäische Jugendpolitik in ihrer Wirkung auf die nationale Jugendpolitik und die Rahmenbedingungen für jugendliches Engagement arg begrenzt ist.

Aktuelle Entwicklungen

Eine neue Jugendstrategie für Europa ist im Entstehen – nutzen wir die Chance, um einen Blick zu werfen auf die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen:

Das derzeit bedeutendste Instrument europäischer Jugendpolitik ist mit Sicherheit der Strukturierte Dialog, welcher bereits in Ansätzen implementiert und in seiner Gesamtheit noch zu Diskussionen und näherer Betrachtung einlädt. Die Richtung stimmt.

Ein ebenenübergreifender Dialog zwischen politischen Entscheidungsträgern und Jugendlichen in Europa und zu europäischen Themen soll hergestellt werden. Dabei sollen gemeinsame Probleme und Herausforderungen der Jugend im Vordergrund stehen. An Themen von Jugend Arbeitslosigkeit in europäischen Metropolen



über Rahmenbedingungen des Bildungswesens bis hin zur Entwicklung einer europäischen Vision mangelt es nicht.

Neben thematischen Ergebnissen ist auch der Prozess von Bedeutung. Wieviel tatsächliche Beteiligung von Jugendlichen in den Diskussionsprozessen wird gestattet und möglich sein; wie groß ist das Interesse der Jugendlichen?

Als ein Ergebnis des Runden Tisches „Der Strukturierte Dialog mit der Jugend – quo vadis?“ vom Februar 2008 formulierte der Autor dieses Artikels bereits 13 Erfolgskriterien für eine qualitativ hochwertige Gestaltung des Dialoginstrumentes. Auf drei ausgewählte Kriterien sei an dieser Stelle nochmal hingewiesen:

1. Bei der Themenplanung sollte es sich nur um einen steuerbaren Rahmen handeln, der flexibel gehandhabt werden kann, um sich an spontanen Interessen der Jugendlichen zu orientieren

Einem im Voraus geplanten Drei-Jahresplan der zur Diskussion stehenden Themen sind stets aktuelle Themen, die die aktuellen Interessen der Jugendlichen widerspiegeln, vorzuziehen. Die Offenheit und Durchlässigkeit der Rahmensetzung ist in dieser Hinsicht sicherzustellen.

2. Eine zeitlich angemessene Gestaltung des Gesamtprozesses erlaubt die Rückkoppelung auf vertikaler Ebene und das Offenhalten von Gelegenheitsmöglichkeiten zur Beteiligung

Eine sinnvolle und kohärente Zeitplanung unter Einbindung mehrerer Jugendevents der Ratspräsidentenschaften wird nicht in einem Zyklus unter 12 Monaten möglich sein. Eine Orientierung an dem Zeitraum der Teampräsidentenschaften ist unbedingt angeraten. Dies ermöglicht eine breitere und Ergebnisse mehrerer Ebenen einbeziehende Diskussion in den Nationalstaaten. Um dies zu unterstützen, ist bei der Auswahl der Teilnehmenden auf

eine angemessene Balance aus Einsteigern und Erfahrenen Acht zu geben.

3. Elemente zur Sicherung einer projektorientierten Nachhaltigkeit über das Schreiben von Resolutionen hinaus sollen fester Bestandteil des Strukturierten Dialogs zumindest auf lokaler bis nationaler Ebene sein

Die Durchführung von Diskussionen der Konsensfindung in Form von Beschlüssen oder Erklärungen kann nicht alleiniges Ziel des Strukturierten Dialogs sein. Vielmehr sind schlüssige Konzepte vorzulegen, auf welche Weise projektorientiert die Verankerung und Umsetzung auf den unterschiedlichen Ebenen und unter Einbindung weiterer gesellschaftlicher Akteure geschehen kann.

Ziel des Strukturierten Dialoges ist es stets, Mechanismen zu fördern, die zur Motivation und Selbstbestimmung Jugendlicher führen, um sich aktiv in die Debatten zur Gestaltung der europäischen Jugendpolitik einzubringen.

Eine solche Zielsetzung setzt bei den Jugendlichen ein vorhandenes Interesse für die Themen und Inhalte voraus und mündet in der Eingliederung der Jugendlichen in bestehende Debatten. Dieser einseitige Vollzug von Ansprüchen der Erwachsenenwelt an die Jugendlichen ist dann kritisch zu betrachten, wenn nicht zugleich auch die Integration der unterschiedlichen Herangehensweisen von Jugendlichen und Erwachsenen passiert. Ohne diese ist die Vorgehensweise aus partizipatorischen Gesichtspunkten kritisch zu betrachten.

Grundlegend sind, vor dem Hintergrund der geringen Erfahrungen auf europäischer Ebene, die klassischen Mindestvoraussetzungen für Jugendbeteiligung hervorzuheben: Rechte, Pflichten und Verlässlichkeit.

1. Das Recht der Jugendlichen, mit ihren Anliegen ernst genommen zu werden ebenso wie die Möglichkeit, eigene Themen einbringen zu



können, müssen formal wie informal zur Grundlage der Beteiligung werden.

2. Politische Entscheidungsträger sind dazu verpflichtet, eine Rückmeldung zu den Vorschlägen und Forderungen der Jugendlichen zu geben.
3. Der Strukturierte Dialog darf nicht als kurzweiliges Projekt verstanden werden. Er bedarf der dauerhaften Anwendung, auch und nicht zuletzt, damit sich Verantwortliche auf allen Ebenen an das Instrument gewöhnen und es in ihre Arbeit integrieren können. Verlässlichkeit bezieht sich insofern auch auf die Finanzierung, die Partner und die Koordinierung des Prozesses.

Auf Grundlage dieser drei klassischen Voraussetzungen für Jugendbeteiligung kann die Europäische Kommission den Jugendlichen ein attraktives Angebot zum Dialog über relevante europäische Themen unterbreiten. Aus dem Angebot, sich zu beteiligen und aktiv mitzuwirken, resultiert auch die Forderung an die Jugendlichen, diese Möglichkeiten wahrzunehmen und Europa selber mitzugestalten. Die Forderung ist für beide Seiten verbindlich: Auch politische Entscheidungsträger und Administrationen sind aufgefordert, den Beteiligungsprozess auf allen Ebenen zu unterstützen und zu vernetzen.

Vision

Eine neue Jugendstrategie für Europa ist im Entstehen – nutzen wir die Chance, um eine Vision zu entwerfen, wie Jugendbeteiligung in Europa schon in zehn Jahren erlebbar sein wird:

Die Jugend Europas versteht sich zunehmend als eine Bewegung, ein in sich vernetztes System, welches sich über den gesamten Kontinent erstreckt.

Die Kommunikation läuft hauptsächlich über Profile, Foren, Chats und Videochannels im Internet

ab. Einbringen können sich alle Interessierten auf ihre Weise, so dass unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen als gemeinsamer Schatz begriffen werden.

Thematische Diskussionen ergeben sich aus den Interessen der Jugendlichen und verändern sich gegebenenfalls tagesaktuell. Unterschiede in den Ländern werden nicht übergangen oder überstimmt, sondern es kommt in einem selbstregulierten System zu Konsensschlüssen im Sinne einer gemeinsamen Entwicklung.

Auf einer Internetplattform werden Informationen zu europäischen Themen aufbereitet und bereitgestellt. Mit deren Hilfe besteht für die Jugendlichen die Möglichkeit, sich inhaltlich zu qualifizieren und dabei auf eine Online-Mediothek zurückzugreifen, in der sie neben Materialien und Beschlüssen auch Kontaktinformationen zu inhaltlichen wie regionalen Ansprechpartnern finden. Experten, erfahrene Jugendliche ebenso wie Fachkräfte der Kommission, stehen bei Anfrage Rede und Antwort.

Politikberatung findet beidseitig statt. Einerseits haben Jugendliche die Möglichkeit, im Chat und



Livestream regelmäßig mit Kommissaren zu diskutieren, aber ebenso kann die Kommission Fragen und offene Themenkomplexe online stellen, zu denen sie Antworten und Vorschläge von den Jugendlichen erwarten.



Neben besagten Online-Aktivitäten wird es auch in zehn Jahren noch reale Treffen und Konferenzen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene geben. Die Themen und Teilnehmer werden zuvor über das Internet festgestellt, wobei das Interesse dominiert über früheres Anspruchsdenken und Proporz. Auch Gespräche im kleinen Kreis (Troika) können von den Jugendlichen im Livestream verfolgt und über die Ergebnisse kann im Forum diskutiert werden.

Diskussionen münden neben abstrakten Beschlüssen und Empfehlungen auch in Projekten vor Ort. Die Jugendlichen nutzen ihre Handlungskompetenz und setzen die Ideen um. Sie erhalten für ihr Engagement einen YouthPass zur Anerkennung ihrer gewonnenen nonformalen Kompetenzen. Das Zertifikat ist geschätzt von Unternehmen und Organisationen weltweit. Aktuell wird gerade das EU-Förderprogramm „Jugend gestaltet Europa“ (2013-2020) evaluiert und Konzepte entwickelt, wie man die Beteiligung von Kindern in Zukunft effektiver gestalten kann.



BETEILIGUNG VON JUNGEN MENSCHEN UND VON DEN STRUKTUREN DER KINDER- UND JUGENDHILFE IM EUROPÄISCHEN WILLENSBILDUNGSPROZESS

Einschätzungen aus Sicht der politischen Bildung

*Lothar Harles
Bundesausschuss
politische Bildung (bap)/
Gemeinsame Initiative
der Träger politischer
Jugendbildung
(GEMINI)*

Für eine Einschätzung der Lage und eine Benennung von Perspektiven halte ich es für wichtig, verschiedene Standpunkte zu berücksichtigen:

- die Sicht der deutschen Bundesregierung, aus Sicht der EU, aus Sicht der Politik anderer Länder also aus „offizieller“ Sicht
- die Sicht der jungen Menschen
- die Sicht der Träger von Jugendarbeit insbesondere der Träger von politischer Bildung.

Abschließend will ich einige Perspektiven benennen. Verfolgt man die Diskussion um Partizipation und Demokratie in Europa aus Sicht der politischen Bildung, dann liegt bereits eine Vielfalt von Diskussionsbeiträgen vor, auf die ich mich in meinem Beitrag stützen kann.

Partizipation und Demokratie

Die zentrale Frage des Strukturierten Dialogs ist die Frage nach der Partizipation. Diese definiere ich im Anschluss an die Überlegungen des BLK-Modellprojekts „Demokratie lernen“ als Teilhabe an Entscheidungsmacht. Das Informieren über oder das Erklären von Entscheidungen erfüllt dieses Kriterium nicht. Partizipation betrifft das Verhältnis von Akteuren zueinander und die Verteilung von Entscheidungsmacht zwischen diesen Akteuren. Solange Einigkeit zwischen den Beteiligten besteht, wird Entscheidungsmacht nicht sichtbar. Erst wenn Differenzen zwischen den Beteiligten auftreten, Aushandlungsprozesse gestaltet und Entscheidungen getroffen werden müssen, wird sichtbar, wie die Macht verteilt ist und wie mit ihr umgegangen wird. Ob Partizipation und in welchem Grad sie verwirklicht wird, ist von zwei Gelingensvoraussetzungen abhängig:

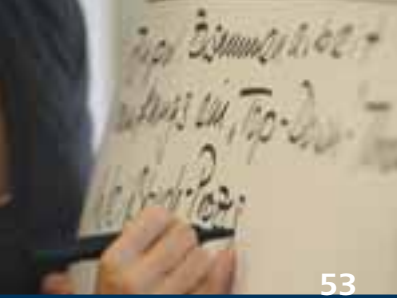
1. von den strukturellen bzw. institutionellen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen und
2. von der individuellen Gestaltung der konkreten Situation durch die Akteure, wobei dem machtvolleren Akteur die wichtigere Position zukommt.

Partizipationsformen

Es gibt unzählige Organisationsformen bürgerlichen Engagements auf lokaler Ebene, Stadtteilprojekte, Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen etc. Die „offizielle“ Politik hat zudem den normativen Entscheidungssystemen des parlamentarischen Systems zusätzliche Teilnehmungsmodelle zur Seite gestellt, um auch punktuell Teilnehmungsöglichkeiten an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen zu eröffnen. So werden z. B. Jugendparlamente, Projekte zum Bürgerhaushalt sowie die Instrumente des Bürgerbegehrens als Teilnehmungsmodelle genutzt.

In Schule, Wirtschaft oder Politik – von Erwachsenen wird immer wieder gefragt: Können Kinder und Jugendliche überhaupt partizipieren? Sind sie dazu fähig? Braucht man dafür nicht eine gewisse Reife und Lebenserfahrung?

Hinter diesen Zweifeln stehen zwei Fragen, die sich keineswegs nur auf Kinder und Jugendliche beziehen: Erstens die Überlegung, welches die individuellen Voraussetzungen sind, um partizipieren zu können und zweitens die Frage, ob man Menschen, von denen man meint, sie würden die Voraussetzungen nicht erfüllen, Teilnehmungsrechte versagen darf. Partizipation ist aber ein Erfahrungs- und Lernprozess: Menschen sind nicht fähig oder unfähig zur Partizipation, sondern sie entwickeln sich darin. Partizipieren lernt man durch Partizipation, nicht durch Vorbereitung auf Partizipation. Demokratie und die Achtung der Menschenrechte sind die ethischen Grundlagen von professioneller Erziehungs- und Bildungsarbeit. Die strukturell ungleiche Machtverteilung zwischen den Menschen verpflichtet die machtvollere Seite dazu, den Alltag so weit wie möglich zu demokratisieren und hierbei alle Möglichkeiten auszuschöpfen.



Damit haben wir einige Kriterien an der Hand, die uns im Weiteren zur Beurteilung auch der Europa-Fragen dienen können, weil diese Überlegungen auch für die Partizipation in Europa gelten.

Welche offiziellen Stellungnahmen gibt es dazu? Ein Blick auf die deutsche Bundesregierung: Unter dem Titel „Partizipation und internationale Jugendarbeit“ erklärt sie auf der Website des BMFSFJ mit Datum vom 14.08.2007: „Demokratie braucht engagierte und interessierte junge Menschen. Viele Jugendliche haben aber das Gefühl, nicht mitreden zu können. Daher wird die Bundesregierung auch weiterhin auf Jugendliche zugehen und neue Foren politischer und gesellschaftlicher Beteiligung anbieten. Junge Menschen müssen für politische und gesellschaftliche Beteiligung stets aufs

Der „Strukturierte Dialog“ ist – so lässt sich argumentieren – eingeführt worden, um die partizipative Seite der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) zu stärken. Damit verbunden ist zudem die Intention, die aktive europäische Bürgerschaft junger Menschen zu fördern. Trotz interessanter Ansätze ist momentan noch nicht zu erkennen, wie der Anspruch einer breiten Beteiligung junger Menschen jenseits zufälliger Konstellationen transparent und nachhaltig umgesetzt werden kann. Darüber hinaus ist nicht völlig geklärt, wer eigentlich die Agenda für den „Strukturierten Dialog“ gestaltet. Mit der OMK, in Verbindung mit dem „Strukturierten Dialog“, können zwar Themen gesetzt, kann für bestimmte Fragen sensibilisiert werden; es gibt jedoch kaum Instrumente, um die jeweiligen Themen bzw. die politischen Ziele in der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen zu verankern bzw. umzusetzen.

Wird der Europäische Pakt in diese Betrachtung einbezogen, so kann konstatiert werden, dass sich verschiedene Elemente einer europäischen Jugendpolitik herausgebildet haben, die bislang kaum miteinander verknüpft und nur unzulänglich aufeinander bezogen sind. Der jugendpolitische Diskurs auf europäischer Ebene ist zwar ausgebaut und gestärkt worden, ob die Inhalte und Ansätze dieses Diskurses die Akteure auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene erreicht haben, ist jedoch sehr fraglich.



Neue gewonnen werden. Hier ist die Politik gefordert, echte Mitsprache zu ermöglichen. Aufgabe einer neuen Politik der Partizipation ist es, jungen Menschen demokratische Handlungskompetenzen zu vermitteln und Gelegenheiten dafür zu bieten. ... Ein weiteres wichtiges Anliegen der Bundesregierung ist, das Interesse von Jugendlichen für den europäischen Einigungsprozess zu stärken und sie für eine europäische Jugendpolitik, an der sie sich aktiv beteiligen können, zu gewinnen.“

Wie ist dieses Bemühen um aktive Beteiligung aus Sicht der politischen Bildung zu beurteilen?

Es ist Peter Winkler (Mitarbeiter der Österreichischen Jungarbeiterbewegung und Redakteur der Zeitschrift „jung & heimlich“) in seiner Argumentation zu folgen, wenn er feststellt: Die Schriften, Dokumente und Erklärungen der letzten Jahre zur Jugendpartizipation in der EU haben trotz der durchaus guten Absichten der Autoren und der unterstützenden Körperschaften nicht zu einer wesentlichen Zunahme der Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher in den verschiedenen Ländern geführt. Es wurde aber inzwischen eine ganze Reihe von theoretischen Grundlagen, praktischen Erfahrungen und politischen Instrumenten von der



EU-Kommission abwärts bis zur lokalen Jugendpolitik geschaffen. Das heißt, es müssen keine neuen Räder erfunden werden, sie müssen nur zum Rollen gebracht werden.¹

Grundvoraussetzung für eine funktionierende Partizipation ist eine ausreichende politische Bildung. Die nötigen Kompetenzen, Einstellungen, Fertigkeiten und das nötige Wissen zur Partizipation müssen erlernt werden. Hier sind die Schulen genauso gefordert wie die außerschulische Bildung in der Jugendarbeit. Und dazu sind die strukturellen und finanziellen Mittel von der EU und den Nationalstaaten zur Verfügung zu stellen.

Partizipation ist auch untrennbar mit Information verbunden – die aktuellen Themen der europäischen Politik müssen jugendgerecht vermittelt werden. Hierfür ist eine zielgruppenspezifische Informationspolitik notwendig, die sich an qualitati-

Aus Sicht der politischen Bildung heißt dies, die europäische Ebene darf nicht isoliert gesehen werden. Es gilt von Anfang an, was das Alter betrifft und auf allen Ebenen, immer wieder Partizipation zu fördern und Interesse an gesellschaftlichem Engagement, politischen Fragen und Demokratie zu wecken. Wie bei dem im Juni 2008 durchgeführten Zukunftskongress „Jugend global 200 – Herausforderungen und Potenziale internationaler Jugendarbeit“ von der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB) zur internationalen Arbeit gefordert wurde, ist diese Aufgabe lokal, überregional und national und international zu verstehen und durch eine angemessene Bildungsarbeit zu begleiten.

Dr. Barbara Tham,² hat dies schon 2005 in ihrem „Plädoyer für eine wirksame Jugendpartizipation in Europa“ gut zusammengefasst:

„Die Jugend- und Bildungsarbeit steht vor der Aufgabe, die Vermittlung zwischen Politik und Jugendlichen in beiderlei Richtung neu zu gestalten. In diesem Kontext ist insbesondere die politische Bildung gefragt. Zum einen geht es darum, neue Wege und Methoden in der politischen Bildung zu entwickeln und umzusetzen und somit überhaupt erst die Voraussetzungen für ein Aktivwerden in der Bürgergesellschaft zu schaffen. Zum anderen bedeutet dies, dem Interesse Jugendlicher nach Beteiligung an Politik und Gesellschaft Geltung zu verschaffen und hier neue Formen der Mitwirkung zu ermöglichen. ... Die große Herausforderung besteht dabei darin, europäische Themen nicht nur als Gegenstand auf der europäischen oder nationalen Ebene zu behandeln, sondern durchgehend bis zur kommunalen Struktur als Querschnittsthema kontinuierlich und selbstverständlich zu reflektieren. Nur so kann es gelingen, Europa zu einer zweifellosen Größe zu machen, die von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen und aktiv mitgetragen wird.“



ven Kriterien der Jugend- und Bildungsarbeit orientiert und sich von den meist oberflächlichen Informationskampagnen unterscheidet. Dazu ist es notwendig, Jugendliche als Informationsträger stärker in die Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen und somit Jugendinformation und Jugendpartizipation zu verbinden.

¹ Zitiert nach der Internet-Quelle: http://www.europahausburgenland.net/Zugaenge/Projekte_alt/EVE.htm
Projekt: From Observing to Cooperation - Vom Zuschauen zum Mitwirken, Text „Jugendpartizipation“ von Peter Winkler

² Vortrag im Rahmen der Konferenz zur Jugendpartizipation der Nationalagentur JUGEND am 7. April 2005 in Hannover



Abschließend will ich aus der Diskussion der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI) noch einige Aspekte zur Weiterentwicklung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa aus der Diskussion benennen:

Die in der Ideenskizze des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) angestellten Überlegungen zur systematischen Verknüpfung jugendpolitischer Diskurse und Fokussierung der jugendpolitischen Aktivitäten sind grundsätzlich zu begrüßen. Um Aufwand und Ertrag der jugendpolitischen Kooperation in ein angemessenes Verhältnis zu bringen, scheint eine thematische Fokussierung der jugendpolitischen Zusammenarbeit erforderlich. Nicht jedes Jugendthema ist ein Thema für die jugendpolitische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Diese Themen sollten im Dialog mit den unterschiedlichen jugendpolitischen Akteuren näher bestimmt werden. So ist es nicht zwingend erforderlich, dass z. B. im Bereich der OMK immer neue Themen auf die Agenda gesetzt werden. Eine sinnvolle jugendpolitische Strategie könnte auch sein, sich auf eine kleine Agenda von Schlüsselthemen zu verständigen, sich auf Qualitätsstandards und Indikatoren zu einigen und die jugendpolitischen Anstrengungen und Erfolge der Mitgliedstaaten in Hinblick auf die Schlüsselthemen längerfristig im Kontext von Monitoringprozessen zu beobachten. Auf diese Art und Weise könnten auch die Voraussetzungen verbessert werden, dass die jugendpolitischen Initiativen der europäischen Ebene auf der lokalen Ebene und in der Lebenswelt der Jugendlichen wirklich ankommen.

Folgende Themen könnten im Mittelpunkt der zukünftigen jugendpolitischen Kooperation stehen:

- Bildung und Qualifizierung (insbesondere unter dem Aspekt der Anerkennung non-formalen Lernens)
- Berufliche und soziale Integration (insbesondere vor dem Hintergrund technologischer und ökonomischer Entwicklungen)
- Demokratiekompetenzen

Konzentriert sich die jugendpolitische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene auf diese Themen, könnte sie einen weitaus höheren Grad an Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit und bei der Formulierung politischer Ziele beanspruchen und nachhaltigere Wirkungen auf allen Ebenen jugendpolitischen Handelns erzielen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unabdingbar erforderlich, die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe auf allen Ebenen systematisch in den jugendpolitischen Diskurs einzubeziehen. Soll europäische Jugendpolitik ihre Wirkung auf allen Ebenen jugendpolitischen Handelns und in allen Zuständigkeitsbereichen entfalten, muss in diesen Handlungsfeldern erst ein Bewusstsein über die Relevanz der europäischen Dimension von Jugendpolitik geschaffen werden. Gleichzeitig müssen sich organisierte und nicht-organisierte Jugendliche auf den verschiedenen Ebenen in den Dialog über jugendpolitische Schwerpunkte und Zielsetzungen einbringen können.

Die Jugend Europas vom Zuschauen zum Mitwirken zu bewegen, ist Voraussetzung für ein fortschrittliches, demokratisches Europa und eine der großen Herausforderungen der EU-Politik. Gemessen wird ihre ernsthafte Umsetzung an den Mitteln, die sie für die Umsetzung einer attraktiven Jugendpartizipation zur Verfügung stellen wird.

Bonn, den 27.11.08

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES 8. FORUMS ZU PERSPEKTIVEN EUROPÄISCHER JUGENDPOLITIK, 1. BIS 2. OKTOBER 2008, BERLIN

Bewertung des Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa

Hintergrund

Das 8. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik wurde veranstaltet von JUGEND für Europa und der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und war dem Beratungs- und Reflexionsprozess über die Zukunft der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa gewidmet. Nach mehr als fünf Jahren konkreter praktischer Erfahrung sollte der Kooperationsrahmen ausgewertet und überprüft werden. Dazu fand ein Konsultationsprozess in allen Mitgliedstaaten der EU statt, so auch in Deutschland.

Das 8. Forum mit über 100 Teilnehmenden war zentraler Baustein und Abschluss der nationalen Konsultationen und Diskussionen mit den öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zur Zukunft der jugendpolitischen Zusammenarbeit. Die Veranstaltung richtete sich an Akteure der kommunalen, regionalen und nationalen Kinder- und Jugendhilfe, jugendpolitisch Verantwortliche sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Die EU-Kommission wird auf der Grundlage der europaweiten Konsultation Anfang 2009 neue Grundzüge einer Jugendpolitik in Europa vorschlagen und Herausforderungen, Prioritäten, Verfahren und Werkzeuge benennen. Die Jugendministerinnen und -minister der EU und das Europäische Parlament werden sich daraufhin mit diesen Entwürfen auseinandersetzen und ein Konzept für eine künftige Jugendstrategie in Europa in den nächsten Jahren beschließen, welches wiederum als Grundlage für eine Entschließung des Rates dienen soll.

Bewertung des letzten Zyklus' der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene

■ Innerhalb der letzten Jahre hat die intensiviertere jugendpolitische Kooperation zwischen den

Mitgliedstaaten dazu beigetragen, die Lebenslagen junger Menschen stärker in das politische Blickfeld europäischer Maßnahmen zu rücken.

- Mit dem Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend“ und der seit 2002 angewandten Offenen Methode der Koordinierung im Jugendbereich wurden die Grundlagen für eine jugendpolitische Zusammenarbeit geschaffen.
- Dadurch, dass die Jugendstrategie nunmehr mit Bezug zur künftigen Sozialagenda in Nachbarschaft mit sozial- und bildungspolitischen Themen kommuniziert wird, gibt es nun die Chance, dass nach der Integration des Europäischen Paktes für die Jugend in die wirtschaftspolitisch motivierte Lissabonstrategie die sozialen Aspekte von Jugendpolitik stärker in den Blick geraten.
- Trotz dieser positiv zu bewertenden Entwicklungen auf europäischer Ebene sind nach wie vor Probleme bei der Umsetzung jugendpolitischer Ziele in den Mitgliedstaaten und insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene festzustellen. Die Identifizierung von Mehrwert und europäischen Impulsen fällt dort besonders schwer, wo zentrale Themenfelder und Zielsetzungen ohnehin harmonisieren oder wo Subsidiaritätsverletzungen befürchtet werden.
- Bei den Prioritäten der OMK, des Europäischen Jugendpaktes und des Strukturierten Dialogs oblagen Umsetzungsmaßnahmen bislang den nationalen bzw. regionalen Akteuren. Mittlerweile zunehmende Möglichkeiten der Finanzierung aus Mitteln des ESF und des Europäischen Jugendprogramms sind zu begrüßen, ein Ausbau des Programms „JUGEND IN AKTION“ und des ESF als eigenständige Förderinstrumente in der (Teil-)Verantwortung von Jugendpolitik ist jedoch notwendig.

Einfluss des Kooperationsrahmens auf politische Zielsetzungen

- Der Europäische Jugendpakt verlangt eine engere Zusammenarbeit zwischen den politischen Ressorts. Ein „Jugendmainstreaming“, das über wenige formale Abstimmungsregelungen hinausgeht, wird in Deutschland jedoch nach wie vor nicht praktiziert.
- Eine nennenswerte Beeinflussung von Zielsetzungen nationaler und regionaler Jugendpolitik durch den Kooperationsrahmen ist für Deutschland nicht erkennbar. Die Befassung mit europäischen Themen „bricht“ nach der Länderebene ab und erreicht die lokale Ebene nicht oder nicht mehr als europäisches Thema.
- Nicht ausreichend genutzt wird das Potential des gegenseitigen Lernens von Akteuren in Europa. In diesem Zusammenhang ist die fehlende Transparenz im Umgang mit den OMK-Staatenberichten sowie der geringe Anteil von konkreten Praxisbeispielen am Gesamtbericht der EU zu kritisieren.

Instrumente des Kooperationsrahmens

- Die Offene Methode der Koordinierung, der Europäische Jugendpakt, Jugendpolitik als horizontale Aufgabe (Jugendmainstreaming), die Beteiligung junger Menschen an jugendpolitischer Planung und Entscheidung in der EU (Strukturierter Dialog) werden grundsätzlich als geeignete Instrumente für die jugendpolitische Kooperation in Europa betrachtet.
- Die Umsetzung der gemeinsamen jugendpolitischen Zielvorstellungen auf die regionale und lokale Ebene mittels der OMK erweist sich als sehr zeitaufwändig und daher schwierig, zusätzlich mangelt es an einem breit organisierten Verständigungsprozess. Zu kritisieren sind vor allem zeitlicher Druck und mangelnde Transparenz im Umgang mit Berichten. Über die Beför-

derung von Initiativen in Deutschland durch den Jugendpakt gibt es kaum Erkenntnisse.

- Eine horizontal angelegte Jugendpolitik auf europäischer Ebene bedarf innerhalb der Europäischen Kommission einer besseren Kooperation der Generaldirektion Bildung (Jugend) und Kultur z. B. mit der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit und der Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit. Die für Jugendfragen federführend zuständige Direktion sollte ausdrücklich so bezeichnet werden.
- Der Strukturierte Dialog soll der Mitwirkung junger Menschen an der Jugendpolitik auf Europäischer Ebene einen verlässlichen und kontinuierlichen Rahmen geben. Er darf sich jedoch nicht auf die Themen europäischer Zusammenarbeit beschränken. Ohne die Nutzung vorhandener Beteiligungsstrukturen bei Verbänden, Ländern und Kommunen sowie die Themensetzung durch Jugendliche selber wird es kaum gelingen, den Dialog auch in den Jugendstrukturen vor Ort zu führen.

- Die europäische Vereinbarung zu einer messbaren Absenkung von Schulabbruchquoten im Rahmen des Europäischen Pakts und die absehbare Vereinbarung im Sinne von mehr Mobilität im Bildungsbereich zeigen sowohl, dass sich verbindliche Kernziele und Maßnahmenpläne eignen, um beispielsweise sozial- und bildungspolitische Themen auch jugendpolitisch besetzen zu können, als auch, dass es unter Beibehaltung des Subsidiaritätsprinzips möglich ist, verbindliche Kernziele und Maßnahmenpläne zu verabreden.

Herausforderungen für Jugend und Jugendpolitik

- Junge Menschen müssen heute einen steigenden Druck in der Bildungsphase, Unsicherheiten beim Start ins Erwerbsleben (Befristung, Teilzeit, geringes Einkommen) und vermehrte individuelle Konkurrenz verkraften. Die Familiengründung wird aufgeschoben. Zu den Herausforderungen gehören außerdem die steigende Kinder- und Jugendarmut und der Einfluss gefühlter und gelebter Armut auf den späteren Bildungs- und Berufsweg. Innerhalb der jungen Bevölkerungsgruppen Europas findet eine regions-, geschlechts- und schichtspezifische Differenzierung und ein Wertewandel (Leistung, Anpassung, private Netze) statt. Entsprechend hohe Gestaltungserwartungen und -herausforderungen an EU, die Staaten, Regionen und Nichtregierungsorganisationen gehören erfüllt.
- Jugend ist als eigenständige Lebensphase durch besondere Ausdrucksformen, Verläufe und Herausforderungen gekennzeichnet und als solche anzuerkennen und zu schützen. Jugendliche brauchen Freiräume und Erfahrungen, die sie eigenständig und mit Unterstützung gestalten können. Diese Aspekte von „Jugend“ werden in der europäischen Diskussion bisher zu wenig berücksichtigt.
- Zur heutigen gesellschaftlichen Realität gehört die ethnisch-kulturelle Vielfalt. Es gilt, die Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder aus ethnischen Minderheiten zu beenden, unter anderem indem Hemmnisse beim Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung beseitigt und die Beteiligungsmöglichkeiten verbessert werden.

- Eine Politik für das gelingende Aufwachsen von Kindern sollte integraler Bestandteil der europäischen jugendpolitischen Agenda sein. Kinderpolitisch geht es unter anderem darum, über das Thema Kinderschutz hinaus möglichst frühzeitig Strategien für die Gestaltung guter Lebensbedingungen und Teilhabechancen junger Menschen in Europa zu verfolgen.

Prioritäten eines zukünftigen EU-Kooperationsrahmens

- Die existenziellen Belange junger Menschen, d.h. deren soziale und berufliche Integration und damit die Themen Bildung, Ausbildung, Bürgerschaft, Beschäftigung und Autonomie (im Sinne selbst bestimmter Lebensführung) müssen prioritär vertreten werden. Das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen und ihre gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen, ist die wichtigste Herausforderung einer kinder- und jugendpolitischen Kooperation auf europäischer Ebene. Hierzu ist eine europäische Strategie zur Qualifizierung von Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe nötig.
- Gerade vor dem Hintergrund einer weiteren Verankerung des europäischen Gedankens und einer Verbesserung der Arbeitschancen junger Menschen in Europa ist es unverzichtbar, dass die bisherigen Austauschprogramme verstärkt und damit die Mobilität aller jungen Menschen in Schul- und Ausbildung und innerhalb von Kinder- und Jugendhilfe gefördert wird.
- Das 8. Forum hebt positiv hervor, dass mit dem europäischen Kooperationsrahmen eine Aufwertung des non-formalen Lernens verbunden ist. Hier liegen insbesondere auch Chancen für junge Menschen in außerschulischen Maßnahmen.

Innovationen und verbesserte Instrumente

- Der Vorschlag der Bundesregierung, mit der Verknüpfung von OMK und Jugendpakt ein transparentes, schlankes und wirksames Instrument zu schaffen, mit dem relevante Kernthemen bearbeitet werden könnten, ist prinzipiell zu begrüßen. Die Vereinbarung europäischer und nationaler Verfahren der Themenabsprache steht jedoch noch aus.
- Für mehr gesellschaftliche und politische Beteiligung junger Menschen bedarf es der weiteren Entwicklung und Sicherung demokratischer Strukturen und auch mehr parlamentarischen Rückhalts. Benötigt werden jugendgerechte Themen und Informationswege, geeignete Kooperationen, ausreichend finanzielle und personelle Unterstützung, konkret benannte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner auf allen politischen Ebenen sowie ein angemessenes Feedback. Beteiligungsverfahren mit zufälligem Charakter, zum Beispiel über online-Befragungen, sind nicht hinreichend. Der strukturierte Dialog soll über Jugendevents hinaus eine Verankerung auf regionaler und lokaler Ebene finden und auch benachteiligten Jugendlichen ermöglichen, daran teil zu haben. Mut zu Modellen und Experimenten ist dabei wünschenswert.
- Der Europäische Jugendbericht soll als politisch unabhängige wissens- und datenbasierte Grundlage politischer Strategieentwicklung etabliert werden. Als Basis für den Jugendbericht ist ein breit und auf Dauerbeobachtung angelegter sozialwissenschaftlicher europäischer Jugendsurvey als regelmäßige Untersuchung der Lebensbedingungen junger Menschen in Europa wichtig.

Anforderungen an die weitere Umsetzung der europäischen jugendpolitischen Zusammenarbeit in Deutschland

- Die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa benötigt für eine weiter entwickelte Umsetzung in Deutschland kontinuierliche Diskussions- und Kommunikationsprozesse:
 - Es bedarf mehr als bisher einer gemeinsamen Auseinandersetzung aller Beteiligten über die Ziele, Formen und Verfahren der Umsetzung der europäischen jugendpolitischen Zusammenarbeit in Deutschland. Diese Diskussion ist vor allem dann zukunftsgerichtet zu führen, nachdem in 2009 eine Einigung auf europäischer Ebene erzielt worden ist.
 - Mit der jetzigen, als sehr positiv und konstruktiv empfundenen Form der nationalen Konsultation und Diskussionen zur Zukunft der jugendpolitischen Zusammenarbeit sind Maßstäbe zur Beteiligung und Zusammenarbeit mit den öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe gesetzt worden. Hinter diese darf in Zukunft nicht zurück gefallen werden, sondern diese sind auch in den kommenden Jahren fortzuführen.
 - Das Bemühen um eine Information und Qualifizierung der Verantwortlichen und Fachkräfte in den öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zu europäischen Fragestellungen muss weiter voran getrieben werden. Insbesondere die Chancen und Möglichkeiten eines europaweiten Austausches können hier weitaus mehr als bisher genutzt werden.

- Gleichzeitig werden Lösungsstrategien für zentrale Problemstellungen bei der Umsetzung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Deutschland benötigt:
 - Es müssen Orte für einen sektorübergreifenden Dialog und zur Verbindung von Ressort- und Querschnittspolitik geschaffen werden.
 - Nur mit konkreten Strategien für ein verbessertes Zusammenspiel aller Ebenen kann die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa auch die örtliche Ebene erreichen.
 - Um die politische Wirksamkeit zu verbessern, müssen mehr Wege und Verbindungen zur parlamentarischen Ebene hergestellt werden.
 - Der Strukturierte Dialog in Deutschland verlangt konkrete Modelle und mehr praktische Erfahrungen zur Beteiligung junger Menschen.



BEWERTUNG DES RAHMENS FÜR DIE JUGENDPOLITISCHE ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Berlin, 27.10.2008 **Teil 1**

Bewertung des Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa

■ Frage 1

Wie **bewerten** Sie den letzten Zyklus der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene? Worin bestanden die Haupterrungenschaften und -schwierigkeiten?

□ Antwort 1

Die jugendpolitische Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten wurde intensiviert, um den europäischen Einigungsprozess zu unterstützen und um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen mit einer starken gemeinsamen Politik für und von jungen Menschen begegnen zu können.

Mit dem Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend“ und der anschließenden Bearbeitung zentraler Jugendthemen im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung wurde 2002 der Grundstein für eine aufeinander bezogene jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa gelegt. Darin liegt das entscheidende Verdienst des in Kürze zu Ende gehenden ersten Zyklus der neuen jugendpolitischen Kooperation. Sie ermöglichte den Mitgliedstaaten, sich – bei aller Unterschiedlichkeit jugendpolitischer Traditionen, Strukturen und Konzepte – über wichtige Eckpunkte einer gemeinsamen Jugendpolitik auf europäischer Ebene zu verständigen.

Mit dem in 2005 hinzu gekommenen Europäischen Pakt für die Jugend ist es gelungen, junge Menschen als wichtige Partner zur Umsetzung der Lissabon-Strategie erstmalig ins wirtschaftspolitische Blickfeld zu rücken. Spürbarste, mittelbare Folge auf allen Ebenen war eine verbesserte Nutzbarkeit des Europäischen Sozialfonds für Beschäftigung und Mobilität fördernde Programme für junge Menschen.

Einen bemerkenswerten Versuch zu mehr Bürger-nähe und Jugendbeteiligung an politischer Ent-

scheidungsfindung stellt schließlich der in 2006 vom EU-Jugendministerrat beschlossene Strukturierte Dialog mit Jugendlichen dar, auch wenn die angemessenen Umsetzungsformen noch weiterentwickelt werden müssen.

Das aktuelle Europäische Programm „Jugend in Aktion“ bietet ergänzend zu den nationalen Förderprogrammen des Kinder- und Jugendplans des Bundes einer wachsenden Zahl junger Menschen u. a. Gelegenheit, sich in Europa sozial und politisch zu engagieren und so *Europakompetenz* zu erwerben. Zugleich stellt es ein wesentliches Instrument zur Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend dar und fördert die Umsetzung des Strukturierten Dialoges auf lokaler und regionaler Ebene.

Der gemeinsame jugendpolitische Aufbruch der Mitgliedstaaten der EU leitete den notwendigen Kommunikationsprozess zwischen den Mitgliedsstaaten ein und wurde mit Hilfe der EU-Kommission und dem Dialog mit jungen Menschen in Europa ein Stück weit voran gebracht.

Zahlreiche Initiativen wurden in gemeinsamen Anstrengungen des Rates und der Kommission, meist in der Form von Ratsentschlüssen befördert. Das Europäische Jugendforum hat im Rahmen der Europäischen Jugendwochen, bei Jugendevents der Präsidentschaft und bei den regelmäßigen Ministerforen mit Jugendlichen am Rande der Jugendministerräte zur Weiterentwicklung der europäischen Kooperation beigetragen.

Dennoch gibt es auch zahlreiche Indizien, die dafür sprechen, dass zwischen der rasanten Produktion von politischen gemeinsamen Willensbekundungen und der konkreten Umsetzung in den Mitgliedsstaaten eine erhebliche Kluft besteht. Denn ungeachtet inhaltlicher Ausweitungen und zusätzlicher EU-Instrumente entfaltet die bisherige Kooperation – gemessen am Anspruch – in den Mitgliedstaaten zu wenig messbare Wirkungen.

Dies gilt sowohl für den konkreten Nutzen für die Jugendlichen als auch hinsichtlich der politischen Sichtbarkeit auf der nationalen Ebene.

Auch ist es in Deutschland bisher nicht gelungen, die nötige politische Aufmerksamkeit für die gemeinsam verabschiedeten Ziele, Inhalte und Instrumente der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich zu erzielen. Dies hat mehrere Ursachen:

Eine liegt darin, dass zentrale Themenfelder der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa, nämlich Jugendpartizipation, freiwilliges Engagement, Jugendforschung oder die Integration benachteiligter Jugendlicher, bereits seit Jahrzehnten im Zentrum jugendpolitischer Aktivitäten (und Förderung) des Bundes, der Länder und Kommunen stehen. Daher muss der europäische Mehrwert der EU-Initiativen erst sichtbar gemacht werden.

Wenn die Empfehlungen der EU-Jugendminister in Deutschland auf ein bereits gut bestelltes Feld treffen, spricht dies in der Regel dafür, dass es gelungen ist, deutsche Erfahrungen und Perspektiven in die europäische Debatte und Beschlüsse einzubringen. Aber zugleich ist es schwierig, diese direkt auf europäische Impulse zurück zu führen.

Eine weitere Ursache wird in der föderalen Verfasstheit der Bundesrepublik gesehen. Jugendpolitik liegt im Wesentlichen in der Zuständigkeit der Bundesländer und der Kommunen, die auch für die Finanzierung entsprechender Leistungsstrukturen und Angebote verantwortlich zeichnen. Diese relative Planungs- und Entscheidungsautonomie ist ein wichtiges Element des demokratischen Selbstverständnisses der verantwortlichen Akteure in den Behörden und Verbänden. Aus der Warte vieler regionaler und lokaler staatlicher und nicht-staatlicher Entscheidungsträger gibt es daher wenig Anlass, ihre eigenen (erfolgreichen) jugendpolitischen Strategien explizit an den supra-nationalen Zielsetzungen der Union auszurichten,

zumal sie sich an deren Zustandekommen nicht oder nur sehr mittelbar beteiligt fühlen.

Vor diesem Hintergrund fällt es vielen jugendpolitischen Akteuren nicht leicht, den Mehrwert der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) und des Europäischen Jugendpakts zu erkennen.

Während beim EU-Jugendprogramm Programmatik und Finanzierung eine Einheit bilden, stehen bei den Prioritäten der OMK, beim Europäischen Jugendpakt oder beim Strukturierten Dialog die gemeinsamen politischen Absichtserklärungen bzw. Zielvorgaben im Vordergrund.

D.h. in der Regel ist die Finanzierung der Umsetzungsmaßnahmen Angelegenheit der nationalen bzw. regionalen Akteure. Allerdings gibt es inzwischen zunehmende Möglichkeiten der Co-Finanzierung aus Mitteln des ESF und des Europäischen Jugendprogramms. Aber auch dieser Erfolg der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa wird als solcher nicht in ausreichendem Umfang zur Kenntnis genommen.

Vielmehr wird nicht allein von kommunaler Seite nach wie vor ein Mangel an kontinuierlicher und aufbereiteter Information über die europäischen Prozesse im Jugendbereich beklagt und der mit EU-Förderungen einhergehende erhebliche Verwaltungsaufwand gescheut.

Die Bundesregierung regt daher für die nächste Phase der jugendpolitischen Zusammenarbeit einen Strategiewechsel an, der auf eine Verringerung der Komplexität und einen expliziten Praxisbezug hinwirkt und gleichzeitig durch die gezielte Zusammenführung der jugendpolitischen Instrumente eine stärkere politische Durchsetzungskraft entfaltet. Darauf wird in der Antwort auf Frage 6 näher eingegangen.

■ Frage 2

*Hat der derzeitige Kooperationsrahmen Fortschritte hinsichtlich der **politischen Zielsetzung** auf nationaler oder regionaler Ebene ermöglicht (Bürgerschaftsprioritäten, soziale und berufliche Integration, stärkere Berücksichtigung der Jugend in anderen Politikbereichen)? Welche **Rolle** spielte der EU-Kooperationsrahmen auf nationaler oder regionaler Ebene in Ihrem Land? Wie hat er Ihre Politik beeinflusst?*

□ Antwort 2

In der Bundesrepublik war der derzeitige Kooperationsrahmen insbesondere für die Entwicklung des Bereichs „Jugendinformation“ hilfreich. Unter Bezugnahme auf die gemeinsamen europäischen Zielsetzungen hat gerade dieses Arbeitsfeld in Deutschland einen qualitativen Sprung vollzogen. So wurde zum Beispiel ein eigenes nationales Netzwerk gebildet und die Jugendinformation quantitativ ausgebaut. Ein eigener Qualitätskatalog für Dienste und Einrichtungen der Jugendinformation wurde erarbeitet und vom Netzwerk gemeinsam verabschiedet.

Wie in Antwort 1 bereits erwähnt, ist die Jugendpolitik in Deutschland auch im Hinblick auf die weiteren Prioritäten und deren Zielsetzungen der Offenen Koordinierungsmethode (Partizipation, Freiwillige Aktivitäten) traditionell gut aufgestellt. Auch der Erkenntnisstand über die Jugend und deren Lebenssituation (s. auch den zweiten Teil der Stellungnahme) zeichnet sich durch eine vielfältige, institutionell und materiell gut abgesicherte Jugendforschung aus und wird durch mannigfache Forschungsaktivitäten (Jugendsurveys, Jugendberichte, thematische Jugendforschung etc.) kontinuierlich aktualisiert.

Bezogen auf den Europäischen Pakt für die Jugend sind die dadurch erzielten Fortschritte in der deutschen Jugendpolitik nicht eindeutig. Auch vor dem Paktjahr 2005 wurden in Deutschland zahlreiche Maßnahmen und Programme zur sozialen und beruflichen Integration sowie zur Förderung von

Bildung und Ausbildung junger Menschen von Kommunen, Bundesländern und Bundesressorts aufgelegt. Allerdings hat Deutschland trotz seiner bis dahin erfolgten vielfältigen Aktivitäten den europäischen Jugendpakt mit initiiert und sich seinerzeit aus der europäischen Zusammenarbeit einen Mehrwert versprochen. Möglicherweise haben die europäischen Vereinbarungen zur Reduzierung von Schulabbruchquoten in Deutschland zu einer größeren Sensibilität gegenüber dieser Fragestellung geführt. Insgesamt ist nach hiesiger Auffassung davon auszugehen, dass einschlägige Maßnahmen und Aktivitäten nach 2005 durchaus einen starken europäischen Rückenwind erfuhren und ESF-Mittel aufgrund des Jugendpakts vermehrt für jugendpolitische Maßnahmen genutzt werden können.

Die Berücksichtigung der Belange junger Menschen in anderen Politikbereichen war durch Mitbeteiligungsverfahren bei Gesetzesvorhaben und Weisungsabstimmungsverfahren in Deutschland schon traditionell formal gut gewährleistet.

Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesressorts hat sich seit der Einführung des Europäischen Jugendpakts intensiviert. Dennoch sind wir in Deutschland noch weit von einem „Jugendmainstreaming“ entfernt, das über formale Regelungen der Konsultation hinausgeht.

Unmittelbare Auswirkungen hat der sich ausdifferenzierende EU-Kooperationsrahmen auf die jugendpolitische Fachwelt auf Bundesebene (z.B. AGJ, DBJR, Deutscher Verein, DJI, ISS: Einrichtung von Fachstellen, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen u.a.m.). Auf Fachebene findet gegenwärtig eine viel regere Auseinandersetzung mit den jeweiligen Beschlüssen der EU-Jugendminister und neuesten jugendpolitischen Entwicklungen statt, als es noch vor 2002 der Fall war. Zahlreiche Arbeitsgruppen auf Bundesebene wurden inzwischen neu eingerichtet, Veranstaltungen zu EU-Themen durchgeführt und viele bemerkenswerte Positionspapiere publiziert.

Besonders hervorzuheben sind hier auch das Portal der Deutschen Agentur Jugend für Europa (www.jugendpolitikineuropa.de), das umfassend und in ansprechender Aufmachung über die jugendpolitischen Prozesse in Europa informiert, der Fachausschuss „Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa“ der AGJ sowie die Task-Force Europäische Jugendpolitik beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die mittlerweile bereits ihre 31. Sitzung abhielt. Letzteres ist ein Expertengremium, das das Bundesjugendministeriums kontinuierlich berät. Die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU blieb dennoch im Großen und Ganzen ein exklusives Thema, mit der sich eine relativ überschaubare Anzahl von Fachleuten auf Bundesebene befasste. Eine nennenswerte Beeinflussung der Schwerpunktsetzung nationaler und regionaler Jugendpolitik auf Grund gemeinsamer europäischer Zielvorgaben ist für Deutschland leider nicht erkennbar.

Eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angeregte Befragung¹ von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe bestätigt diese Einschätzung. Die Mehrheit der Befragten (65%) meint, dass es mit dem derzeitigen Rahmen Fortschritte in der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa gegeben hat. Von diesen sehen jedoch knapp drei Viertel (78%) lediglich leichte Fortschritte. Die Wirkung der politischen Instrumente (Offene Methode der Koordinierung, Europäischer Jugendpakt, Querschnittspolitik) in ihrer Gesamtheit auf die deutsche Jugendpolitik wird von den Fachleuten uneinheitlich einge-

schätzt. Während die eine Hälfte der Befragten (52%) allenfalls schwache oder keine Wirkung wahrnimmt, geht die andere Hälfte (48%) mehrheitlich von einer mittleren Wirkung aus.

Als problematisch wird insbesondere erlebt, dass die eigentliche potentielle Stärke der europäischen Zusammenarbeit – nämlich, das gegenseitige Lernen von Akteuren – bisher deutlich zu kurz kommt.²

¹ Im Rahmen einer Online-Meinungsumfrage im August 2008 wurden über das Internetportal der Deutschen Agentur für die Umsetzung des europäischen Jugendprogramms „Jugend für Europa“ und das Fachkräfteportal Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zu ihren Einschätzungen „europäischer Jugendpolitik“ in enger Anlehnung an die Fragen der Kommission befragt. Beteiligt haben sich 141 Personen/Fachkräfte, 81 Männer (57%) und 60 Frauen (43%). Die jüngste teilnehmende Person ist 18 Jahre, die älteste 68 Jahre alt. Der Altersdurchschnitt aller Antwortenden liegt bei 38 Jahren. Die große Mehrheit (73%) ist berufstätig, eine Minderheit (20%) studiert oder besucht die Schule. Die restlichen Personen (7%) betätigen sich im Freiwilligenbereich, sind arbeitslos oder bereits im Ruhestand. Mit zwei Ausnahmen besitzen alle Antwortenden die deutsche Staatsbürgerschaft. Bis auf eine Minderheit (13%) geben die Umfrageteilnehmer an, dass ihre berufliche bzw. ehrenamtliche Tätigkeit Bezug zur europäischen Jugendpolitik hat. Die Untersuchung erhebt vor dem Hintergrund ihrer Untersuchungsanlage keinen Anspruch, das gesamte Spektrum der Meinungen der Fachkräfte abzubilden. Dessen ungeachtet lassen sich aus dieser Stichprobe wertvolle Anregungen für den Diskurs über europäische Jugendpolitik ziehen.

² Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die befragten Fachkräfte gerade die Unterstützung des Praxisaustausches als eine Haupterrungenschaft der bisherigen europäischen Kooperation sehen. Gefragt wurde: „Wie bewerten Sie die bisherige jugendpolitische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene?“ Insgesamt fünf verschiedene Errungenschaften konnten markiert werden. Die Kategorie „Entwicklung eines Rahmens für den Austausch guter Praxis zwischen den Mitgliedstaaten“ erzielte dabei die besten Werte. Auf einer Skala von 1 (trifft voll zu) bis 6 (trifft gar nicht zu) kreuzten über ein Drittel (36%) der Antwortenden die eindeutig bejahenden Werte 1 oder 2 an. Nur 8% waren gegenteiliger Ansicht (und kreuzten die Werte 5 oder 6 an). Dies wirkt auf den ersten Blick widersprüchlich, da es, wie oben angedeutet, noch keinen ausreichend entwickelten Rahmen für das gegenseitige Lernen in der OMK Jugend gibt. Es ist daher davon auszugehen, dass hier die positiven Erfahrungen mit den entsprechenden Angeboten des europäischen Jugendprogramms (JUGEND in Aktion) das Antwortverhalten beeinflusste. Ähnlich positiv wird auch die Förderung europäischen Bewusstseins durch die europäische Kooperation eingeschätzt (ein gutes Drittel der Antwortenden bejaht dies). Jedoch ist immerhin ein Fünftel gegenteiliger Ansicht. Zu einer Verbesserung der Teilhabechancen hat die Zusammenarbeit nach Ansicht der Fachkräfte jedoch noch nicht geführt. Fast ein Drittel sieht das Ziel „bessere Teilhabe“ nicht erreicht (31%), knapp ein Fünftel (18%) hingegen schon. Die „verbesserte Nutzbarkeit des Europäischen Sozialfonds“ sehen 27% und die „Stärkung der europäischen Dimension“ 23%.

■ Frage 3

Denken Sie, dass die wichtigsten politischen **Instrumente** des Kooperationsrahmens (offene Methode der Koordinierung, Europäischer Jugendpakt, Mainstreaming) angemessen waren? Hatten die spezifischen **Hilfsmittel** dieser Instrumente irgendwelche Schwächen?

□ Antwort 3

Die Offene Methode der Koordinierung, der Europäische Jugendpakt, Jugendpolitik als horizontale Aufgabe (Jugendmainstreaming), die Beteiligung junger Menschen an jugendpolitischer Planung und Entscheidung in der EU (strukturierter Dialog) werden grundsätzlich als wichtige jugendpolitische Instrumente für die jugendpolitische Kooperation in Europa angesehen. Sie sind grundsätzlich geeignet, die Lebenslagen junger Menschen in Europa positiv mit zu gestalten. Zugleich bestimmen sie die wesentlichen Themenbereiche gelingenden Aufwachsens: Schutz von Kindern und Jugendlichen; Bildung und Ausbildung; Chancengleichheit für alle und Integration; Übergänge von Schule in das Arbeitsleben; Mobilität und Beschäftigung; selbstbestimmtes Leben, Autonomie und bürgerschaftliches Engagement. Sie sind auch für die sektorübergreifende Zusammenarbeit in Deutschland sehr bedeutsam.

Die Themenfelder des Europäischen Jugendpakts überschneiden sich teilweise mit den OMK-Themen. Sie konzentrieren sich auf einige der zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen mit Jugendbezügen, wie die berufliche und soziale Integration junger Menschen durch Bildung, Ausbildung, Mobilität und dauerhafte Beschäftigung sowie die Möglichkeit, ein selbst bestimmtes Leben zu führen. Pakt und OMK unterstützen die wesentlichen Voraussetzungen für eine zukunftsweisende Jugendpolitik, die sich zum Ziel setzt, für gute Lebensbedingungen und Entwicklungschancen möglichst aller jungen Menschen die Rahmenbedingungen zu sichern.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist allerdings die optimale Verknüpfung des OMK-Instrumentariums mit dem politischen Dach des Europäischen Jugendpakts noch nicht gelungen: Die OMK ist tendenziell immer noch ein komplexes Verfahren mit begrenzter Wirksamkeit und Sichtbarkeit, der Pakt ein politischer Themenkatalog ohne Umsetzungsstrukturen.³

□ Welche konkreten Schwachstellen wurden in Deutschland in der Anwendungspraxis der einzelnen Instrumente festgestellt?

□ Offene Methode der Koordinierung

Die Umsetzung der gemeinsamen jugendpolitischen Zielvorstellungen auf die regionale und lokale Ebene erweist sich in der Bundesrepublik Deutschland mit seinen föderalen Entscheidungsstrukturen und seinen zahlreichen bereits bestehenden Programmen und Projekten in den Handlungsfeldern der OMK als sehr zeitaufwändig und daher schwierig.⁴

Die produktive Umsetzung der im Rahmen der OMK verfolgten jugendpolitischen Ziele in Deutschland bedarf im Grunde eines noch breiter organisierten Verständigungsprozesses, der die entsprechenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure über Netzwerke regelmäßig einbindet und die Übersetzung auf die lokale Ebene intensiv begleitet.

Zum Beispiel müsste die spezifische Relevanz der einzelnen gemeinsamen Zielsetzungen für die

³ Zudem wird „europäische Jugendpolitik“ von vielen potentiellen Adressaten in den Verbänden aber auch in den Behörden als kompliziertes, schwer durchschaubares, praxisfernes Politikfeld wahrgenommen. Ein Vertreter einer Länderbehörde formuliert dies so: „Die Wirksamkeit der Instrumente lässt sich schwer differenziert beurteilen. Insbesondere in der lokalen Praxis werden sie kaum in ihrer Funktion erkannt und erreichen damit bei den Jugendlichen nur eine sehr begrenzte Sichtbarkeit. Als Hauptschwäche wird angesehen, dass die europäische Ebene viel zu weit vom Alltagsleben der Jugendlichen entfernt ist. Darüber hinaus haben die europäischen Abstimmungsprozesse sehr wenig Bezug zu konkreten jungen Menschen.“

⁴ Dieser Eindruck wird durch die Ergebnisse der Fachkräftebefragung gestützt. Nach Auffassung der meisten Befragten spielt die europäische Kooperation in der nationalen Jugendpolitik eine Nebenrolle. Am Ehesten hat sie noch auf Bundesebene Fuß gefasst. Ein Viertel (26%) ist der Meinung, sie spiele dort eine wichtige Rolle. Ganz am Rande würde das Thema auf der Ebene der Bundesländer (7%) rangieren, etwas besser sehe es noch auf lokaler/kommunaler Ebene aus: 12% glauben, die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa spiele dort eine Rolle. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die glauben, die europäische Jugendpolitik spiele gar keine Rolle auf kommunaler Ebene mit Abstand am größten (38%). Zum Vergleich: Bundesebene (9%), Länderebene (21%).

Bundesrepublik bzw. die lokale oder regionale Ebene herausgearbeitet und entsprechende freiwillige Verabredungen zur Schwerpunktsetzung, Finanzierung und Realisierung auf den unterschiedlichen Ebenen getroffen werden.

Hierfür prüfen wir derzeit, ob wir in Deutschland künftig ergänzend zur bestehenden Task-Force Fachforen einrichten sollten, die die Koordinierung der Umsetzungsaktionen auf den verschiedenen Ebenen themenspezifisch, partnerschaftlich und fachlich begleiten. Für weitere Planungen auf EU-Ebene müsste dann auch der für diesen Transferprozess benötigte Zeitbedarf verstärkt berücksichtigt werden können.

In Zukunft wünschen wir uns, dass die Europäische Kommission und die jeweiligen EU-Rats-Präsidentschaften beim Setzen neuer Instrumente und Themen das bisherige Tempo reduzieren. Hier kann möglicherweise der neue Teampräsidentschaftsrhythmus von 18 Monaten hilfreich sein.

Das Berichtswesen der OMK in Deutschland leidet schon seit längerem an einer abnehmenden Beteiligungsbereitschaft. Dabei mag es eine Rolle spielen, dass Zuarbeiten wie z.B. Recherchen kein adäquater Mehrwert für die jugendpolitischen Akteure gegenüber zu stehen scheint.⁵ So wird beispielsweise kritisiert, dass es keine Möglichkeit der Einsicht in die Berichte anderer Mitgliedstaaten gäbe, was das voneinander Lernen verhindere.

Die Syntheseberichte der Europäischen Kommission könnten diese Lücke nicht füllen, zumal nicht transparent gemacht werde, nach welchen Kriterien gute Praxisbeispiele der Mitgliedstaaten für die Darstellung ausgewählt werden. Vom neuen eu-

ropäischen Jugendbericht erwarten wir hierfür Verbesserungen und eine administrative Entlastung der Mitgliedstaaten.

Auch sollten wir prüfen, welche weiteren Formen des grenzüberschreitenden Praxisaustausches im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung erprobt werden könnten. Bislang haben wir einige gute Beispiele für einen internationalen themenbezogenen Praxisaustausch mit Experten der lokalen und regionalen Fachebenen erlebt.⁶

□ **Europäischer Pakt für die Jugend**

Es ist aus jugendpolitischer Sicht nicht hinreichend gelungen, dem Pakt in den jährlichen Berichtsverfahren zu den Fortschritten der Lissabon-Strategie größere Bedeutung zu verleihen. Der Rat der EU (Teil: Jugend) beschränkte sich seit 2007 in seinen Einlassungen zum Pakt im Wesentlichen darauf, die Staats- und Regierungschefs regelmäßig aufzufordern, ihn in seiner Bedeutung zu betonen sowie die Mitgliedsstaaten zu drängen, die Zielgruppe junger Menschen in den Mittelpunkt ihrer nationalen Reformbemühungen zu stellen.

Der Europäische Jugendpakt hat als Bestandteil der erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung formell eine Brücke zu einer ressortübergreifenden Kooperation geschlagen und damit die Bedeutung der bereits im Rahmen der integrierten beschäftigungspolitischen Leitlinien verfolgten Ziele stärker hervorgehoben. Gerade im Bereich der Verbesserung der Integration junger Menschen durch schulische und berufliche Bildung engagiert sich Deutschland in besonderem Maße. Dies spiegelt sich unter anderem in der gesunkenen Jugendarbeitslosigkeit wider. Jugendpolitische Erfolge sind hier messbar, allerdings nicht der konkrete Beitrag des Europäischen Jugendpakts hierzu.

⁵ Siehe hierzu die z.B. Kritik des Deutschen Bundesjugendringes: „Viel Papier und wenig Wirkung: Der Grundgedanke der OMK als Instrument der jugendpolitischen Zusammenarbeit ist von der EU-Kommission und der Bundesregierung im Jugendbereich bisher zu wenig umgesetzt worden. Sie wurde auf ein rein formales, technokratisches Berichtswesen reduziert. Anstatt den fachlichen Austausch zu den einzelnen Themen und Zielsetzungen der OMK zu beginnen und dann mit Leben zu füllen, bleiben sowohl EU-Kommission als auch die Bundesregierung auf halber Strecke und auf einer abstrakten Meta-Ebene stecken. Umsetzungsdefizite bestehen sowohl bei Gemeinsamen Zielsetzungen als auch beim fehlenden fachlichen Austausch, der jetzt beginnen müsste. Dieses Problem besteht auch in anderen europäischen Ländern, das belegt der im Juli veröffentlichte Schattenbericht des Europäischen Jugendforums.“ Quelle: Stellungnahme zur Offenen Methode der Koordinierung (OMK) Beschluss der 79. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendring Berlin, 28.10.2006

⁶ Zum Beispiel in Berlin (2005) „European Youth in Action for Diversity and Tolerance“, in Leipzig (2007): „Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – Neue Strategien der Kohäsion“, in Berlin (2008): „Webbased Youth Information 2.0“ und in Brüssel (2008): „Integration benachteiligter junger Menschen – Peer-Learning“

Insgesamt lassen sich die praktischen und politischen Initiativen, die der Jugendpakt in Deutschland tatsächlich ausgelöst oder beflügelt hat, nur schwer ermessen.

□ Jugendpolitik als „Querschnittspolitik“

Die Bundesregierung setzt sich mit Nachdruck für die Idee einer horizontal (querschnittlich) organisierten Jugendpolitik ein.

Die Praxis zeigt, dass das Ziel der konsequenten jugendpolitischen Einmischung in alle jugendrelevanten Politikfelder kurzfristig nicht zu erreichen ist und es hier noch intensiverer Überzeugungsarbeit bedarf.

Für die hierfür notwendigen nationalen Entwicklungsprozesse wäre hilfreich, wenn es innerhalb der Europäischen Kommission künftig eine **regelmäßige** und noch engere Kooperation der Generaldirektion Bildung (**Jugend**) und Kultur mit entsprechenden Generaldirektionen wie z. B. der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit und der Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit in Jugendfragen geben könnte.

Auch wäre eine erhöhte Sichtbarkeit der Jugendpolitik dienlich, wenn die EU-Kommission künftig auch in die Bezeichnung der für Jugendfragen zuständigen Direktion selbst den **Jugendbezug** ausdrücklich aufnehmen, und langfristig die Kinder- und Jugendpolitik der EU insgesamt bündeln würde.

Wichtiger jedoch ist, dass die Konturen der Jugendpolitik und ihre Instrumente so geschärft werden, dass Jugendpolitik stärker als Einmischungspolitik mit eigenem Profil wahrgenommen wird.⁷

⁷ *Einen wirklich überzeugenden Eindruck hat keines der drei Hauptinstrumente der Zusammenarbeit (Offene Methode der Zusammenarbeit, Europäischer Jugendpakt, Querschnittspolitik) bei den Fachkräften hinterlassen. Auf die Frage nach ihrer Angemessenheit/Effizienz (Antwortmöglichkeiten: „ja, angemessen“; „teilweise“; „nein, nicht angemessen“ und „weiß nicht“) konzentrierten sich die Antworten auf die Kategorie „teilweise“ – im Falle der OMK (63%), Jugendpakt (63%) und Querschnittspolitik (50%). Letztere wurde in den Extremen am negativsten (nein, nicht angemessen: 28%) bewertet (OMK: 15%, Jugendpakt 19%). Ferner fällt auf, dass sich relativ viele Befragte enthielten (ca. 15% entfielen auf „weiß nicht“). Dies weist auf einen eingeschränkten Bekanntheitsgrad der Instrumente selbst oder zumindest mangelnde praktische Erfahrung mit ihnen hin.*

□ Strukturierter Dialog

Der Strukturierte Dialog kann als ein weiterer guter Ansatz gesehen werden, Mitwirkung junger Menschen an der Jugendpolitik auf Europäischer Ebene einen verlässlichen und kontinuierlichen Rahmen zu geben. Er lädt junge Menschen dazu ein, ihre Anliegen auf europäischer Ebene einzubringen.

Für eine differenzierte Einschätzung der Wirkung dieses Instruments ist es noch zu früh. Aus den bisherigen Erfahrungen mit dem Strukturierten Dialog ergeben sich aber bereits einige Orientierungspunkte:

Ein Strukturierter Dialog, der sich ausschließlich auf der europäischen Ebene ereignet, ist nicht zielführend. Vielmehr sollte der Dialog schrittweise mit dem Ausbau entsprechender Beteiligungs- und Diskussionsverfahren auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene entwickelt werden. Die Bearbeitung europäischer Themen wäre in diesem Zusammenhang ein gewünschtes Nebenprodukt.

Es gilt, den Eindruck, Jugendbeteiligung würde vor allem unter PR-Gesichtspunkten inszeniert (beispielsweise während der zwei jährlichen Ministergesprächsrunden), glaubhaft zu widerlegen. Daher sollen diese Foren inhaltlich jeweils mit den Themen des Präsidentschaftsjugendevents verknüpft bleiben. Weitere Verbindungen, z.B. auch der vor- und nachbereitenden Jugendveranstaltungen auf den jeweils nationalen und regionalen Ebenen, sind äußerst wichtige Strukturelemente. Auch ist ein zeitnahes Feed-back für Jugendliche von besonderer Bedeutung, um das man sich im europäischen Kontext besonders bemühen muss.

In Deutschland fehlt bislang – trotz erster Fachveranstaltungen und Expertentreffen in Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bayern – noch weitgehend das (finanzielle) Engagement der Bundesländer. Ohne dieses Engagement wird es kaum gelingen, den Dialog auch in den Jugendstrukturen vor Ort optimal zu gestalten. Daneben ist die Nutzung vorhandener Beteiligungsstrukturen in Verbänden, Ländern und Kommunen entscheidend.

Hinzu kommt, dass Zielsetzungen und Themen des Strukturierten Dialogs bislang oft noch zu unverbindlich waren und häufigen Veränderungen unterlagen. Auch ist der bisherige zeitliche Rahmen für die Realisierung des Dialogs noch zu knapp bemessen.

□ Monitoring und Evaluation

Es stellt sich die Frage, mit welchen Instrumenten man künftig überprüfen kann, ob die europäische Zusammenarbeit sich weiterentwickelt oder stagniert und woran dies ggf. liegt. Dazu bieten sich in der Regel die wissenschaftliche Begleitforschung und verschiedene Formen des Monitorings an.

In der nationalen Diskussion des Themenkomplexes Monitoring bzw. Erhöhung des Verbindlichkeitsgrades der Umsetzung gemeinschaftlicher Ziele gehen die Haltungen stark auseinander. Während sich viele zivilgesellschaftlichen Akteure eher für die Einführung von Kontroll- und Überwachungsinstrumenten wie Aktionspläne, Indikatoren und Benchmarks einsetzen, wird dies von Seiten der Länder und Kommunen – die Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips befürchten – im Jugendbereich eher abgelehnt. Hier gilt es, Ängste zu nehmen und die Chancen von partnerschaftlicher Zusammenarbeit auch aus anderen Politikbereichen aufzuzeigen.

Dies könnte möglicherweise dann gelingen, wenn sich das künftige Monitoring im Jugendbereich auf deutlich begrenzte und klar definierte Kernthemen über strukturierte Fachdebatten und grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch (wie zum Beispiel beim internationalen Fachkongress „Youth Information 2.0“ im Januar 2008 in Berlin oder beim internationalen Leipziger Kongress zum Thema „Kinder- und Jugendliche in sozialen Brennpunkten“) bezöge.

■ Frage 4

Was sind, gemäß Ihrer Analyse, die wichtigsten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen für die Jugend, die von der Jugendpolitik in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden sollen?

□ Antwort 4

Die umfassenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse (Globalisierung der Märkte, demographischer Wandel, Klimawandel, Internationalisierung, Wissensgesellschaft, Wandel des Geschlechterverhältnisses, Migration sowie die aktuelle Finanzsystemkrise) erfordern eine zukunftsgerichtete Jugendpolitik. Sie stellt sich der Aufgabe, möglichst alle jungen Menschen dabei zu unterstützen, die Kompetenzen zur Bewältigung der spezifischen Herausforderungen für sich und die soziale Gemeinschaft, zu erwerben.

Ohne eine Politik, die das Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen umfassend fördert, büßen wir die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ein. Hier liegt der Kern einer Forderung nach einer Kinder- und Jugendpolitik, die Ressortgrenzen überschreitet.

Die Bundesrepublik Deutschland als moderne Demokratie und industrielle Dienstleistungsgesellschaft benötigt in besonderem Maße gut ausgebildete, engagierte, kreative und weltoffene junge Menschen, um die Chancen, die in den aktuellen Entwicklungen liegen, nutzen zu können und um die damit verbundenen Risiken zu mindern.

Ziel der Kinder- und Jugendpolitik ist es vor diesem Hintergrund, Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen mit bester Förderung von Anfang an und guten Rahmenbedingungen für ein gerechtes und gesundes Aufwachsen zu schaffen. Jene Kinder und Jugendlichen, die unter schwierigen Lebensbedingungen aufwachsen und von Ausgrenzung bedroht sind, bedürfen einer besonderen Berücksichtigung. Dabei sind die Verbesserung der Strukturen, Förderung und Bildung,

Beratung und verlässliche Netzwerke für Eltern und Kinder vorrangig.

Hierzu hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- das Programm zum bedarfsgerechten Ausbau des Ganztagschulangebots „Zukunft Bildung und Betreuung“,
- den qualitäts- und bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung,
- das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr,
- die ESF-geförderten Programme Schulverweigerung – „Die zweite Chance“ und „Freiwilligendienste machen kompetent“ zur Verbesserung der Zugänge bildungsbenachteiligter Jugendlicher,
- den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“.
- das Programm „JiVE“ Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“ zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch internationale Jugendarbeit

Der gesellschaftspolitische Nutzen dieser jugendfördernden Maßnahmen liegt ebenfalls darin, die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen deutlich zu verbessern und die Jugendarbeitslosigkeit weiter nachhaltig zu senken.

Jugendliche ohne Schulabschluss bleiben eine besonders wichtige Zielgruppe. Sie können von der Anfang des Jahres beschlossenen, umfassenden Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung „Aufstieg durch Bildung“ profitieren, unter deren Dach eine Vielzahl von Initiativen und Maßnahmen gebündelt ist, welche darauf abzielen, Bildungschancen zu stärken und Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.

Beispiele für einzelne Maßnahmen der Bundesregierung im Beschäftigungs- und Qualifizierungsbereich sind:

- der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland,
- die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher als Brücke in die Berufsausbildung, Jobstarter, Job4000,
- die befristete Einführung eines Ausbildungsbonus als Anreiz für Arbeitgeber, für junge förderungsbedürftige Menschen, die sich seit längerem erfolglos um eine Ausbildung bemüht haben, einen zusätzlichen Ausbildungsplatz einzurichten,
- die befristete Ausweitung der Berufsorientierung und die befristete Einführung einer Berufseinstiegsbegleitung zur individuellen Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten beim Erreichen des Schulabschlusses und beim Übergang in Berufsausbildung haben,
- die Jugendmigrationsdienste,
- die ESF-geförderten Programme „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ in der Sozialen Stadt,
- das ESF-kofinanzierte Programm „Perspektive Berufsabschluss“
- „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“,
- „Kompetenzagenturen“ und der „Girls´ Day – Mädchen-Zukunftstag“ zur beruflichen Orientierung und zur Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen

Eine zentrale Voraussetzung für die soziale Integration junger Menschen, ist es, sie dabei zu unterstützen, sich eine stabile wirtschaftliche Perspektive aufzubauen.

Zur heutigen gesellschaftlichen Realität gehört die durch Migration und Internationalisierung entstandene ethnisch-kulturelle Diversität. Das Nebeneinander verschiedener religiöser Orientierungen und Weltanschauungen und daran geknüpfter sozialer Lagen und Lebensweisen verlangt den kompetenten, kommunikativen und respektvollen Umgang mit dieser Vielfalt. Dies als Chance zu begreifen, muss erlernt werden. Soziale Ungleichheit, Diskriminierung und Benachteiligungen sind mit demokratischen Werten nicht zu vereinbaren. Es gilt insbesondere, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ausgrenzung von jungen Einwandererinnen und Einwanderern durch den Abbau von Bildungs- und Ausbildungsbarrieren wirksam zu bekämpfen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat daher im Rahmen der Initiative Zivilengagement ein Programm aufgelegt, das Migrantenselbstorganisationen begleitet und qualifiziert, um sich als interkulturelle Trägerorganisationen der Jugendfreiwilligendienste zu professionalisieren und zugleich ein fachgerechtes Freiwilligenmanagement für Jugendliche mit unterschiedlichem Migrationshintergrund aufzubauen.

Die Bundesregierung setzt auf Fortsetzung und Verstärkung des Einsatzes der Jugendpolitik für Demokratie und Toleranz. Ziel ist es, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und jede Form von Extremismus zu bekämpfen. In der Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie liegt eine besondere Aufgabe des Bundes in der Darstellung gelingender Praxis, in der befristeten Förderung besonders innovativer Projekte und darin, die gesellschaftliche Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements zu unterstreichen.

Mit dem 2007 aufgelegten Programm „VIELFALT TUT GUT – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, welches vorrangig im

präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt ist, der Bewusstseinsbildung dient und auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet ist, werden daher in Anknüpfung an die Umsetzungserfahrungen mit dem Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung gefördert, herausgehobene modellhafte Maßnahmen unterstützt sowie auf Bundesebene zusätzliche Orte zentraler gesellschaftlicher Kommunikation über Vielfalt und Toleranz geschaffen.

Nicht zuletzt geht es darum, junge Menschen zu ermuntern, die Verantwortung für die künftige gesellschaftliche Entwicklung und politische Gestaltungsprozesse zu übernehmen. Viele Jugendliche haben aber das Gefühl, nicht mitreden zu können. Daher wird die Bundesregierung auch weiterhin Jugendorganisationen dabei unterstützen, auf Jugendliche zuzugehen, sie angemessen in politische Gestaltungs-, Umsetzungs- und Evaluierungsprozesse einbeziehen und immer wieder auch beispielhafte neue Foren gesellschaftlicher Beteiligung zu erproben.

Als Aufgabe einer wirksamen Politik der Partizipation sieht es die Bundesregierung an, Rahmenbedingungen zu unterstützen, die dazu beitragen, möglichst allen jungen Menschen demokratische Handlungskompetenzen zu vermitteln und Gelegenheiten zu deren Einübung zu bieten.

Aktuelles Modellbeispiel hierfür ist das „Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung“. Es beinhaltet die Förderung vielfältiger Projektbausteine, z.B. die Projektreihe „Come in Contract“. Hier handeln Jugendliche Verträge mit Politikern und anderen Entscheidungsträgern aus und kontrollieren nach einem ebenfalls vereinbarten Rahmen auch deren Umsetzung.

Bislang nahmen am Europäischen Freiwilligendienst (EFD) aus Deutschland (Ergebnis der nationalen Evaluation von JUGEND 2000-2006) nur

etwa 2 % Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund teil. Im Rahmen des Projekts „JIVE“ wird daher unter anderem untersucht, welche Zugangsbarrieren für diese Bevölkerungsgruppe bestehen und wodurch man den Anteil von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte am Europäischen Freiwilligendienst und anderen internationalen Begegnungsmaßnahmen anheben könnte.

Im Rahmen von Medienworkshops (Lobbywerkstätten), in denen Jugendliche von Medienprofis Tipps zur Umsetzung von eigenen Projektideen bekommen, werden die Teilnehmenden dazu animiert, die eigenen Meinungen und Interessen in den Fokus der Öffentlichkeit zu stellen und umzusetzen.

Alle hier gegebenen thematischen Hinweise setzen aus deutscher Sicht voraus, dass auch die EU bei der Definition der Altersgrenzen ihrer jugendpolitischen Aktivitäten noch flexibler wird. Eine Politik für das gelingende Aufwachsen von Kindern sollte zumindest langfristig integraler Bestandteil der europäischen jugendpolitischen Agenda werden.

■ Frage 5

*Welches sind die **Herausforderungen** auf europäischer Ebene? Was könnten die **Prioritäten** eines zukünftigen EU-Kooperationsrahmens im Bereich der Jugend sein, um sich diesen Herausforderungen zu stellen?*

□ Antwort 5

Nach Einschätzung der Bundesregierung ähneln sich die – in Antwort 4 beschriebenen – sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen in allen 27 Mitgliedstaaten mehr oder weniger. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich bei genauerer Betrachtung einzelne Länderprofile erstellen ließen, die sowohl Gemeinsamkeiten als auch Besonderheiten hinsichtlich der jugendpolitischen Herausforderungen, Problemlagen und Herangehensweisen aufweisen würden. Auf europäischer Ebene kommt die zentrale Aufgabe hinzu, die europäische Integration voranzubringen.

Die Frage nach den künftigen Themenfeldern ist von hoher Bedeutung. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Strategie, der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa durch eine kontinuierliche Erweiterung des thematischen Spektrums und der Programmatik mehr Geltung in den Mitgliedstaaten zu verschaffen, in Deutschland nicht greift. Im Gegenteil, Behörden und Jugendverbände geraten zunehmend außer Atem beim Versuch, die mit hohen Ansprüchen versehenen jugendpolitischen Initiativen der EU innerhalb der gegebenen nationalen Zuständigkeiten und Ressourcen zu sondieren und umzusetzen. Frustration, Überforderung und Ermüdung machen sich breit. Es ist daher an der Zeit zu reflektieren, ob die gegenwärtige Praxis, nahezu jedes jugendpolitisch relevante Thema auch zum Gegenstand der europäischen Zusammenarbeit zu machen oder machen zu wollen, Ziel führend ist.

Grundsätzlich gilt: Die Verantwortung für die Gestaltung förderlicher Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen – für eine integrierte Jugendpolitik – liegt primär in den

Mitgliedstaaten. Dies ist sinnvoll, denn die Herausforderungen müssen zuerst lokal und regional bewältigt werden. Es geht aber auch zunehmend darum, die komplementäre, unterstützende Rolle der jugendpolitischen Zusammenarbeit in der EU – z.B. durch Förderung der Mobilität junger Menschen und den Austausch guter Praxis in den Mitgliedstaaten – zu verdeutlichen und hiermit zu verknüpfen.

Mit einer stärker praxisorientierten Fokussierung des europäischen Dialogs könnte mehr Aufmerksamkeit bei jungen Menschen erzielt werden. Im Rahmen des voneinander Lernens und des Fachkräfteaustausches sollten auch auf EU-Ebene die jugendpolitischen Schlüsselthemen „Beteiligung“, „Freiwilliges Engagement“ und „Information“ weiter begleitet werden.

Die Aktivierung junger Menschen sowohl für den weiteren Integrationsprozess der EU als auch für die zivilgesellschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten bleibt von hoher Bedeutung.

Gleichzeitig sollten die existenziellen Belange junger Menschen, d.h. deren soziale und berufliche Integration und damit die Themen Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und Autonomie (im Sinne selbst bestimmter Lebensführung) weiter verfolgt werden.⁸

Im Rahmen des Konsultationsprozesses wurde von mehreren Akteuren die Erweiterung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich auf die Zielgruppe Kinder vorgeschlagen.

Die Bundesregierung kann diese Forderung aus fachlicher Perspektive gut nachvollziehen. Auch in der nationalen Politikgestaltung ist der Übergang von der Kinderpolitik zur Jugendpolitik fließend. Um den Entwicklungsprozess der „europäischen Jugendpolitik“ nicht zu überfrachten, sollten diese Überlegungen zurzeit noch zurück gestellt werden.

⁸ Die Fachkräfte wurden auch nach denjenigen Themenfeldern gefragt, die künftig im Fokus der jugendpolitischen Kooperation stehen sollten. Die Frage lautete: „Welche vorrangigen Themen schlagen Sie für die künftige jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa vor?“ Es bestand die Möglichkeit, bis zu fünf Themen zu markieren. Sehr deutlich tritt hier das Thema Bildung in den Vordergrund. Die Kooperation der Mitgliedstaaten sollte nach Ansicht der Fachkräfte in erster Linie mit dazu beitragen, die Bildungschancen junger Menschen zu verbessern. Drei Viertel der Befragten (74%) setzen sich dafür ein. Mit deutlichem Abstand folgt als zweite Priorität der interkulturelle Dialog (46%) als Handlungsfeld europäischer Jugendpolitik. An dritter Stelle rangiert die Förderung von Jugendlichen mit geringen Startchancen (40%). Interessant ist, dass auch im europäischen Kontext das Thema Ökologie als Thema der Jugendpolitik relativ weit oben angesiedelt ist. Ein gutes Drittel (35%) der Befragten hat diesen Bereich markiert. Auch beim Thema Jugendarbeitslosigkeit / prekäre Beschäftigung (32%), Rassismus / Fremdenfeindlichkeit (30%), Migration (29%) und Freiwilliges Engagement (28%) wird europäische Jugendpolitik verstärkt in der Verantwortung gesehen. Im Mittelfeld stehen die Themen Multiethnische/-religiöse Gesellschaft (25%), Autonomie (24%), Armut (21%) und Austausch guter Praxis 20%. Auf den hinteren Rängen rangieren Mobilität (13%), frühe Förderung (11%), Diskriminierung Frauen und Mädchen (9%) und Bevölkerungsentwicklung (9%). Nur noch jeder Zwanzigste (5%) ist der Auffassung, dass Gesundheit oder Jugendgewalt Themen der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich sein sollte. Noch weniger Befragte sind der Ansicht, dass Drogenmissbrauch (3%), Gewalt in der Familie (1%) oder Kriminalität (1%) vorrangig in den jugendpolitischen Fokus der EU genommen werden sollte. Siehe zu den Ergebnissen auch die Grafik am Ende des Dokuments.

■ Frage 6

In Anbetracht Ihrer Analyse der Vergangenheit und der zukünftigen Herausforderungen: welche Innovationen und verbesserten Instrumente könnten in den kommenden Jahren entwickelt werden? Welche Instrumente wären für welche Priorität geeignet? Welche Hilfsmittel könnten ins Auge gefasst werden, um die Effizienz der Zusammenarbeit zu verbessern?

□ Antwort 6

□ Résumé

a)

Am jugendpolitischen Mehrwert sowie an der Effizienz und Wirksamkeit der OMK werden trotz ihrer unbestrittenen Verdienste immer noch die – bereits in den Antworten auf die Fragen 1-3 vorgetragenen – Zweifel angeführt. Insbesondere gelingt der Transfer von guter Praxis zwischen den Mitgliedstaaten nur begrenzt.

b)

Der Europäische Jugendpakt führte im Ergebnis zur erleichterten Zugänglichkeit von ESF-Mitteln für arbeitsmarktnahe jugendpolitische Projekte und gab dem EU-Jugendprogramm neuen Rückenwind. Es fehlt aber immer noch an einer sichtbaren Verbindung von OMK und Jugendpakt. So erscheint der Europäische Jugendpakt oft noch als ein „Abstraktum“ ohne erkennbare Auswirkungen für die Jugendlichen vor Ort.

c)

Der Strukturierte Dialog steckt noch in den Anfängen. Diesen partnerschaftlichen Dialog gilt es vor allem noch auf regionaler und lokaler Ebene durch Förderung und Austausch guter Praxis anzustoßen. Er muss für eine breitere Beteiligung junger Menschen geöffnet und mit den jugendpolitischen Zielsetzungen auf EU-Ebene noch deutlicher verbunden werden.

d)

Die Verankerung von Jugendpolitik als ressortspezifische sowie als sektorübergreifende Politik ist noch nicht hinreichend gelungen.

e)

Die in den vergangenen Jahren erfolgte Ausweitung der jugendpolitischen Agenda der EU und die kleinteilige Ausdifferenzierung von Zielvorgaben beschränkte die Verständlichkeit und Attraktivität europäischer Jugendpolitik und verlangsamte den Fortschritt bei der regionalen und lokalen Umsetzung.

f)

Die Möglichkeit der gemeinsamen Schwerpunktsetzungen in den EU-Teampräsidenschaften sollte als Strukturinstrument auch für den Dialog mit der Jugend durch den Rat und die Kommission künftig noch stärker genutzt werden. Die Planung des gesamten neuen Systems der Zusammenarbeit inklusive aller Elemente des Strukturierten Dialogs auf EU-Ebene (Jugendevents der Präsidenschaften, Jugendwoche, Foren am Rande der Ratssitzungen) sollte dem 18-Monats-Rhythmus entsprechen.

□ Vorschlag

Grundlage in der nächsten Phase der Zusammenarbeit sollte ein transparentes, schlankes und wirksames Instrumentarium sein, das für junge Menschen in Europa relevante Zukunftsthemen exemplarisch (Kernziele) bearbeitet. Diese vom Rat der EU aktuell zu vereinbarenden Zukunftsthemen sollten gleichzeitig

- Grundlage der politischen Arbeitsplanung des Rates werden
- ausschließlicher Gegenstand aller noch notwendiger Berichterstattung aus den Mitgliedstaaten werden,
- ausschließlicher Gegenstand eines integrierten peer-learning zwischen den Mitgliedstaaten werden,
- Gegenstand des Europäischen Jugendberichts werden.

Im Mittelpunkt steht, die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich daraufhin zu stärken, die Mitgliedstaaten in ihren Anstrengungen zu unterstützen, jungen Menschen eine gute Lebensperspektive in der europäischen Union zu geben. Die Stärkung des aktiven Zivilengagements und der Kompetenzen zur Bewältigung des aktuellen gesellschaftlichen Wandels stehen dabei im Vordergrund. Ein regelmäßiger Europäischer Jugendsurvey könnte eine zuverlässige Datengrundlage für politische Planungen auf europäischer Ebene darstellen.

a) Verknüpftes neues Instrument

In der Verknüpfung der OMK – eines komplexen Verfahrens mit begrenzter politischer Sichtbarkeit – mit dem Europäischen Jugendpakt – einem politischen Themenkatalog ohne jugendpolitisches Instrumentarium – könnte nach Auffassung der Bundesregierung eine zentrale Chance zur Neujustierung der jugendpolitischen Zusammenarbeit im EU-Rahmen liegen. Beide Instrumente könnten so in ihrer Wirkung für junge Menschen gestärkt werden („Zusammenfügen was zusammen gehört“).

Damit verbindet sich die Erwartung, Effektivität und Effizienz der jugendpolitischen Zusammenarbeit zu verbessern, d.h. sicher zu stellen, dass die neu zu definierenden Ziele mit den eingesetzten Verfahren tatsächlich erreicht und gleichzeitig Aufwand und Ertrag in ein angemessenes Verhältnis zueinander gebracht werden.

Entlang der Schnittstellen der OMK-Handlungsfelder und der politischen Themen des Jugendpakts könnten konkrete Kernziele unter Nutzung des Strukturierten Dialogs erarbeitet, von der Kommission als vorrangige Themen vorgeschlagen und vom Rat festgelegt werden. Allein auf diese Prioritäten sollten sich in einem überschaubaren Zeitrahmen künftige Berichterstattungen der Mitgliedstaaten beschränken. Im Kern sollte es künftig um ein stärker exemplarisches Zusammenarbeiten gehen („Weniger ist Mehr“). Zur Verbesserung der

Verbindlichkeit der Zusammenarbeit könnten einige der Kernziele (z.B. bis zu fünf) in ein Monitoringverfahren aufgenommen werden.

Kernziele, insbesondere diejenigen im Monitoring, sollten geeignet sein, Signalwirkungen für die Bedeutung einer breiten jugendpolitischen Zusammenarbeit zu entfalten und junge Menschen dafür zu interessieren, sich an einer nachhaltigen Debatte zu diesen jeweils aktuellen Kernthemen zu beteiligen.

Die Kernziele sollten durch die folgenden beiden – für die Jugendpolitik in Europa grundlegenden horizontalen Ziele – weiter zugespitzt werden:

- Förderung der **Mobilität** junger Menschen und von Fachkräften (Art. 149 EGV),
- Förderung des **sozialen Zusammenhalts**: Junge Menschen mit Benachteiligungen als vorrangige Zielgruppe (Beitrag der Jugendpolitik zu Art. 2 EGV).

b) Praxisaustausch, Strukturierter Dialog und Europäischer Jugendbericht

Im Einklang mit den Beschlüssen des Rates sollte die Kommission konkrete Vorschläge für die Etablierung eines **Austauschrahmens** für regionale und lokale Praxis vorlegen. Dieser könnte durch das EU-Jugendprogramm unterstützt, als Kooperationen von einzelnen Mitgliedstaaten dezentralisiert und in thematischen Lernclustern organisiert werden.

Auf EU-Ebene würden Elemente zur Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung der Peer-learning-Angebote erarbeitet, um so auch eine enge Verbindung von praktischem Erfahrungsaustausch und Politikentwicklung zu halten.

Bilaterale Austauschprogramme und multilaterale Jugendbegegnungsprogramme der Mitgliedsstaaten könnten einbezogen werden, um Synergieeffekte zu erzielen.

Multiplikatoren sind für die jugendpolitische Zusammenarbeit im EU-Rahmen von zentraler Bedeutung. Entsprechende Qualifikationsmaßnahmen sollten künftig verstärkt werden.

Neben standardisierten Elementen sollte der Bericht künftig grundsätzlich **ein** vom Rat der EU beschlossenes Schwerpunktthema behandeln und die entsprechenden Daten aufbereiten.

Der **Strukturierte Dialog** soll letztendlich die aktive Bürgerschaft junger Menschen in Europa stärken. Mit seiner Hilfe sollte gelingen, die aktuellen jugendpolitischen Themen laufend mit der Lebenswirklichkeit junger Menschen in Europa abzugleichen.

Die nationalen Berichterstattungspflichten und somit der Verwaltungsaufwand in den Mitgliedstaaten sollten auf diesem Weg minimiert werden.

Der **Europäische Jugendbericht** soll helfen, Transparenz bzgl. des Erreichten zu schaffen und Indikatoren für künftige politische Schwerpunktsetzungen zu liefern. Dabei gilt es, drei Quellen zu nutzen:

- Berichterstattungen aus den Mitgliedstaaten;
- politische Schlussfolgerungen aus den in den Lernclustern gewonnenen Erkenntnissen sowie
- Erkenntnisse aus einem zu etablierenden Europäischen Jugendsurvey und der darüber hinausgehenden wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Jugendfragen.

Hierzu muss der Jugendbericht als wissens- und datenbasierte Grundlage politischer Strategieentwicklung konzipiert werden, insbesondere durch Bestandsaufnahme der heterogenen Lebensverhältnisse, jugendpolitischer Herausforderungen und der jugendpolitischen Infrastruktur in den Mitgliedstaaten und ihren Regionen mittels des Jugendsurveys. Vergleiche im Zeitverlauf sollen ermöglicht werden.

Die Auswertung von nationalen Berichten und einzelne Jugendbefragungen könnte durch einen Forschungsauftrag an eine multinationale Jugendforscherguppe ergänzt und die Steuerung der Forschung einem wissenschaftlichen Beirat übertragen werden. Der Rat der EU sollte jeweils Gelegenheit zu einer Stellungnahme erhalten.



Forum zu Perspektiven
Europäischer Jugendpolitik

